RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

10 2020

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Corona-Pandemie –
Verlauf und wirtschaftliche Folgen
der ersten Infektionswelle

Fotonachweis

Titelfoto: © CREATIVE WONDER – stock.adobe.com (Foto)
Illustration: Simone Emmerichs

Die Corona-Pandemie hat unser öffentliches und soziales Leben verändert. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie beeinflussen nicht nur das Infektionsgeschehen, sondern haben auch massive Auswirkungen auf die Wirtschaft. Neben der Darstellung des Pandemieverlaufs während der ersten Infektionswelle und einer Analyse der unterjährigen Sterbefallzahlen werden in diesem Heft die wirtschaftlichen Folgen mit Daten der amtlichen Statistik beleuchtet.

10 2020

STATISTISCHE MONATSHEFTE

73. Jahrgang

kurz + aktuell 633

Industrie ■ Baugewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Außenhandel ■ Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Handel ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Einkommen ■ Soziales ■ Bildung ■ Gesundheit ■ Justiz Flächennutzung ■ Verkehr ■ Finanzen

Aus der amtlichen Statistik 656

Konjunktur aktuell – 2. Quartal 2020 658

Verbraucherpreise 660

Rheinland-Pfalz in Karten: Bestätigte Covid-19-Fälle Ende Oktober 2020 661

Corona-Pandemie in Rheinland-Pfalz 663

Sterbefälle im bisherigen Jahresverlauf 669

Wirtschaftsleistung bricht als Folge der Corona-Pandemie ein 675

Corona-Pandemie trifft Wirtschaftsbereiche unterschiedlich hart 681

Starke Einbußen beim Außenhandel mit EU-Ländern 705

Teuerung lässt im Jahresverlauf deutlich nach 715

Corona-Pandemie setzt Arbeitsmarkt unter Druck 721

Angespannte Kommunalfinanzen 727

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 733

Neuerscheinungen 749

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2020

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Industrieproduktion im Juli fast unverändert

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion blieb im Juli 2020 fast unverändert. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Daten lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex um 0,1 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Die drei industriellen Hauptgruppen entwickelten sich unterschiedlich: Während die Hersteller von Konsumgütern und Investitionsgütern ihre Produktion im Juli um zwei bzw. drei Prozent drosselten, steigerte die Vorleistungsgüterindustrie ihren Output um 1,8 Prozent.

Zwei der drei größten Industriebranchen erhöhten ihre Ausbringung. Einen kräftigen Zuwachs verzeichnete der Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und gemessen am Umsatz unter den Industriebranchen an dritter Stelle steht (+8,6 Prozent). Die Chemische Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die umsatzstärkste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, erhöhte ihren Güterausstoß ebenfalls (+1,5 Prozent). In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die zur Investitionsgüterindustrie gehört und die zweitgrößte Industriebranche ist, fiel der Output hingegen deutlich geringer aus als im Vormonat (–12 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Juli 2020		Jan. bis Juli 2020
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Juni 2020	Juli 2019	Jan. bis Juli 2019
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-0,1 %	-12,4 %	-14,5 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	1,8 %	-12,2 %	-10,7 %
Investitionsgüterproduzenten	-2,0 %	-20,5 %	-24,5 %
Konsumgüterproduzenten	-3,0 %	0,7 %	-10,1 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	1,5 %	-11,6 %	-8,3 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-12,0 %	-35,4 %	-37,5 %
Maschinenbau	8,6 %	-7,8 %	-18,5 %
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	4,8 %	-9,2 %	-14,2 %
Inland	5,5 %	-9,4 %	-15,0 %
Ausland	4,4 %	-9,2 %	-13,7 %
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	7,9 %	-7,9 %	-12,2 %
Investitionsgüterproduzenten	2,3 %	-9,1 %	-17,4 %
Konsumgüterproduzenten	1,1 %	-15,8 %	-11,7 %
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	8,2 %	-12,8 %	-12,6 %
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	-2,4 %	-3,1 %	-21,4 %
Maschinenbau	0,9 %	-15,9 %	-13,9 %

1 Vorläufige preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Die preis-, kalender- und saisonbereinigte Industrieproduktion lag im Juli nach wie vor deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Die Ausbringung war um zwölf Prozent geringer als im Februar 2020, als die Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland noch relativ wenig beeinträchtigte. Der Output der Investitionsgüterhersteller lag um 8,6 Prozent und der Güterausstoß der Vorleistungsgüterproduzenten um 9,4 Prozent unter dem Februarniveau. In der Konsumgüterindustrie war der Rückgang zweistellig (–23 Prozent). Während im Maschinenbau im Juli

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

genauso viel produziert wurde wie im Februar, hat sich die Ausbringung in der Chemieindustrie und in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen noch nicht von dem coronabedingten Einbruch erholt (–12 bzw. –18 Prozent).

Auftragseingänge in der Industrie steigen im Juli

Im Juli 2020 zeichnete sich eine weitere Erholung der rheinland-pfälzischen Industrie von den Auswirkungen der Corona-Pandemie ab. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 4,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Die Nachfrage aus dem Inland war um 5,5 Prozent und das Ordervolumen aus dem Ausland um 4,4 Prozent höher als im Juni.

In der Vorleistungsgüterindustrie gingen im Juli wesentlich mehr Bestellungen ein als im Monat zuvor (+7,9 Prozent). Die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern stieg ebenfalls (+2,3 bzw. +1,1 Prozent).

Die drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich unterschiedlich: In der Chemieindustrie legten die bereinigten Auftragseingänge deutlich zu (+8,2 Prozent). Die Bestellungen im Maschinenbau erhöhten sich leicht, und zwar um 0,9 Prozent. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie war die Nachfrage im Juli hingegen geringer als im Vormonat (–2,4 Prozent).

Auch wenn sich die Aufwärtstendenzen im Juli fortsetzten, lagen die preis-, kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge in der Industrie noch immer deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Im Vergleich zum Februar 2020, als die Corona-Pandemie die wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland noch relativ wenig beeinträchtigte, fielen die bereinigten Auftragseingänge im Juli um 7,7 Prozent geringer aus. Während die Nachfrage aus dem Inland um 1,9 Prozent unter dem Februarniveau lag, belief sich das Minus bei den Bestellungen aus dem Ausland auf elf Prozent. Das Ordervolumen der Investitionsgüterindustrie war um 3,8 Prozent und die Nachfrage nach Vorleistungsgütern um 5,8 Prozent niedriger als im Februar. Im Konsumgüterbereich lagen die bereinigten Auftragseingänge um mehr als ein Viertel unter dem Vorkrisenniveau. Während sich die Nachfrage in der Chemieindustrie und im Maschinenbau mit jeweils –12 Prozent noch nicht wieder erholt hat, gingen in der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie im Juli 1,9 Prozent mehr Bestellungen ein als im Februar.

Industrie muss im Juli weiter Umsatzeinbußen hinnehmen

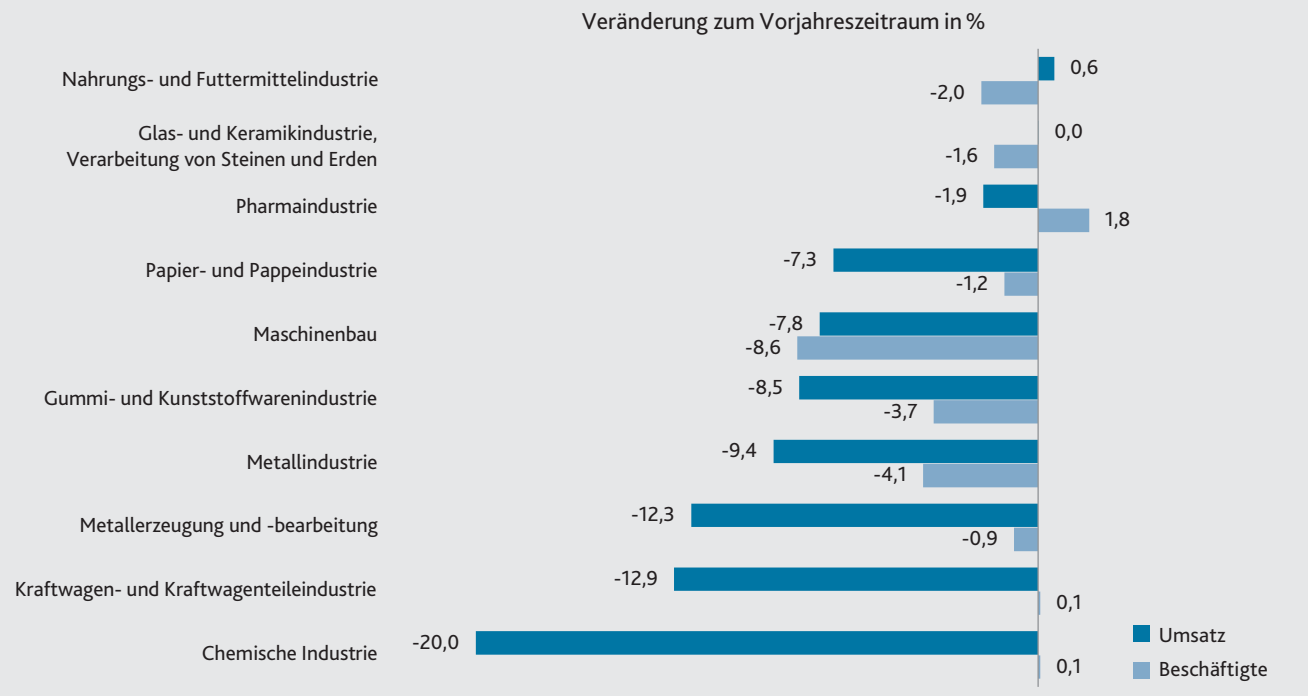
Der Aufholprozess im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe kam im Juli 2020 mit einem deutlichen Umsatzminus ins Stocken. Die Umsätze lagen um zwölf Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Die Abweichung im Vergleich zum Vorjahreswert war somit größer als im Juni 2020 (–8,3 Prozent). Die Folgen der Corona-Krise führten zu einem weiteren Beschäftigungsabbau in der Industrie, welcher den bislang höchsten Wert im Jahr 2020 erreichte (–2,6 Prozent). In Deutschland lagen die Umsätze um zehn Prozent und die Beschäftigung um 2,9 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Im Juli 2020 betrugen die Umsatzerlöse 7,2 Milliarden Euro. Sowohl im Inland als auch mit dem Ausland entwickelten sich die Umsätze in ähnlicher Größenordnung rückläufig (Inland: –12 Prozent; Ausland: –13 Prozent). Zum Vergleich: In Deutschland reduzierte sich der Umsatz aus dem Inland um 7,5 Prozent, der aus dem Ausland um 13 Prozent. Der Anteil des in das Ausland exportierten Warenwerts betrug 55,6 Prozent und verringerte sich damit geringfügig um 0,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr.

In den einzelnen Branchen variierte der Verlaufstrend der Umsatzentwicklung im Vergleich zum Vorjahr von geringfügig positiv bis hin zu deutlich negativ. Bei den Herstellern von Nahrungs- und Futtermitteln lag der Umsatz leicht im Plus (+0,6 Prozent). Der größte Umsatzverlust gegenüber dem Vorjahr musste in der chemischen Industrie mit einem Minus von 20 Prozent verkraftet werden. In den Bereichen der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie der Metallerzeugung und -bearbeitung ist ebenfalls keine weitere Entspannung erkennbar, die Umsätze liegen mit –13 bzw. –12 Prozent unter den Ergebnissen des Vorjahres.

Im Juli 2020 waren rund 256 400 Personen in den Betrieben des rheinland-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Juli 2020[1] nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 Vorläufiges Ergebnis.

pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes tätig; das waren rund 6 800 bzw. 2,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor (Deutschland: –2,9 Prozent). Am stärksten ging die Zahl der Beschäftigten im Maschinenbau (–8,6 Prozent), der Herstellung von Metallerzeugnissen (–4,1 Prozent) sowie der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (–3,7 Prozent) zurück. Lediglich die Pharmaindustrie konnte unter den zehn bedeutendsten Industriezweigen – gemessen am Umsatz – ein Beschäftigungsplus von 1,8 Prozent erreichen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie spiegelten sich auch in der Betrachtung des gesamten Zeitraums von Januar bis Juli 2020 wider. Die Umsatzerlöse des Verarbeitenden Gewerbes brachen im Vergleich zum Vorjahresniveau um zwölf Prozent ein. Im Inland wurden zehn Prozent weniger Umsätze erwirtschaftet. Die Auslandsumsätze wiesen ein Minus von 13 Prozent auf. Die Beschäftigtenzahlen folgten im Vergleich zum Vorjahr mit einem Minus von 1,5 Prozent einem leichten Abwärtstrend.

Aufträge im Bauhauptgewerbe im Juli höher, Umsätze niedriger als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Juli 2020 zwar mehr Aufträge, aber niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge stiegen im Vergleich zum Juni 2020 – kalender- und saisonbereinigt – um 18 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz lag um 2,9 Prozent niedriger als im Vormonat. Gegenüber den ersten sieben Monaten 2019 verringerte sich das Ordervolumen um 7,2 Prozent. Der Umsatz stieg dagegen um sechs Prozent.

Im Vergleich zum Juni 2020 erhöhten sich die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau kräftig (+42 Prozent). Im Tiefbau blieb die Nachfrage dagegen leicht hinter dem Vormonatsergebnis zurück (–1,8 Prozent). Für den gewerblichen und den öffentlichen Hochbau errechnen sich sprunghafte Auftragszuwächse (+65 bzw. +62,5 Prozent). Lediglich im sonstigen öffentlichen Tiefbau war das Ordervolumen niedriger als im Vor-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Juli 2020		Jan. bis Juli 2020
	Veränderung des Indexwertes[1] zu		
	Juni 2020	Juli 2019	Jan. bis Juli 2019
Auftragseingang	17,7 %	13,9 %	-7,2 %
Hochbau insgesamt	42,2 %	47,1 %	-0,2 %
Wohnungsbau	8,1 %	52,7 %	7,6 %
gewerblicher Hochbau	65,3 %	55,4 %	-8,0 %
öffentlicher Hochbau	62,5 %	22,2 %	8,4 %
Tiefbau insgesamt	-1,8 %	-9,6 %	-13,1 %
gewerblicher Tiefbau	4,9 %	-28,4 %	-17,9 %
Straßenbau	0,9 %	-4,6 %	-10,0 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-12,4 %	1,8 %	-14,7 %
Baugewerblicher Umsatz	-2,9 %	0,1 %	6,0 %
Hochbau insgesamt	0,9 %	9,5 %	6,3 %
Wohnungsbau	21,5 %	43,1 %	10,3 %
gewerblicher Hochbau	-6,9 %	-1,9 %	3,3 %
öffentlicher Hochbau	-22,6 %	-22,4 %	6,2 %
Tiefbau insgesamt	-6,7 %	-8,6 %	5,7 %
gewerblicher Tiefbau	-5,0 %	-13,3 %	5,1 %
Straßenbau	-10,5 %	-17,5 %	0,2 %
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-2,5 %	10,8 %	15,7 %

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

monat (–12 Prozent). Gegenüber den ersten sieben Monaten 2019 wurde im Tiefbau eine deutlich geringere Nachfrage registriert (–13 Prozent). Im Hochbau belief sich der Auftragsrückgang auf 0,2 Prozent.

Abweichend zum Juni 2020 gab es im Tiefbau einen Rückgang der bereinigten Erlöse gegenüber dem Vormonat (–6,7 Prozent). Für den Hochbau errechnet sich dagegen ein leichter Anstieg um 0,9 Prozent. Diese Verbesserung ist ausschließlich auf die positive Entwicklung im Wohnungsbau zurückzuführen (+21,5 Prozent). In den übrigen Baubereichen waren die Erlöse im Vormonatsvergleich rückläufig. Den stärksten Umsatzeinbruch verzeichnete der öffentliche Hochbau (–23 Prozent). Gegenüber den ersten sieben Monaten 2019 zogen die baugewerblichen Umsätze dagegen sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau an (+6,3 bzw. +5,7 Prozent).

Bruttoinlandsprodukt steigt 2018 in den meisten Städten und Landkreisen

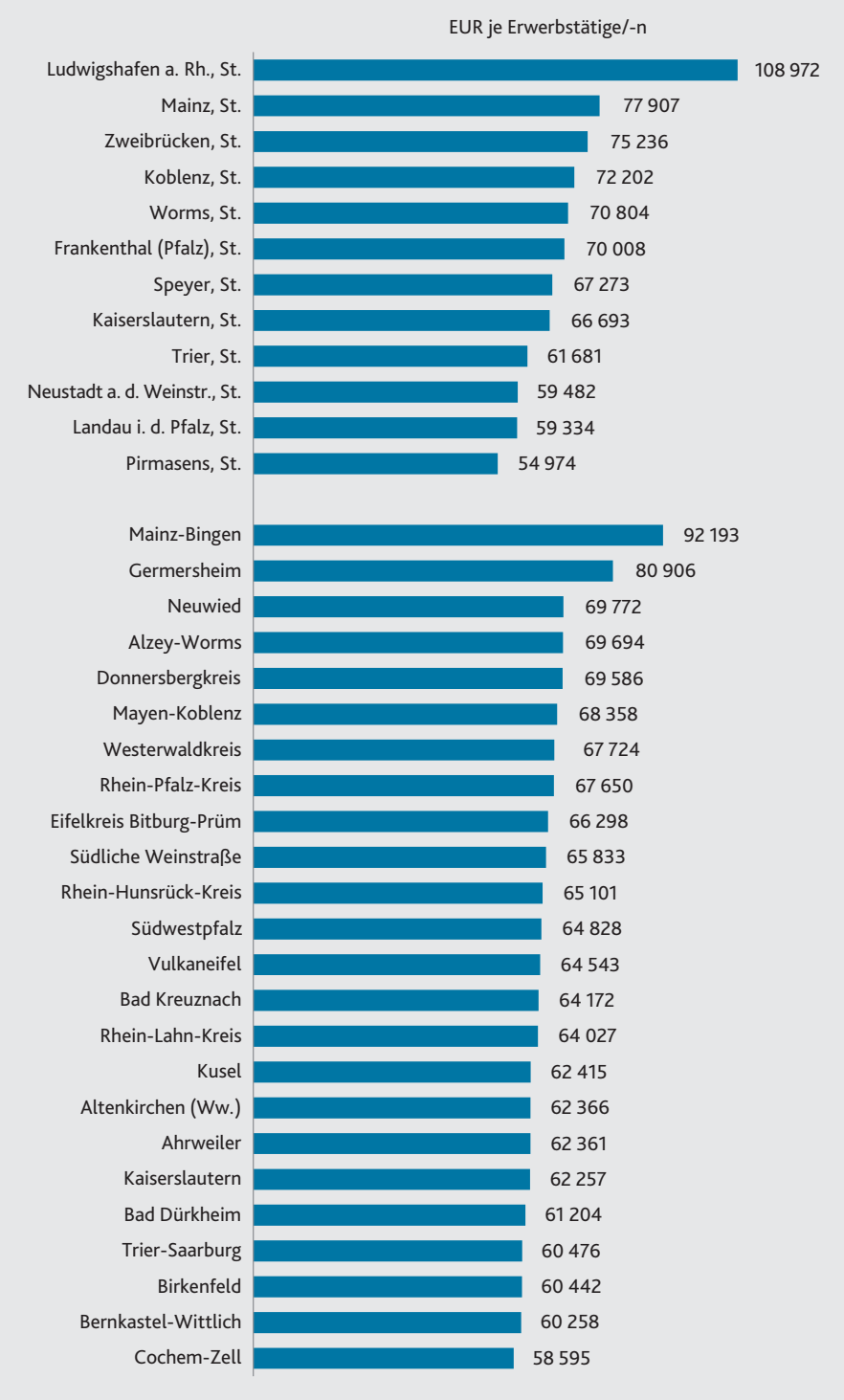
Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ist 2018 in fast allen rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken gewachsen. Der Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen stieg in den Landkreisen mit +3,4 Prozent dynamischer als in den kreisfreien Städten (+2,1 Prozent).

Die kräftigsten Anstiege der Wirtschaftsleistung verzeichneten die kreisfreie Stadt Zweibrücken +11 Prozent), der Landkreis Alzey-Worms (+8,9 Prozent) und die kreisfreie Stadt Frankenthal in der Pfalz (+7 Prozent). Rückläufig war das Bruttoinlandsprodukt dagegen in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen am Rhein (–2,8 Prozent) sowie im Landkreis Germersheim (–1 Prozent).

Die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen belief sich 2018 auf nominal 143,7 Milliarden Euro. Davon wurden 60 Prozent in den Landkreisen und 40 Prozent in den kreisfreien Städten erstellt. Die drei größten Städte des Landes – Ludwigshafen am Rhein, Mainz und Koblenz – erwirtschafteten nahezu ein Viertel der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. Auf die vier wirtschaftsstärksten Landkreise – Mainz-Bingen, Westerwaldkreis, Mayen-Koblenz und Neuwied – entfielen rund 19 Prozent des Landeswertes.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen – auch als Arbeitsproduktivität bezeichnet – ist 2018 gegenüber dem Vorjahr im Landesdurchschnitt um 1,9 Prozent auf 70 626 Euro gestiegen. In den kreisfreien Städten lag der Pro-Kopf-Wert mit 75 893 Euro deutlich über dem Wert in den Landkreisen (67 451 Euro). Der Durchschnitt der Städte wird allerdings maßgeblich von Ludwigshafen beeinflusst; dort war die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen mit 108 972 Euro wesentlich höher als im Landesdurchschnitt. Im Vergleich der Landkreise wies Mainz-Bingen mit 92 193 Euro das höchste Bruttoinlandsprodukt je

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2018 nach Verwaltungsbezirken



Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen auf. Die niedrigste Arbeitsproduktivität wurde unter den kreisfreien Städten in Pirmasens mit 54 974 Euro und unter den Landkreisen in Cochem-Zell mit 58 595 Euro registriert.

In den meisten Verwaltungsbezirken erbringen die Dienstleistungsbereiche den größten Teil der Wertschöpfung: Durchschnittlich wurden in den Landkreisen 62 Prozent und in den kreisfreien Städten gut 67 Prozent der Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor erwirtschaftet. In den Städten Mainz, Koblenz, Neustadt an der Weinstraße und Landau in der Pfalz lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche sogar über 80 Prozent. In der kreisfreien Stadt Ludwigshafen und im Landkreis Germersheim dominierte dagegen mit einem Anteil von 66 bzw. 56 Prozent das Produzierende Gewerbe die Wirtschaftsstruktur. Im Landesdurchschnitt lag der Anteil der Dienstleistungsbereiche bei 64 Prozent und der Anteil des Produzierenden Gewerbes bei 34 Prozent.

Langfristig hat sich das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in den Landkreisen und kreisfreien Städten sehr unterschiedlich entwickelt. Zwischen 2000 und 2018 fiel der Zuwachs in den Landkreisen mit +61 Prozent deutlich höher aus als in den kreisfreien Städten mit +44 Prozent. Am stärksten hat die nominale Wirtschaftsleistung in den Landkreisen Germersheim (+99 Prozent), Alzey-Worms (+92 Prozent) und Mainz-Bingen (+91 Prozent) zugelegt. Den höchsten Anstieg unter den kreisfreien Städten gab es in Landau in der Pfalz (+71 Prozent). Im Landkreis Kusel und in der kreisfreien Stadt Pirmasens nahm das Bruttoinlandsprodukt um 21 bzw. 25 Prozent zu. Zu beachten ist, dass die hier genannten nominalen Veränderungsraten auch

durch Preisniveauveränderungen beeinflusst werden.

Bruttoinlandsprodukt sinkt im ersten Halbjahr um 5,7 Prozent

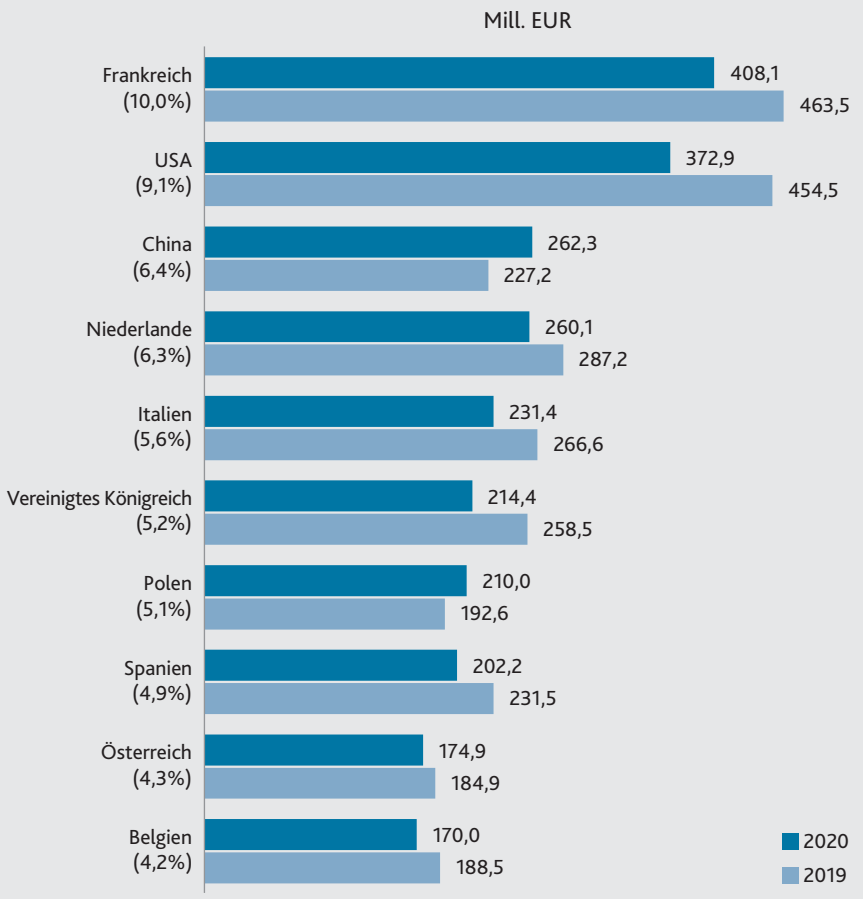
Die Corona-Pandemie hat in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft im ersten Halbjahr 2020 – wie nicht anders zu erwarten – tiefe Spuren hinterlassen: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt verringerte sich gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 um 5,7 Prozent. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung fiel etwas milder aus als im Bundesdurchschnitt und im Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer ohne Berlin (–6,6 bzw. –6,7 Prozent).

In jeweiligen Preisen ging die Wirtschaftsleistung um 3,3 Prozent zurück (Deutschland: –4,2 Prozent; westliche Bundesländer ohne Berlin: –4,4 Prozent). Diese Angaben basieren auf einer ersten, vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder".

Im Juli deutliche Rückgänge im Außenhandel

Nach ersten Anzeichen der Erholung im Juni 2020 fällt der Rückgang im rheinland-pfälzischen Außenhandel wieder größer aus. Nach vorläufigen Angaben belief sich der Wert der Ausfuhren auf 4,1 Milliarden Euro und lag damit um elf Prozent niedriger als im Juli 2019 (Deutschland: –11 Prozent). Der Warenwert der Einfuhren erreichte 2,88 Milliarden Euro, das waren 16 Prozent weniger als im Vorjahresmonat (Deutschland: –11 Prozent).

Ausfuhren Juli 2019 und 2020[1] nach den wichtigsten Handelspartnern



( ) Anteil an den Ausfuhren insgesamt
1 Vorläufiges Ergebnis.

Das Exportvolumen in die EU lag im Juli 2020 mit 2,19 Milliarden Euro geringfügig über den Juniwerten, aber 9,9 Prozent unter den Ergebnissen im Juli 2019. Das Minus in den Ländern, die der Eurozone angehören, fiel mit elf Prozent höher aus. Der Handel mit den EU-Ländern, die nicht der Eurozone angehören, war um acht Prozent niedriger als im Vorjahresmonat.

Trotz der vermehrten Ausfuhren nach China im Juli 2020 (+16 Prozent) wiesen die Ausfuhren nach Asien ein Minus von zwölf Prozent aus. Vor allem die Exporte nach Japan – ein weiterer wichtiger Handelspartner in Asien – lagen unter dem Vorjahreswert (–59 Prozent).

Im Jahresvergleich hat sich das Exportdefizit im Handel mit Amerika im Juli auf –19 Prozent vergrößert (Juni: –6,5). Die Ausfuhren in die USA lagen um 18 Prozent unter denen im Vorjahr.

Die sechs für den Export besonders bedeutenden Güterabteilungen ver-

zeichneten im Juli 2020 allesamt Rückgänge. Die größten Rückgänge gab es bei der Ausfuhr von Metallen (–23 Prozent) sowie Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–21 Prozent).

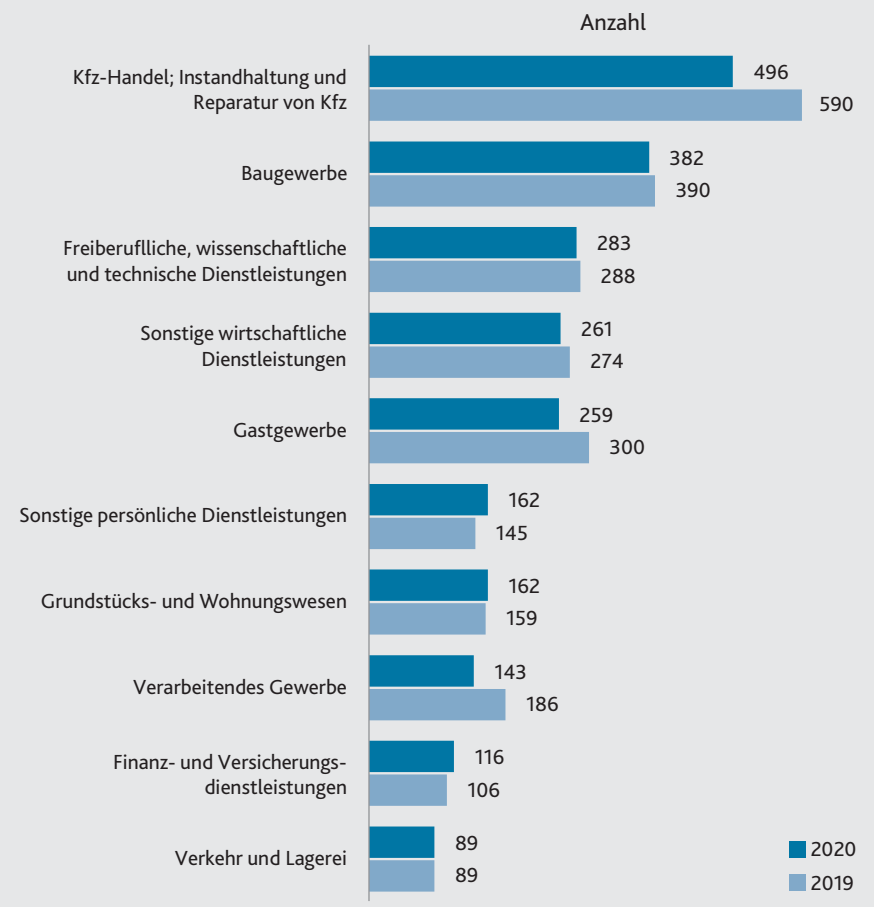
Der Warenwert der Einfuhren aus der EU lag im Juli 2020 bei 1,81 Milliarden Euro. Große Abweichungen zum Vorjahreswert zeigten sich hier sowie bei den Einfuhren aus den Ländern der Eurozone (–17 bzw. –20 Prozent). Deutlich geringer fiel das Minus mit den Ländern aus, die nicht der Eurozone angehören (–5,7 Prozent). Negative Entwicklungen im Handel gab es auch mit Asien und Amerika (–5,2 bzw. –27 Prozent). Der Importanstieg aus China fiel im Vergleich zum vergangenen Monat mit 2,1 Prozent deutlich geringer aus. Deutlich niedriger waren die Einfuhren aus den USA (–29 Prozent).

Von Januar bis Juli 2020 verringerten sich die Exporte um 13 Prozent und die Importe um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Prägend für diese Veränderungen waren die kräftigen coronabedingten Einbrüche des Außenhandels im April und Mai. Besonders deutlich fielen die Rückgänge im Außenhandelsgeschäft mit den europäischen Staaten aus.

Stabilisierung der Gewerbemeldungen im Juni

Die Zahl der Gewerbemeldungen hat sich nach deutlichen Rückgängen von März bis Mai im Juni wieder stabilisiert. Die Anmeldungen lagen mit 2 801 um annähernd 24 Prozent höher als im Juni 2019, die Zahl der Abmeldungen stieg um 6,5 Prozent auf 2 026. Die Monate März bis Mai waren stark von den Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie geprägt und sorgten dafür, dass die Zahl der Gewerbeanmeldungen im gesamten ersten Halbjahr 8,1 Prozent und die der Abmeldungen knapp 14 Prozent unter denen der ersten sechs Monate 2019 lagen. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 15 212 Gewerbe an- und 13 147 Gewerbe abgemeldet.

Betriebsgründungen[1] 1. Halbjahr 2019 und 2020 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Entsprechend der Entwicklung der Gewerbeanmeldungen gingen auch die Betriebsgründungen zurück. Im ersten Halbjahr 2020 waren insgesamt 2 593 Gewerbeanmeldungen sogenannte Betriebsgründungen, 7,8 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bei Betriebsgründungen kann eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden. Zu ihnen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie alle Neugründungen von Einzelunternehmen,

bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens eine bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bzw. Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 19 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen". Den zweithöchsten Anteil stellte mit 15 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe".

Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten den höchsten Wert mit 10,7 in der Landeshauptstadt Mainz. Der niedrigste Wert war im Landkreis Trier-Saarburg mit 2,8 zu verzeichnen. Zwischen den kreisfreien Städten und den Landkreisen ist ein deutlicher Niveauunterschied festzustellen. So wurde der höchste Wert unter den Landkreisen, der mit 7,2 im Landkreis Bad Dürkheim zu beobachten war, von neun der zwölf Städte übertroffen.

Über die Betriebsgründungen hinaus gab es im ersten Halbjahr 2020 insgesamt 10 000 sogenannte sonstige Neugründungen. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 ging deren Anzahl um 8,9 Prozent zurück. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Von den sonstigen Neugründungen erfolgten 6 809 im Nebenerwerb. Dies waren 8,2 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Neben den Betriebsgründungen und sonstigen Neugründungen waren im ersten Halbjahr 2020 noch 2 619 weitere Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

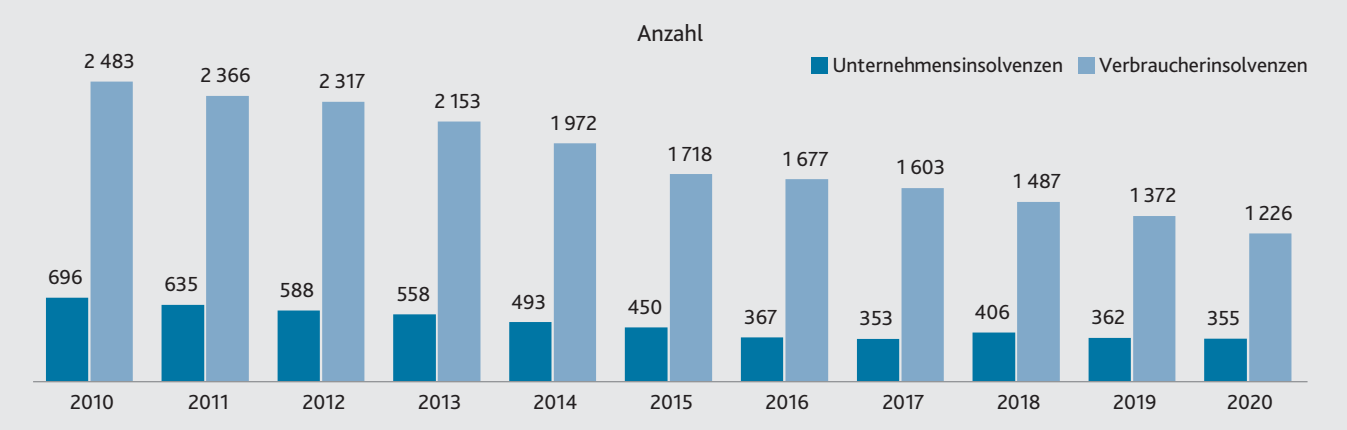
Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie sind das Pendant zu den Betriebsgründungen – sank um 5,4 Prozent auf 2 247. Die sonstigen Stilllegungen, d. h. die Aufgaben von Kleinunternehmen, lagen mit 8 263 um 17 Prozent unter dem Wert des Vorjahreshalbjahrs.

Weniger Insolvenzanträge im ersten Halbjahr

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2020 gesunken. Es stellten 355 Unternehmen einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, das waren knapp zwei Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2019. Die Zahl der Anträge von Verbraucherinnen und Verbrauchern lag mit 1 226 um knapp elf Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Die Folgen der Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die Mitte März begannen, schlagen sich in den Zahlen noch nicht nieder. Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass coronabedingt die Insolvenzantragspflicht unter bestimmten Voraussetzungen bis vorerst 30. September

Beantragte Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2010–2020



2020 ausgesetzt wurde. Von März bis Juni 2020 wurden 237 neue Unternehmensinsolvenzen registriert; von März bis Juni 2019 waren es 232.

Durch die beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten im ersten Halbjahr 2 927 Arbeitsplätze in Gefahr. Das Volumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger belief sich auf fast 253 Millionen Euro. Durchschnittlich hatte damit jedes insolvent gewordene Unternehmen gut 712 270 Euro Schulden.

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt den Wirtschaftsabschnitten „Baugewerbe" (74 Anträge) und „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen" (56) zuzurechnen ist.

Die Insolvenzhäufigkeit, also die Insolvenzen je 1 000 aktive Unternehmen, lag im Durchschnitt in den kreisfreien Städten höher als in den Landkreisen. Den mit 4,3 höchsten Wert verzeichnete die kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz, unter den Landkreisen ergab sich der höchste Wert mit 3,5 für Alzey-Worms. Am niedrigsten war die Insolvenzhäufigkeit im Donnersbergkreis mit einem Wert von 0,4.

Bei den Verbraucherinsolvenzen beliefen sich die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger auf rund 51 Millionen Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit im Durchschnitt bei 41 840 Euro.

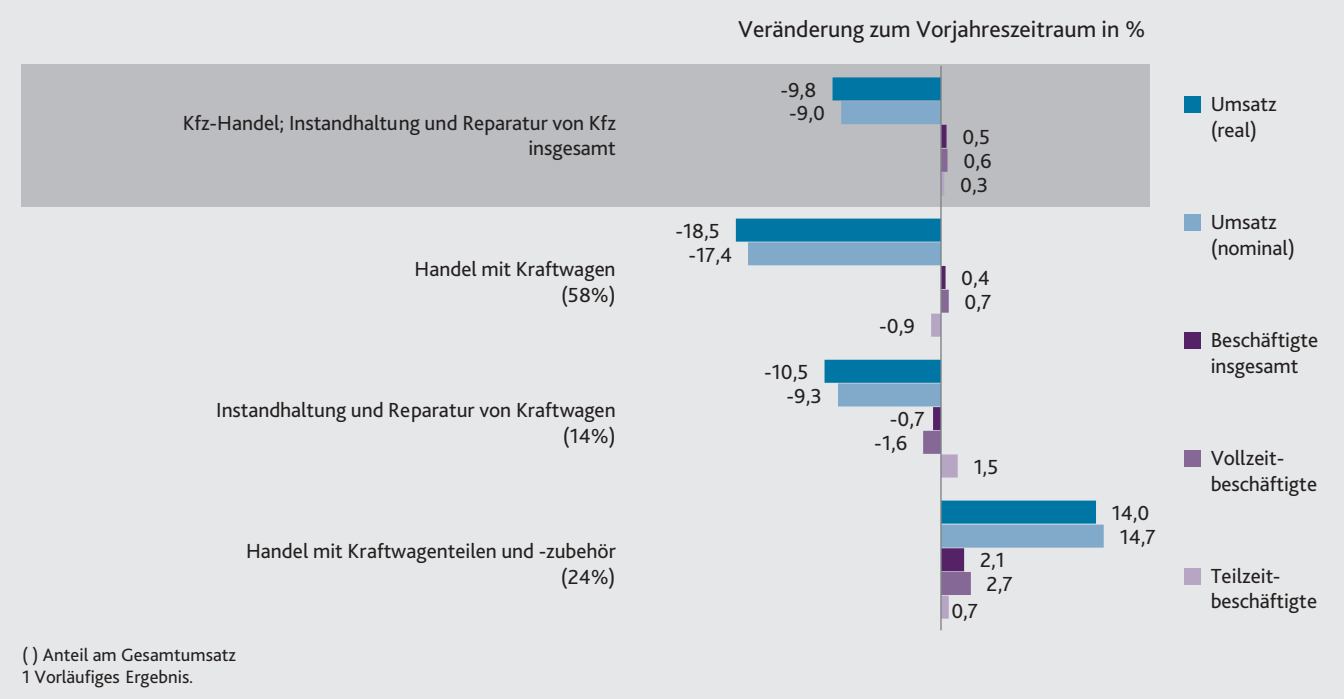
Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden in Pirmasens 14,6 Verbraucherinsolvenzen gezählt, die niedrigste Insolvenzhäufigkeit weist der Landkreis Südliche Weinstraße mit einem Wert von 0,5 auf.

Handel mit Kraftwagenteilen floriert – Umsatzminus im Kfz-Handel schwächt sich ab

Nach den deutlichen Umsatzeinbußen im April und Mai schwächt sich die Talfahrt im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) ab. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze im Juni 2020 real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 9,8 Prozent unter denen im Juni 2019. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, betrug der Rückgang neun Prozent.

Die Umsatzentwicklung im Kfz-Handel sowie in der Instandhaltung und

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels[1] im Juni 2020



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

Reparatur von Kfz war real negativ (–19 bzw. –11 Prozent). Ein Plus gegenüber dem Vorjahresmonat wurde mit 14 Prozent im Handel mit Kraftwagenteilen und Kraftwagenzubehör erzielt.

Die Zahl der Beschäftigten im Kfz-Handel war um 0,5 Prozent höher als im Juni 2020. Sowohl die Zahl der Vollzeitstellen als auch die der Teilzeitbeschäftigten lagen leicht im Plus (+0,6 bzw. +0,3 Prozent).

In den ersten sechs Monaten sanken die realen Umsätze des rheinland-pfälzischen Kfz-Handels gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 14 Prozent (nominal –13 Prozent). Prägend für diese Entwicklung waren die Umsatzeinbrüche im April und Mai 2020. Die Beschäftigtenlage zeigte sich stabil: Die Gesamtzahl lag um ein Prozent höher. Auch die Zahl der Vollzeit- und Teilzeitkräfte stieg an (+1,1 bzw. +0,7 Prozent).

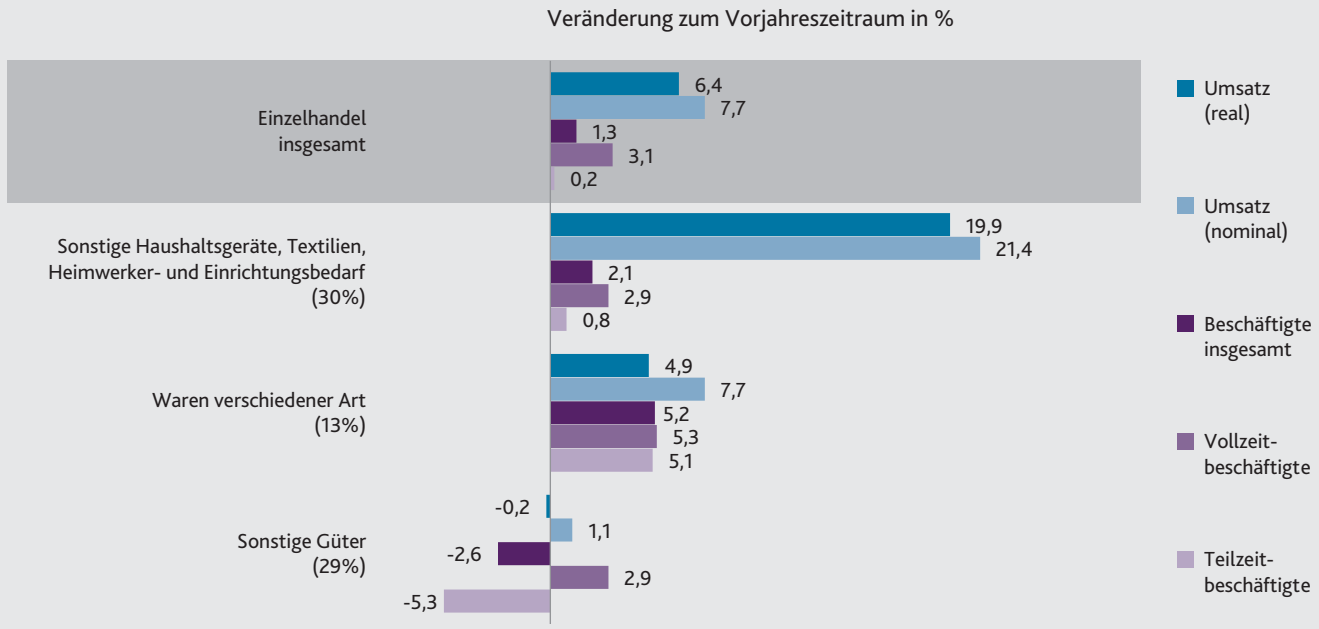
Umsatzentwicklung im Einzelhandel weiterhin im Plus

Die bisherige positive Entwicklung im rheinland-pfälzischen Einzelhandel setzte sich auch im Juli 2020 fort. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Einzelhandelsumsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, insgesamt um 6,4 Prozent über denen im Juli 2019. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, betrug der Erlösanstieg 7,7 Prozent.

Sowohl die Umsätze im Lebensmittel-Einzelhandel als auch im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln entwickelten sich positiv. Bei den Nahrungsmitteln stiegen die Umsätze im Juli 2020 preisbereinigt um 5,1 Prozent. Der Umsatz im Handel mit Nicht-Lebensmitteln legte real um 7,2 Prozent zu.

Besonders positiv verlief die preisbereinigte Erlösentwicklung im Juli 2020 im umsatzstärksten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ (+20 Prozent). Der in Bezug auf den Umsatz ebenfalls bedeutende Einzelhandel mit sonstigen Gütern, zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen, konnte nicht von dem positiven Klima profitieren (–0,2 Prozent). Deutliche Umsatzsteigerungen gab es in den gemessen am Umsatz-

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels[1] im Juli 2020



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. Vorläufiges Ergebnis.

anteil weniger bedeutenden Bereichen „Verlagsprodukte, Sportausrüstungen und Spielwaren" (+18 Prozent) sowie „Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik" (+13 Prozent).

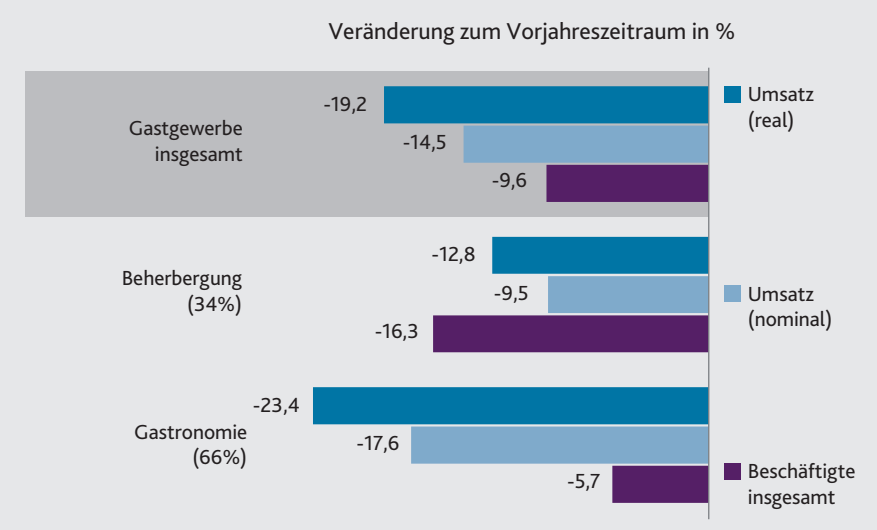
Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel entwickelte sich mit +1,3 Prozent gegenüber dem Juli 2019 positiv. Das Plus bei den Vollzeitstellen betrug 3,1 Prozent und bei den Teilzeitbeschäftigten 0,2 Prozent.

Von Januar bis Juli verbuchte der Einzelhandel ein reales Umsatzplus von vier Prozent. Die Beschäftigtenzahl stieg in diesem Zeitraum um 1,2 Prozent. Sowohl die Zahl der Vollzeitkräfte als auch die der Teilzeitkräfte entwickelte sich mit +2,1 bzw. +0,6 Prozent positiv.

Gastgewerbe weiter durch Corona-Pandemie beeinträchtigt – Aufwärtsbewegung erkennbar

Die durch die Folgen der Corona-Pandemie bedingten starken Umsatzeinbrüche des ersten Halbjahres im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe flachten im Juli 2020 weiter ab. Nach vorläufigen Berechnungen lagen im Juli 2020 die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 19 Prozent unter den Werten des Julis 2019. Nominal bzw. in jeweiligen Preisen ging der Umsatz um 15 Prozent zurück. Die Beschäftigtenzahl verringerte sich um 9,6 Prozent. Die leicht positive Tendenz hinsichtlich der Umsatzentwicklung im Juni 2020 setzte sich im Juli mit einem Umsatzplus von 35 Prozent im Vergleich zum Vormonat fort.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe[1] im Juli 2020



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

Nach Branchen betrachtet verzeichnete die Gastronomie stärkere Umsatzeinbußen als das Beherbergungsgewerbe. Die Erlöse der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, verringerten sich im Juli 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat real um 23 Prozent. Kräftige Verluste von über der Hälfte des Umsatzwertes erlitten die Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen (–55 Prozent). In der speisengeprägten Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, gingen die Umsätze um 17 Prozent zurück. Das rheinland-pfälzische Beherbergungsgewerbe, das ein Drittel der Umsätze des Gastgewerbes erwirtschaftet, verbuchte Umsatzeinbußen von 13 Prozent; konnte aber gegenüber dem Juni 2020 ein Plus von 54 Prozent der Erlöse erzielen. In der Gastronomie übertrafen die Umsatzwerte die des Junis 2020 um 24 Prozent.

Im Zeitraum von Januar bis Juli 2020 gingen die Umsätze im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe real um 36 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum (nominal –34 Prozent) zurück. Die Zahl der Beschäftigten reduzierte sich um elf Prozent.

Tourismus auch im Juli unter Vorjahresniveau – Camping und Ferienwohnungen legen deutlich zu

Auch im Juli verzeichnete die Tourismusbranche in Rheinland-Pfalz weniger Gäste und Übernachtungen als im Vorjahresmonat. Die Rückgänge fielen jedoch deutlich geringer aus als in den vorhergehenden Monaten. Es kamen gut 981 200 Gäste, das waren

8,6 Prozent weniger als im Juli 2019; die Zahl der Übernachtungen lag mit 2,8 Millionen um 6,5 Prozent unter dem Vorjahreswert. Im Juni hatten die Rückgänge bei den Gästen bei 42 Prozent und bei den Übernachtungen bei 38 Prozent gelegen.

Erstmalig seit den coronabedingten Einschnitten konnte eine Tourismusregion eine positive Monatsbilanz ziehen: In der Region Mosel-Saar lag im Juli 2020 die Zahl der Gäste um sechs Prozent und die der Übernachtungen um 8,4 Prozent höher als noch im Juli 2019. Deutliche Anstiege waren hier auf den Campingplätzen zu verzeichnen. Die mit Abstand höchsten Rückgänge sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen gab es in der Region Rheinhessen (–34 bzw. –26 Prozent).

Zweistellige Zuwächse sowohl beim Gäste- als auch beim Übernachtungsaufkommen gab es bei den Campingplätzen (+22 und +18 Prozent) und den Ferienhäusern und -wohnungen (+13 und +11 Prozent). Auch bei den Pensionen (Gäste: +6,7; Übernachtungen: +9,2 Prozent) und den Ferienzentren (Gäste: +7; Übernachtungen: 5,1 Prozent) stiegen die Zahlen. Gravierende Einschnitte gegenüber dem Juli 2019 zeigten sich erneut bei den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen. Das Minus betrug hier 52 Prozent bei den Gästezahlen und 57 Prozent beim Übernachtungsaufkommen.

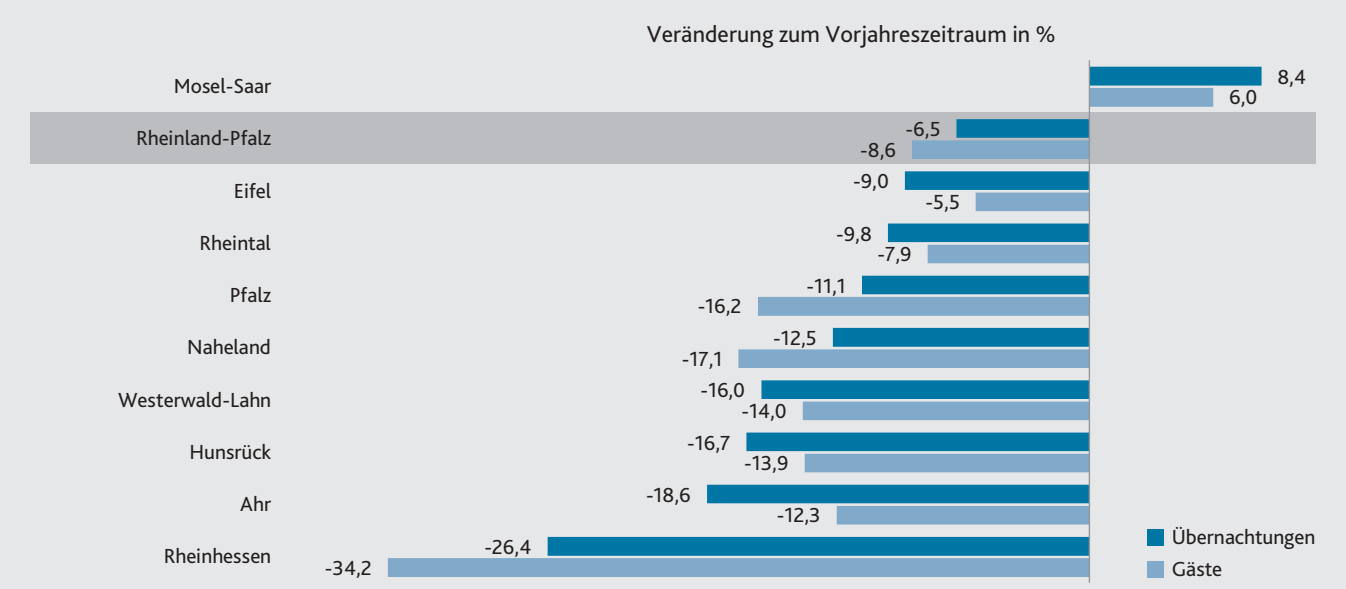
Im Juli 2020 besuchten 778 000 Gäste aus Deutschland Rheinland-Pfalz (+1,2 Prozent); diese buchten 2,17 Millionen Übernachtungen (+3,5 Prozent). Im Gegensatz dazu kamen 29 Prozent weniger Gäste aus dem Ausland (203 300), ihre Übernachtungszahlen (661 600) lagen um 33 Prozent unter dem Wert von Juli 2019.

Von Januar bis Juli dieses Jahres besuchten 3,05 Millionen Gäste Rheinland-Pfalz. Das waren 44 Prozent weniger als im Vergleichszeitraum 2019. Die Übernachtungen reduzierten sich um 39 Prozent auf 8,55 Millionen. Aufgrund der massiven Einschränkungen des Tourismusgeschehens auf ausschließlich nichttouristische Zwecke im April und Mai 2020 waren die Rückgänge in diesen Monaten bei den Gäste- und Übernachtungszahlen am höchsten.

Auswirkungen der Corona-Pandemie auch im Handwerk: Umsatz und Beschäftigung im Minus

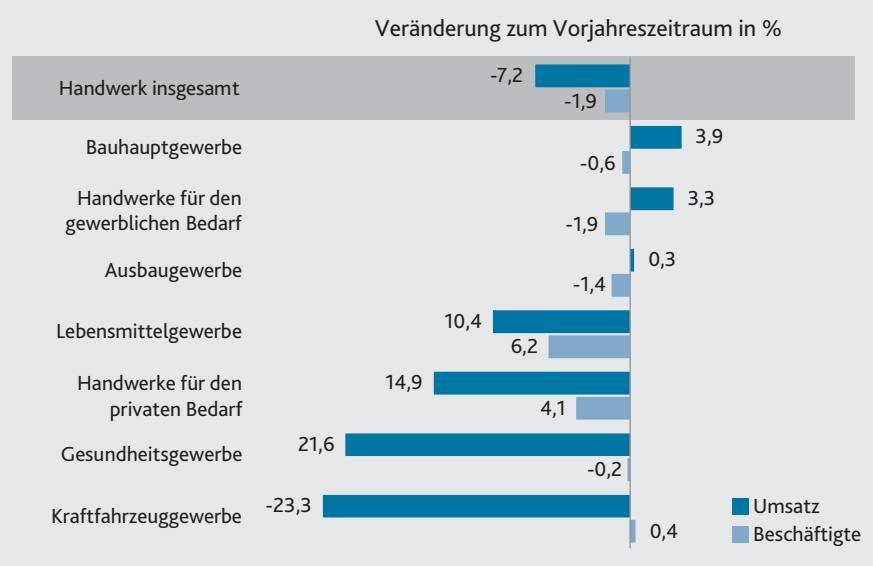
Erstmalig seit fünf Jahren sind die Umsätze im zulassungspflichtigen

Übernachtungen und Gäste im Juli 2020[1] nach Tourismusregionen



1 Vorläufiges Ergebnis.

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 2. Quartal 2020[1] nach Gewerbegruppen



1 Vorläufiges Ergebnis.

Handwerk rückläufig. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse in den Monaten April bis Juni 2020 um 7,2 Prozent unter dem Niveau des zweiten Quartals 2019 (Deutschland: –7,4 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten ist weiter zurückgegangen; aktuell liegt die Abnahme bei 1,9 Prozent gegenüber dem 2. Quartal 2019 (Deutschland: –1,7 Prozent).

Die Umsatzentwicklungen in den einzelnen Gewerbegruppen waren sehr unterschiedlich. Die größten Zunahmen gab es im Bauhauptgewerbe (+3,9 Prozent) sowie bei den Handwerken für den gewerblichen Bedarf (+3,3 Prozent). Im Kraftfahrzeuggewerbe kam es zu deutlichen Umsatzeinbußen (–23 Prozent). Innerhalb der Gewerbegruppe waren nicht alle Handwerke gleichermaßen von den negativen Entwicklungen betroffen: Die Umsätze der Zweiradmechaniker nahmen in etwa um die Hälfte zu (+51 Prozent). Die Umsatzrückgänge im Gesundheitsgewerbe (–22 Prozent), zu denen z. B. Optiker und Orthopädietechniker zählen, dürften auch auf die coronabedingten Schließungen zurückzuführen sein. Deutliche Einbußen von 15 Prozent sind auch bei den Handwerken für den privaten Bedarf (z. B. Friseure) festzustellen; auch hier dürften die Auswirkungen des Lockdown eine Rolle spielen.

Die Beschäftigungslage hat sich gegenüber dem zweiten Quartal 2019 verschlechtert (–1,9 Prozent). Mit Ausnahme einer geringen Zunahme im Kraftfahrzeuggewerbe (+0,4 Prozent) war die Entwicklung in den übrigen Gewerbegruppen negativ. Die stärksten Abnahmen gab es im Lebensmittelgewerbe sowie bei den Handwerken für den privaten Bedarf (–6,2 bzw. –4,1 Prozent).

Baumobsternte 2020 – Apfelernte nach schwachem Vorjahr leicht überdurchschnittlich

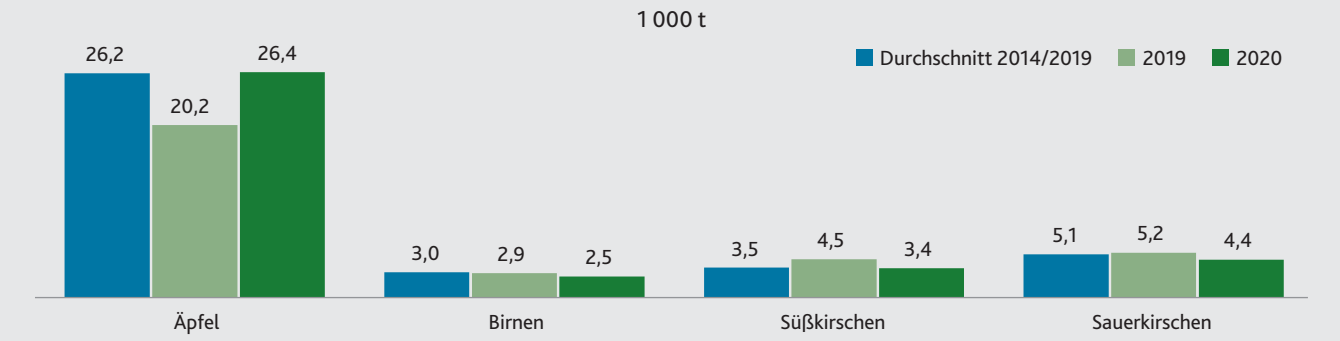
Die rheinland-pfälzischen Obstbaubetriebe können dieses Jahr – nach einer ersten Bilanz – eine Gesamternte von 48 000 Tonnen Baumobst einfahren. Dies entspricht einer Steigerung von sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der sechsjährige Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019 wurde jedoch um vier Prozent verfehlt.

Bei der in Rheinland-Pfalz bedeutendsten Baumobstart, dem Apfel, fällt die Erntemenge leicht überdurchschnittlich aus: Es wird von einer Gesamterntemenge von rund 26 400 Tonnen ausgegangen. Das wären 200 Tonnen mehr als der Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019. Gegenüber dem schwachen Apfeljahr 2019 beträgt die Zunahme 31 Prozent. Rechnerisch stünden somit jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner 6,4 Kilogramm Äpfel aus heimischer Erzeugung zur Verfügung; das würde rund ein Viertel des Pro-Kopf-Verbrauchs decken, der 2018/19 bei 25,5 Kilogramm lag.

Äpfel werden auf 1 390 Hektar angebaut. Der Hektarertrag wird auf rund 19 Tonnen geschätzt. Der Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019 beträgt 19,1 Tonnen je Hektar.

Nach den Feststellungen der Ernteberichterstatterinnen und -bericht-

Erntemengen von Baumobst 2014–2020[1]



1 2020 vorläufiges Ergebnis.

erstatter brachten die anderen Obstarten im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Gesamterntemengen. Die Birnen anbauenden Betriebe (163 Hektar) werden mit einer Erntemenge von 2 500 Tonnen ein unterdurchschnittliches Ergebnis erzielen (–14 Prozent im Vergleich zu 2019).

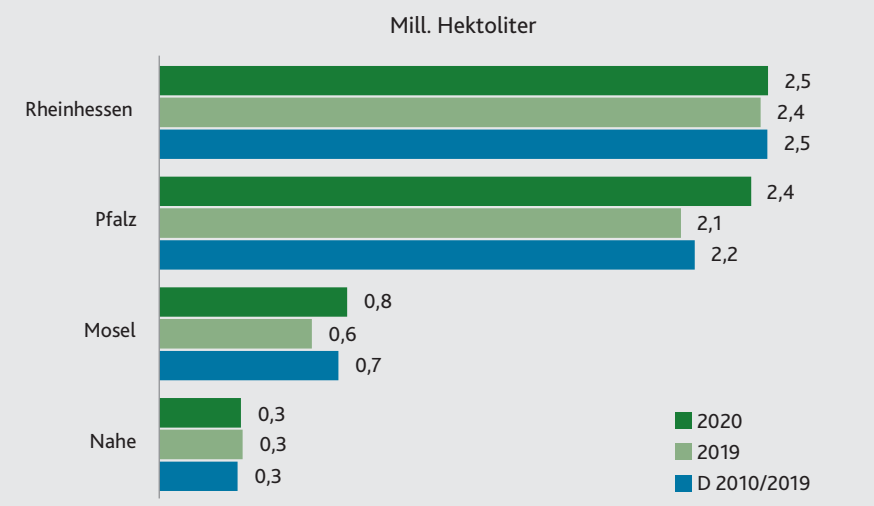
Bei den Süß- sowie Sauerkirschen wurde für die Gesamterntemenge im Vergleich zu 2019 ein Rückgang von 23 bzw. 16 Prozent ermittelt. Auch der sechsjährige Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2019 wird voraussichtlich um zwei bzw. 12,5 Prozent verfehlt. Süßkirschen stehen mit 653 Hektar auf dem zweiten Platz der Anbaustatistik. Die geschätzte rheinland-pfälzische Gesamterntemenge beträgt 3 400 Tonnen, der Durchschnittsertrag 5,3 Tonnen je Hektar. Auf den 562 Hektar mit Sauerkirschen wurde ein durchschnittlicher Hektarertrag von 7,9 Tonnen erzielt, der den Mittelwert der Jahre 2014 bis 2019 (8,6 Tonnen je Hektar) um acht Prozent unterschreitet. Die Erntemenge beläuft sich auf 4 400 Tonnen.

Sechs Millionen Hektoliter Weinmost erwartet – deutlich mehr als im Vorjahr

Die Winzerinnen und Winzer in Rheinland-Pfalz erwarten in diesem Jahr eine überdurchschnittliche Weinmosternte. Die Ernteberichterstatterinnen und Ernteberichterstatter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz schätzten die Erntemenge für Weinmost Ende August auf rund sechs Millionen Hektoliter, das wären gut fünf Prozent mehr als im langjährigen Durchschnitt und 8,5 Prozent mehr als im vergangenen Jahr.

Bei ähnlich heiß-trockenem Witterungsverlauf wie 2019 waren 2020 die Niederschläge im Juni ausschlaggebend für die leicht überdurchschnittliche Erntemenge (Durchschnitt 2010 bis 2019: 5,8 Millionen Hektoliter).

Weinmosternte 2019 und 2020[1] nach ausgewählten Anbaugebieten



1 Vorläufige Schätzung.

Die Erntemenge der weißen Moste übersteigt nach den aktuellen Schätzungen mit 4,2 Millionen Hektoliter den Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2019 um rund zehn Prozent. Beim Rotmost liegt die Erntemenge mit 1,8 Millionen Hektoliter leicht unter dem Niveau des langjährigen Mittels von 1,9 Millionen Hektolitern. Zum Vorjahr beträgt die Zunahme der Gesamterntemenge 460 000 Hektoliter.

Riesling ist die mit Abstand wichtigste Rebsorte im Land: Gut ein Viertel der Erntemenge bzw. 1,5 Millionen Hektoliter werden erwartet. Die Erntemenge liegt knapp 22 Prozent über der von 2019, das ist der größte Zuwachs unter den Leitrebsorten. Mit jeweils rund 0,8 Millionen Hektoliter folgen Müller-Thurgau und Dornfelder. Dornfelder verzeichnet mit einem Minus von 6,2 Prozent die größte Erntemengeneinbuße unter den Leitrebsorten.

Für Rheinhessen – das größte Weinanbaugebiet Deutschlands – wurde mit knapp 2,5 Millionen Hektoliter eine Erntemenge geschätzt, die dem langjährigen Vergleichswert entspricht. In der Pfalz wird die Erntemenge mit 2,4 Millionen Hektoliter deutlich über dem Durchschnitt 2010 bis 2019 von 2,2 Millionen Hektoliter liegen und damit nahezu die Erntemenge Rheinhessens erreichen. An der Mosel wird mit knapp 0,8 Millionen Hektoliter ebenfalls eine Erntemenge über dem langjährigen Durchschnitt erwartet (+4,9 Prozent).

Wegen des Termins, zu dem die Schätzungen erfolgen, sind die Ergebnisse noch mit Unsicherheiten behaftet und Veränderungen aufgrund des weiteren Witterungsverlaufs möglich.

Höhere Sterblichkeit von Ende März bis Mitte Mai bei insgesamt weniger Sterbefällen im ersten Halbjahr

Nach einer Auswertung vorläufiger Zahlen der amtlichen Sterbefallstatistik sind in Rheinland-Pfalz in der ersten Jahreshälfte 2020 weniger Menschen gestorben als im Jahr zuvor. In den ersten sechs Monaten starben 24 052 Menschen, darunter 11 926 Männer und 12 125 Frauen. Das waren 394 Sterbefälle weniger als 2019 (–1,6 Prozent). Wird berücksichtigt, dass 2020 ein Schaltjahr ist, fällt die Differenz noch etwas höher aus (–532 Sterbefälle bzw. –2,2 Prozent). Hinweise auf eine leicht erhöhte Sterblichkeit, die auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sein könnte, ergeben sich für einen Zeitraum zwischen der 14. und der 19. Kalenderwoche.

Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 meldeten die Standesämter für die erste Jahreshälfte 2020 rund 1,8 Prozent weniger Gestorbene. Vor allem im ersten Quartal blieb die Zahl hinter dem langjährigen Mittel zurück (–4,7 Prozent). Im zweiten Quartal starben hingegen etwas mehr Menschen (+1,6 Prozent). Das gilt auch dann, wenn die Veränderung der Bevölkerungszahl und der Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung im Zeitverlauf berücksichtigt werden.

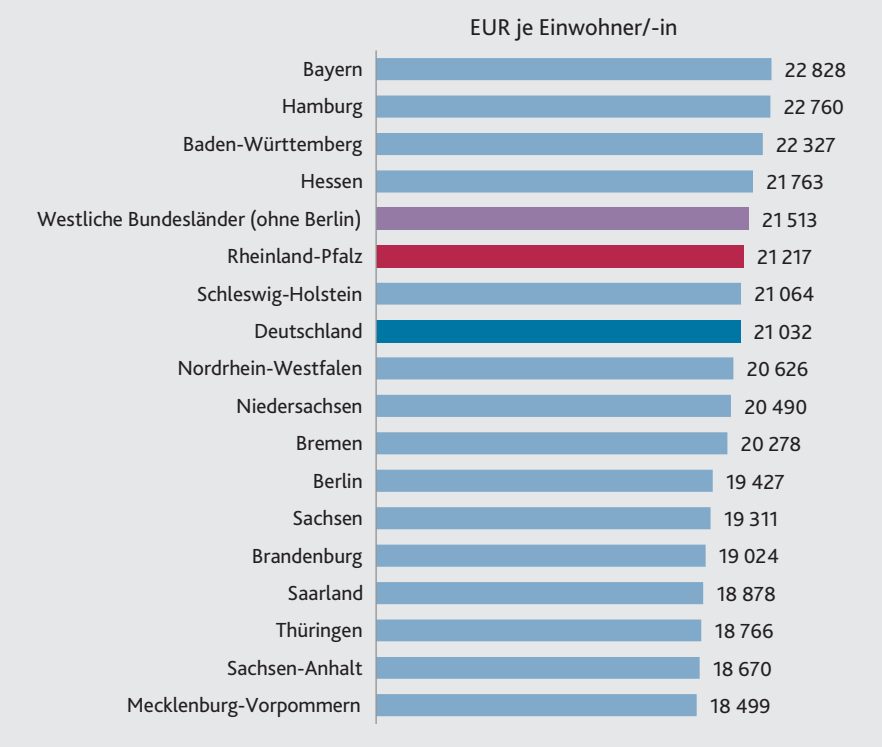
Zu der eher niedrigen Sterberate in den ersten drei Monaten des Jahres dürften u. a. der mildere Winter und die vergleichsweise kurze Influenzasaison beigetragen haben. So fiel die Zahl der Gestorbenen vor allem im Februar und im März niedriger aus als im Mittel der Jahre 2016 bis 2019 (–6,9 bzw. –5,7 Prozent). Zu der leicht erhöhten Sterblichkeit im zweiten Quartal könnte die Corona-Pandemie beigetragen haben, nachdem im April und im Mai 2020 erkennbar mehr Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer starben als im Durchschnitt der Vorjahre (+3,1 bzw. +2,3 Prozent).

Konsumausgaben steigen überdurchschnittlich

Im Jahr 2018 nutzten die privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz 86,6 Milliarden Euro bzw. 91,5 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Konsumzwecke. Die Konsumausgaben stiegen gegenüber 2017 preisbereinigt um 2,3 Prozent und damit einen Prozentpunkt stärker als im Bundesdurchschnitt (+1,3 Prozent).

Jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner in Rheinland-Pfalz gab 2018 durchschnittlich 21 217 Euro für Konsumzwecke aus. Der private Konsum je Einwohnerin bzw. Einwohner war damit 185 Euro höher als in Deutschland (21 032 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Deutliche Unterschiede zeigen sich zwischen den westlichen Bundesländern (ohne Berlin) mit einem Pro-Kopf-Konsum von 21 513 Euro und den östlichen Bundesländern (einschließlich Berlin) mit

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2018 nach Bundesländern



Konsumausgaben von 19 052 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Gegenüber dem Jahr zuvor nahmen die Pro-Kopf-Ausgaben in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 2,1 Prozent zu. Deutschlandweit lag der Anstieg bei einem Prozent.

Das Sparvolumen, also der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht für Konsumzwecke verwendet wird, ist in Rheinland-Pfalz im fünften Jahr in Folge gestiegen. Verglichen mit dem Vorjahr erhöhte sich das Sparen 2018 mit einem Plus von 7,6 Prozent in jeweiligen Preisen jedoch schwächer als im Bundesdurchschnitt (+8,6 Prozent). Insgesamt wurden 2018 von den privaten Haushalten in Rheinland-Pfalz 11,2 Milliarden Euro gespart. Der Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen, vermehrt um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, belief sich auf 11,4 Prozent. Deutschlandweit lag die Sparquote mit elf Prozent etwas niedriger. Dabei war sie mit 11,6 Prozent in den westlichen Ländern (ohne Berlin) wesentlich höher als in den östlichen Ländern (einschließlich Berlin) mit 7,9 Prozent.

Je Einwohnerin bzw. Einwohner sparten die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer 2 734 Euro und somit 147 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt (2 587 Euro). Im Vergleich zu 2017 nahm das Sparen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz um 178 Euro zu (Deutschland: +198 Euro).

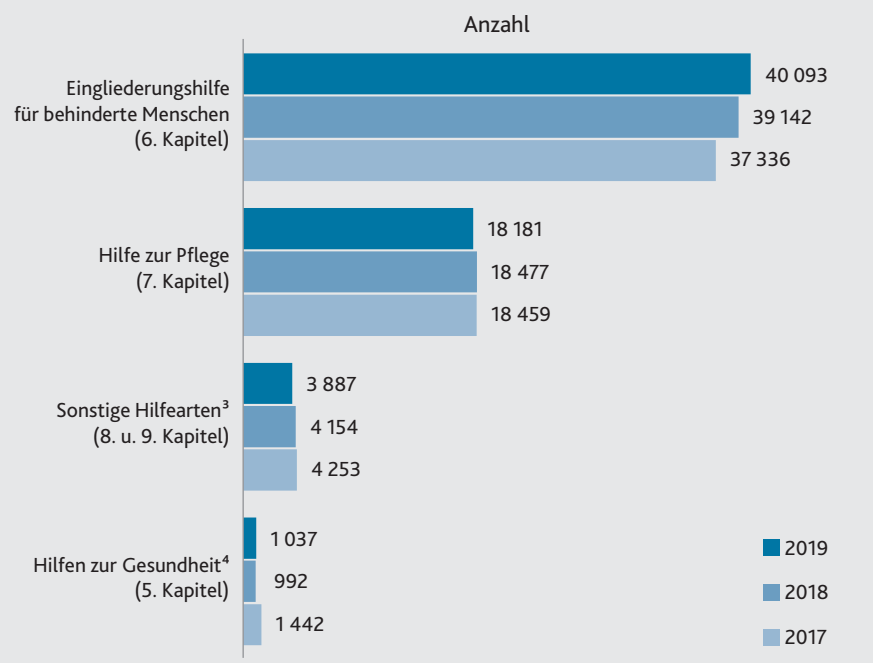
Rund 61 300 Personen erhalten 2019 besondere Leistungen der Sozialhilfe

Im Laufe des Jahres 2019 erhielten 61 281 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer besondere Leistungen der Sozialhilfe nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII; dies entspricht 15 Personen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Männer und Frauen sind nahezu gleich häufig vertreten. Die Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um knapp 600 Personen bzw. ein Prozent erhöht. In den zurückliegenden zehn Jahren ist – trotz zwischenzeitlich rückläufiger Zahlen – ein Anstieg um 11 500 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger bzw. 23 Prozent zu beobachten.

Etwa zwei Drittel der gemeldeten Fälle entfielen 2019 auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII), die im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes zum 1. Januar 2020 entfällt und im SGB IX (Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) neu geregelt wird. Insgesamt bezogen fast 40 100 Personen im Laufe des Jahres 2019 diese Form der Unterstützung. Gegenüber dem Vorjahr ist hier ein Anstieg um 950 Fälle bzw. 2,4 Prozent zu verzeichnen. Anteilig waren mehr Männer (59 Prozent) als Frauen auf diese Hilfeform angewiesen. Im Vergleich mit anderen Formen der Sozialhilfe war der Empfängerkreis mit durchschnittlich 37 Jahren relativ jung.

Die zweithäufigste Hilfeart war mit knapp 18 200 Empfängerinnen

Empfänger/-innen[1] von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kap. SGB XII 2017–2019 nach Hilfearten[2]



1 Empfänger/-innen mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt. – 2 Im Laufe des Berichtsjahres. – 3 Unmittelbar vom Sozialamt erbrachte Leistungen. – 4 Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten und Hilfe in anderen Lebenslagen.

und Empfängern (30 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger) die Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII). Gegenüber dem Vorjahr sind die Fallzahlen um rund 300 Personen bzw. 1,6 Prozent gesunken. Frauen erhalten Leistungen dieses Kapitels häufiger als Männer (Anteil 66 Prozent). Im Mittel war der Personenkreis rund 79 Jahre alt.

Darüber hinaus erhielten 3 900 Frauen und Männer Leistungen nach dem 8. und 9. Kapitel des SGB XII. Hierunter fallen die Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten (z. B. bei Obdachlosigkeit) und die Hilfe in anderen Lebenslagen (z. B. Blindenhilfe oder die Übernahme von Bestattungskosten). Im Vorjahresvergleich ist ein Rückgang der Fallzahlen um rund 270 Personen bzw. 6,4 Prozent zu beobachten. Das Durchschnittsalter betrug rund 57 Jahre.

Hilfen zur Gesundheit (5. Kapitel) – als unmittelbar vom Sozialamt erbrachte Leistungen – wurden im Laufe des Jahres 2019 in rund 1 000 Fällen in Anspruch genommen; dies sind rund 50 Personen bzw. 4,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Das durchschnittliche Alter der Empfänger lag bei 61 Jahren.

Regional betrachtet zeigen sich in Rheinland-Pfalz große Unterschiede bei der Inanspruchnahme von besonderen Leistungen der Sozialhilfe: Im Jahr 2019 kamen in den kreisfreien Städten auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im Schnitt 19 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII; in den Landkreisen waren es dagegen nur 13 Personen.

Die – relativ gesehen – meisten Leistungsbezüge verzeichnete die Stadt Pirmasens mit 30 Hilfeempfängern je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Landkreis Germersheim lag der Wert hingegen bei lediglich etwas mehr als neun Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

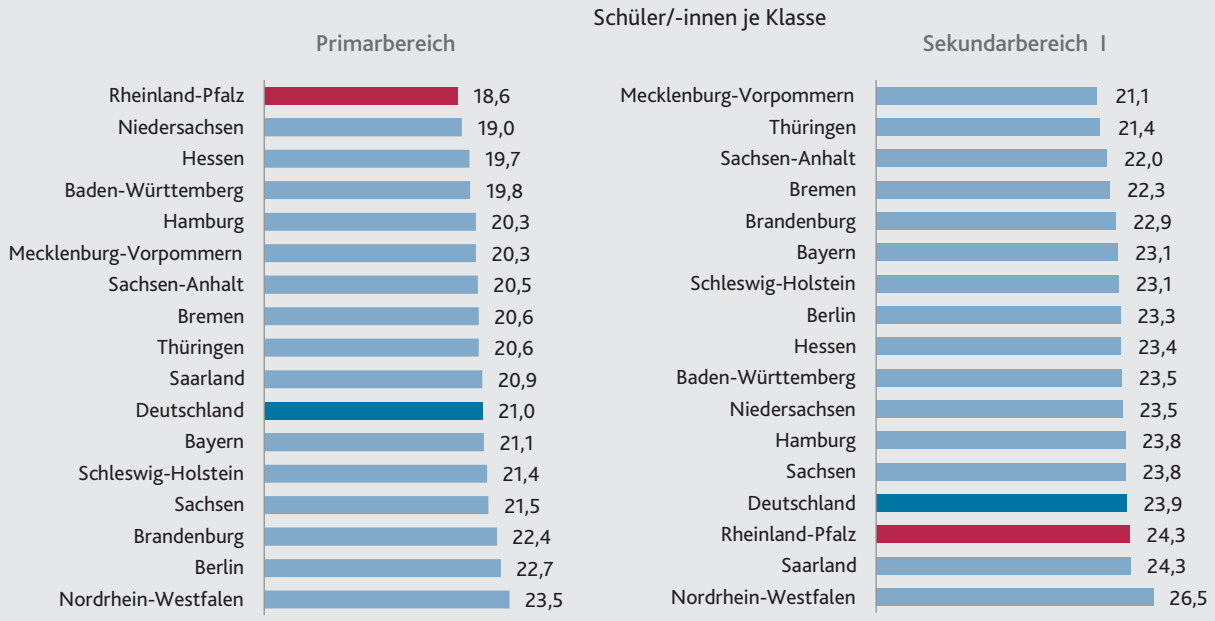
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich

Mit rund 19 Kindern pro Klasse wurden in Rheinland-Pfalz im Vergleich der Bundesländer die kleinsten Grundschulklassen gebildet. Dies ist eines der Ergebnisse der Veröffentlichung „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich". Der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Kennzahlenband ergänzt die OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick" und präsentiert die internationalen Bildungsindikatoren auf Ebene der Bundesländer.

Während Rheinland-Pfalz mit vergleichsweise kleinen Klassen gute Lehr- und Lernbedingungen in der Primarstufe ermöglicht, lag die Klassengröße in der Sekundarstufe I mit 24,3 Schülerinnen und Schülern pro Klasse vergleichsweise hoch.

In Rheinland-Pfalz hatten 8,2 Prozent der Studierenden sowohl eine ausländische Staatsangehörigkeit als auch eine im Ausland erworbene Hochschulzugangsberechtigung.

Durchschnittliche Klassengröße in allgemeinbildenden Programmen 2018 nach Bildungsbereichen und Bundesländern



Quelle: Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich

Damit lag Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt (zehn Prozent). Bei den Masterstudierenden fiel der Unterschied zwischen Rheinland-Pfalz (zehn Prozent) und Deutschland (16 Prozent) sogar noch größer aus. Ein Ziel der Bologna-Ministerkonferenz 2012 und der nationalen Wissenschaftskonferenz 2013 war es, die Aufnahme eines Studiums an einer deutschen Hochschule für internationale Studierende attraktiver zu machen.

Weitere nationale Vergleiche zentraler Aspekte des Bildungswesens enthält die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Publikation „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich". Die vollständige Veröffentlichung kann unter www.statistik.rlp.de kostenfrei als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Mehr als 170 000 Kinder in Tagesbetreuung

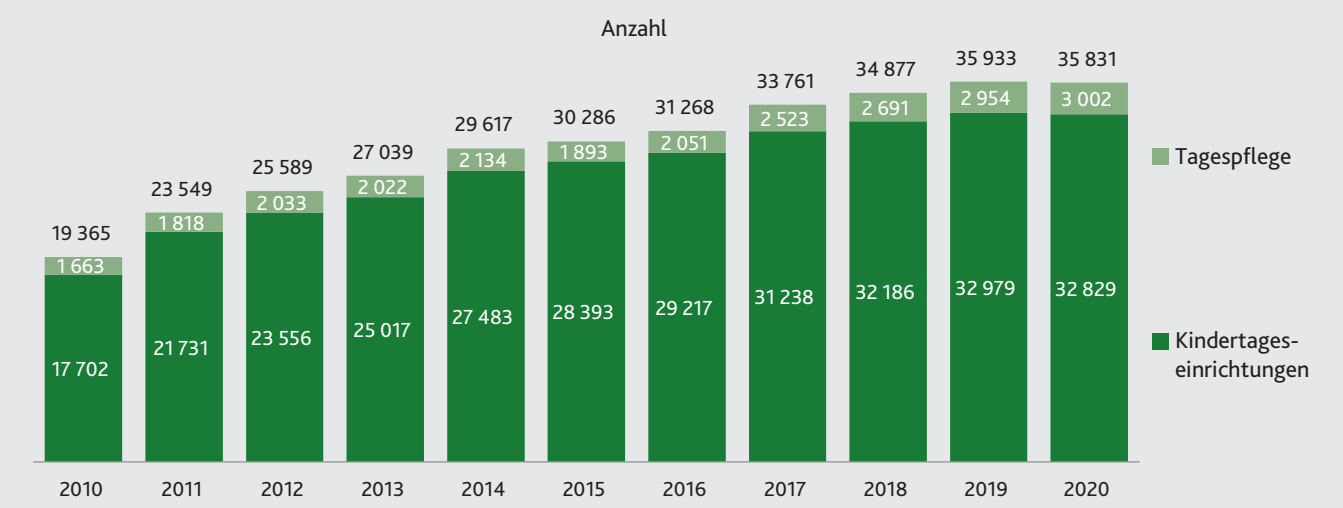
In Rheinland-Pfalz wurden im März 2020 rund 171 000 Mädchen und Jungen im Alter bis 14 Jahren in einer der 2 572 Kindertagesstätten oder von einer der rund 1 500 Tagespflegepersonen betreut. Dies ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 3 500 Kinder bzw. 2,1 Prozent. Die Zunahme der Zahl der Betreuungsverhältnisse setzt sich somit weiter fort; alleine in den zurückliegenden zehn Jahren stieg sie um rund 29 600 bzw. 21 Prozent.

Insbesondere die Entwicklung der Zahl betreuter Mädchen und Jungen vor Vollendung des dritten Lebensjahres trug in den vergangenen Jahren maßgeblich zu dieser Wachstumsdynamik bei. Alleine in dieser Altersgruppe ist seit dem Jahr 2010 ein Anstieg um knapp 16 500 betreute Kinder bzw. 85 Prozent zu beobachten.

Im Jahr 2020 setzt sich diese Entwicklung jedoch nicht fort; vielmehr verbleibt der Wert im Vergleich zum Jahr 2019 bei knapp 36 000 Kindern nahezu unverändert (–0,3 Prozent). Auch die Betreuungsquote – diese setzt die betreuten Kinder einer Altersgruppe ins Verhältnis zur Bevölkerung dieses Alters – veränderte sich 2020 mit 31,2 Prozent nur unwesentlich gegenüber dem Vorjahr (31,3 Prozent).

Eine deutliche Mehrheit von etwa 92 Prozent aller Kinder unter drei Jahren besuchte eine der Kindertageseinrichtungen; die übrigen rund

Unter 3-Jährige in Tagesbetreuung[1] 2010–2020



1 In Kindertageseinrichtung und öffentlich geförderter Tagespflege ohne Doppelzählungen.

3 000 Kinder wurden ausschließlich von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut.

Die Zahl der 3- bis unter 6-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut werden, ist im Jahr 2020 weiter gestiegen. Sie lag im März 2020 bei 108 400; das waren rund 3 500 Jungen und Mädchen bzw. 3,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Aufgrund eines vergleichsweise stärkeren Anstiegs der Bevölkerung in dieser Altersgruppe ging die Betreuungsquote jedoch leicht von zuletzt 95,3 auf 94,5 Prozent zurück; dies war bereits der fünfte Rückgang in Folge.

Die Anzahl der betreuten 6- bis unter 14-Jährigen hat sich im Vorjahresvergleich nur unwesentlich verändert (+117 Personen bzw. +0,4 Prozent). Gleiches gilt auch für deren Betreuungsquote, die im März bei 9,5 Prozent lag (2019: 9,4 Prozent).

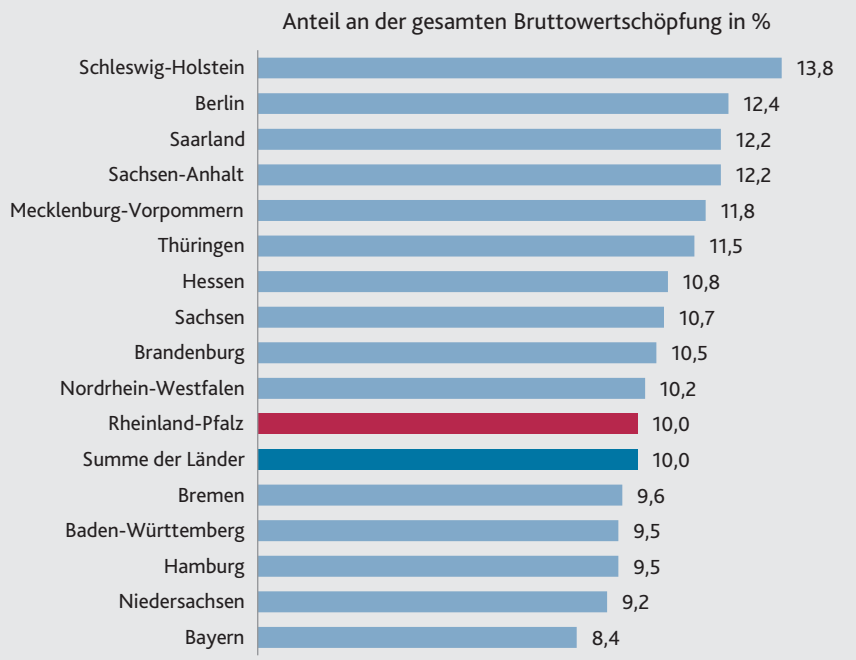
Wie in den vergangenen Jahren sind auch 2020 zum Teil deutliche regionale Unterschiede hinsichtlich der Betreuungsquoten zu erkennen. Demnach werden in den Landkreisen beispielsweise mehr Kinder unter drei Jahren (32,5 Prozent) außerhalb des Elternhauses betreut als in den kreisfreien Städten (27,9 Prozent). Die Spanne reicht bei den kreisfreien Städten von rund 18 Prozent in Frankenthal bis knapp 37 Prozent in Speyer. Die niedrigste Betreuungsquote in dieser Altersklasse unter den Landkreisen ist mit 24 Prozent im Kreis Birkenfeld zu verzeichnen; an der Spitze liegt der Landkreis Südwestpfalz mit über 41 Prozent.

14 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten in der Gesundheitswirtschaft

Die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft für den Arbeitsmarkt wächst. Im Jahr 2019 waren rund 278 300 Personen in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft tätig; das entspricht einem Anteil von knapp 14 Prozent an allen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Gegenüber 2018 stieg die Zahl um 2,6 Prozent.

Von 2014 bis 2019 – mit weiter zurückliegenden Jahren sind die Ergebnisse wegen einer Methodikänderung nur eingeschränkt vergleichbar – wuchs die Erwerbstätigenzahl in der Gesundheitswirtschaft um zwölf Prozent. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz erhöhte sich in diesem Zeitraum um 4,2 Prozent. Im Länderdurchschnitt stieg die Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft von 2014 bis 2019 um 13 Prozent, während sie in der Gesamtwirtschaft deutschlandweit um 5,9 Prozent zulegte.

Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft 2019 nach Bundesländern



Datenquelle: AG GGRdL, Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz, Berechnungsstand: September 2020

Die Gesundheitswirtschaft hat einen erheblichen Anteil an der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung. In jeweiligen Preisen erzielte dieser Wirtschaftsbereich 2019 eine Bruttowertschöpfung von 13,1 Milliarden Euro; das sind zehn Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung, die im Land erstellt wird. Im Vergleich zum Vorjahr ist die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft 2019 kräftig gesunken (–7,9 Prozent). Dieser Rückgang ist maßgeblich auf einen statistischen Basiseffekt in der Pharmaindustrie zurückzuführen, deren Umsätze 2018 ein außergewöhnlich hohes Niveau erreichten und 2019 wieder stark schrumpften.

Der Sondereffekt in der Pharmabranche wirkte sich auch auf die Produktivitätsentwicklung aus. Jede in der Gesundheitswirtschaft erwerbstätige Person erwirtschaftete 2019 im Durchschnitt knapp 47 000 Euro. Damit lag die Produktivität um rund 6 300 Euro unter dem Durchschnitt aller Bundesländer; im Ländervergleich belegte Rheinland-Pfalz den viertletzten Platz.

Erneut leichter Anstieg der Zahl der Verurteilungen

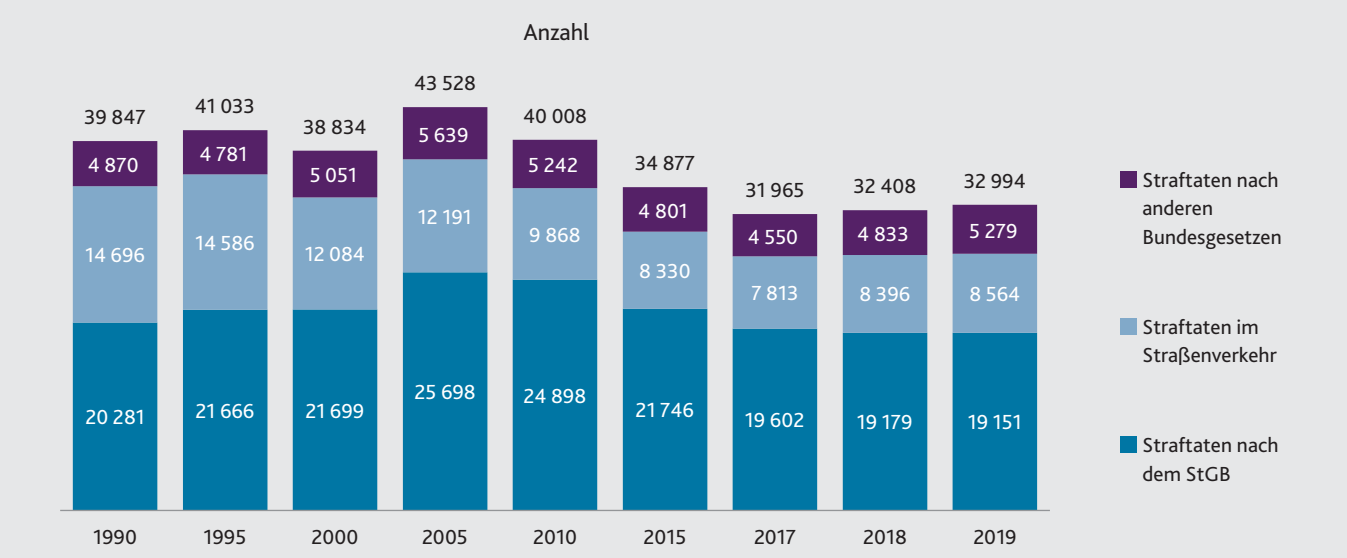
Im Jahr 2019 wurden in Rheinland-Pfalz 32 994 Personen rechtskräftig verurteilt. Dies waren 586 Verurteilungen bzw. 1,8 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Zwar ist damit die Zahl der Verurteilten das zweite Jahr in Folge leicht gestiegen; gegenüber dem letzten Höchststand im Jahr 2005 mit über 43 000 Verurteilungen bedeutet dies jedoch einen Rückgang um fast 25 Prozent. Mehr als 80 Prozent der Verurteilten waren Männer, rund 29 Prozent hatten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Insgesamt 19 151 Verurteilungen – rund 58 Prozent – sind den sogenannten „klassischen Delikten" aufgrund eines Verbrechens oder Vergehens gegen Vorschriften des Strafgesetzbuches zuzuordnen; dies entspricht nahezu dem Wert des Jahres 2018. Die zweitgrößte Gruppe (8 564 Verurteilungen bzw. 26 Prozent) bildeten die Straftaten im Straßenverkehr wie Trunkenheit, Fahren ohne Fahrerlaubnis oder das unerlaubte Entfernen vom Unfallort. Gegenüber dem Vorjahr ist hier ein Anstieg um 168 Verurteilungen bzw. zwei Prozent zu verzeichnen.

Wegen Verstößen gegen Strafvorschriften eines anderen Bundes- oder Landesgesetzes gab es 5 279 Verurteilungen, 9,2 Prozent mehr als 2018. Hierzu zählen etwa das Betäubungsmittelgesetz, das Waffengesetz und das Aufenthaltsgesetz.

Die Verurteiltenziffer, die die Zahl der Betroffenen auf 100 000 der Bevölkerung gleichen Alters bezieht, ist gegenüber dem Vorjahr um rund 1,7 Prozent auf 923 gestiegen. Bezogen auf einzelne Personengruppen kommen rechtskräftige Verurteilungen am häufigsten in der Gruppe der Heranwachsenden im Alter von 18 bis 20 Jahren vor. Hier hat sich die

Verurteilte 1990–2019 nach Deliktgruppen



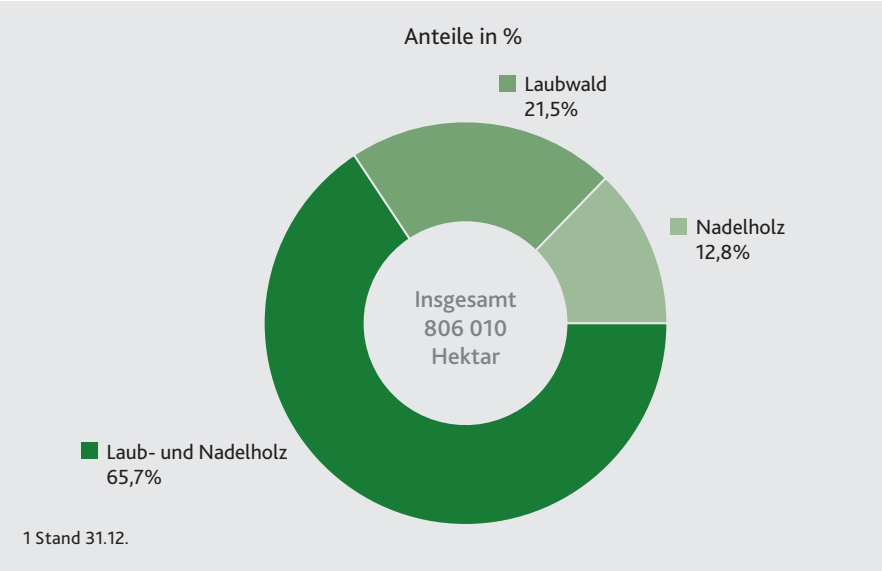
Kennzahl im Vergleich zum Vorjahr um 8,8 Prozent auf 1 948 erhöht und liegt damit deutlich über den Werten bei den Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren (959) bzw. den Erwachsenen ab 21 Jahren (880).

Knapp zwei Prozent der Waldfläche sind bisher dem Klimawandel zum Opfer gefallen

Auf jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfällt rechnerisch eine Fläche für Wald von 1 973 Quadratmeter. Der Umfang dieser in Teilen stark durch die vergangenen drei Trockenjahre beeinflussten Vegetationsfläche betrug 8 060 Quadratkilometer. Dies entspricht 41 Prozent der Landesfläche. Damit ist Rheinland-Pfalz anteilig das waldreichste Bundesland.

Rund zwei Drittel der Waldfläche entfällt auf Mischwälder. Der Anteil des Laubwaldes liegt bei 21 Prozent. Rund 13 Prozent umfassen die Nadelwälder. Nach Aussagen des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums wurden seit 2018 auf rund 15 000 Hektar die Bäume notgeerntet, weil sie z. B. durch den Borkenkäfer geschädigt waren. Das wären knapp zwei Prozent der Waldfläche. Fichten und sonstiges Nadelholz sind besonders stark betroffen: Im Jahr 2019 wurden 3,6 Millionen Erntefestmeter (ohne Rinde) an Schadholzeinschlag bei den betreffenden Baumarten erfasst (2018: 959 000 Erntefestmeter). 84 Prozent davon wurden 2019 aufgrund von Insektenbefall eingeschlagen. Auch dieses Jahr

Zusammensetzung des Waldes 2019[1]



1 Stand 31.12.

ist mit hohen Einschlägen zu rechnen, da noch nicht alle Bestände abgeerntet bzw. weitere abgestorben sind.

Die Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz beträgt rund 19 858 Quadratkilometer. Den größten Anteil nimmt die Fläche für Vegetation (84 Prozent) ein. Diese setzt sich im Wesentlichen aus Flächen für die Landwirtschaft (49 Prozent), Wald (48 Prozent) und Gehölz (2,7 Prozent) zusammen. Auf jede Rheinland-Pfälzerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfallen 1 985 Quadratmeter Flächen für Landwirtschaft und 1 973 Quadratmeter für Waldfläche. Zum Vergleich: Um die Nahrungsmittel für eine Mischernährung bestehend aus pflanzlichen und tierischen Produkten in ausreichender Menge zu erzeugen, werden je nach zugrunde gelegtem Bewirtschaftungsverfahren bzw. herangezogener Studie 2 300 bis 2 500 Quadratmeter landwirtschaftliche Fläche pro Kopf benötigt.

Zu den vom Menschen baulich beeinflussten Flächen zählen die Flächen für Siedlung (1 698 Quadratkilometer) und jene für Verkehr (1 203 Quadratkilometer), für die in Summe knapp 15 Prozent der Landesfläche genutzt werden. Der Fläche für Siedlung liegen mehrere Nutzungsarten zugrunde. Der größte Anteil entfällt mit knapp 41 Prozent auf Wohnbauflächen, gefolgt von Flächen für Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen (21 Prozent). Gut 17 Prozent der Fläche dient industriellen und gewerblichen Zwecken. Die Flächen für Verkehr umfassen überwiegend Straßen (43 Prozent) und Wege (49 Prozent).

Verkehrsunfälle weiterhin auf niedrigem Stand

Von Januar bis Juli 2020 verloren in Rheinland-Pfalz 81 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben. Dies waren 20 Personen weniger als in den ersten sieben Monaten des Vorjahres.

Die Anzahl der Schwerverletzten ging um elf Prozent auf 1 789, die der Leichtverletzten um 10,5 Prozent auf 7 497 zurück. Insgesamt registrierte die Polizei von Januar bis Juli dieses Jahres 70 305 Straßenverkehrsunfälle und damit 14 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bei rund 90 Prozent der Unfälle entstand nur Sachschaden.

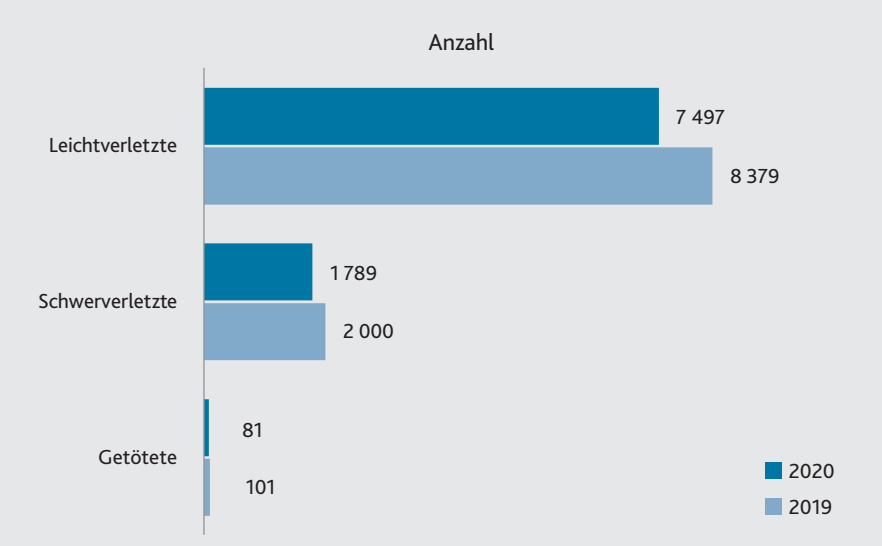
Hintergrund für den deutlichen Rückgang der Unfälle und der Verunglückten im laufenden Jahr dürften die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie sein, wodurch insbesondere in den Monaten März bis Mai die Anzahl der Verkehrsbewegungen deutlich gemindert war.

Steuereinnahmen der Kommunen sinken im ersten Halbjahr 2020, Finanzierungsdefizit und Schulden steigen

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Kommunen in Rheinland-Pfalz gingen im ersten Halbjahr 2020 spürbar zurück. Anhand von vorläufigen Zahlen ermittelt, sanken die Steuereinnahmen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2019 um sieben Prozent bzw. 170 Millionen auf 2,27 Milliarden Euro.

Am stärksten gingen coronabedingt die Gewerbesteuereinnahmen zurück. Nach Berücksichtigung der an das Land abzuführenden Umlagen blieben den kommunalen Kassen 860 Millionen Euro an Einnahmen aus der

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Juli 2019 und 2020



Gewerbesteuer; das waren 98 Millionen Euro weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (–10 Prozent). Weil die an das Land abzuführende Umlage bereits zum Jahreswechsel planmäßig deutlich gesenkt wurde, blieben den Kommunen 2020 mehr von den Gewerbesteuereinnahmen. Ohne diesen Effekt wäre es zu einem Einbruch um 18 Prozent bzw. 185 Millionen Euro gekommen.

Auch die kommunalen Einnahmen aus den Gemeinschaftssteuern sanken deutlich, und zwar um 6,3 Prozent bzw. 71 Millionen Euro auf 1,07 Milliarden Euro. Am stärksten ging der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer zurück. Er schrumpfte um 6,5 Prozent bzw. 63 Millionen auf 907 Millionen Euro. Lediglich bei der Grundsteuer B stiegen die Einnahmen um 2,4 Prozent bzw. sieben Millionen auf 293 Millionen Euro.

Trotz rückläufiger Steuereinnahmen mussten die Kommunen im ersten Halbjahr steigende Ausgaben bewältigen. Die Personalausgaben wuchsen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2019 um 83 Millionen Euro (+5,5 Prozent), die Ausgaben für soziale Leistungen erhöhten sich um 50 Millionen Euro (+3,2 Prozent) und die für den laufenden Sachaufwand um 102 Millionen Euro (+8,7 Prozent). Nur wenige Ausgabenpositionen sanken. So mussten die Kommunen im ersten Halbjahr 2020 beispielsweise zwölf Millionen Euro weniger Zinsen zahlen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die kassenmäßigen Ausgaben überstiegen deutlich die Einnahmen. In der Summe ergibt sich ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 615 Millionen Euro. Damit war das Defizit im ersten Halbjahr 2020 um 225 Millionen Euro höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Insgesamt verbuchten knapp 68 Prozent aller kommunalen Gebietskörperschaften ein Finanzierungsdefizit. Bei den kreisfreien Städten wiesen neun von zwölf und bei den verbandsfreien Gemeinden 25 von 29 in ihren Haushalten Defizite aus.

Lediglich die Landkreishaushalte konnten im ersten Halbjahr 2020 zusammengenommen einen Überschuss in Höhe von knapp 87 Millionen Euro vorweisen. Für alle anderen Körperschaftsebenen ergaben sich Finanzierungsdefizite.

Nach den vorläufigen Zahlen sind die kommunalen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich im ersten Halbjahr 2020 um 2,3 Prozent bzw. 283 Millionen auf 12,4 Milliarden Euro gestiegen. Dabei haben sich die Schulden der Kommunen für Investitionszwecke verringert (–1,1 Prozent) und für Liquiditätssicherung erhöht (+5,8 Prozent).

Zwischen den verschiedenen kommunalen Ebenen gibt es zum Teil deutliche Unterschiede. Den stärksten Schuldenanstieg melden die kreisfreien Städte. Hier wuchs die Verschuldung im ersten Halbjahr 2020 um 4,3 Prozent bzw. 251 Millionen auf 6,12 Milliarden Euro. Am anderen Ende der Skala standen die Landkreishaushalte. Sie konnten ihre Verschuldung im ersten Halbjahr 2020 insgesamt um 1,9 Prozent bzw. 43 Millionen auf 2,27 Milliarden Euro senken.

Im Zusammenhang mit der Corona-Krise wurden vom Land und vom Bund verschiedene Programme zur Stärkung der kommunalen Finanzsituation aufgelegt. So wurden 100 Millionen Euro Soforthilfe vom Land an die kreisfreien Städte und Landkreise ausgezahlt. Darüber hinaus sieht ein aktueller Gesetzesentwurf vor, dass die Kommunen noch in diesem Jahr rund 412 Millionen Euro als Ausgleich für entgangene Gewerbesteuereinnahmen erhalten. Durch den Stabilisierungsmechanismus im kommunalen Finanzausgleich wird zudem eine Reduzierung der Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2020 um rund 400 Millionen Euro vermieden.

Aus der amtlichen Statistik

Statistischer Landesausschuss befasst sich mit Corona-Folgen, Digitalisierung und Aktualität von Daten

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die rheinland-pfälzische Wirtschaft, das Spannungsverhältnis zwischen Aktualität und Qualität statistischer Ergebnisse sowie die Nutzung neuer digitaler Daten waren Schwerpunktthemen der 54. Tagung des Statistischen Landesausschusses in Bad Ems.

Präsident Marcel Hürter stellte erste Auswertungen zu den Folgen der Corona-Pandemie in Rheinland-Pfalz vor. Ein Blick auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zeigt ein differenziertes Bild: Viele Branchen mussten in den vergangenen Monaten kräftige Umsatzeinbußen hinnehmen. Das Ausmaß des Einbruchs war unterschiedlich, was z. B. die Entwicklungen in der Industrie und im Gastgewerbe verdeutlichen. Aber auch innerhalb der Wirtschaftsbereiche sind die Unterschiede groß: Im Einzelhandel verbuchten die Lebensmittelhändler sowie bestimmte Warenbereiche – etwa Bau- und Gartenmärkte – im März und April deutliche Zuwächse, während andere Bereiche, die stark vom Lockdown betroffen waren, sich nur langsam erholen.

Die Erwartung an die Aktualität von Zahlen der amtlichen Statistik wächst; das hat nicht zuletzt die Corona-Krise deutlich gemacht. Der Landesausschuss befasste sich daher mit Lösungsansätzen für das Spannungsverhältnis zwischen Schnelligkeit und Genauigkeit. Diese müssten sich an den Nutzerbedarfen orientieren, aber auch Mindestanforderungen hinsichtlich der Belastbarkeit genügen. Während bei Konjunkturstatistiken Aktualität Vorrang habe, richteten sich die Ansprüche der Datenkonsumenten bei den Strukturstatistiken auf eine hohe Genauigkeit. Die Verkürzung von Lieferfristen für Konjunkturerhebungen würde berichtspflichtige Unternehmen vor neue Herausforderungen stellen, etwa, weil die Zeit für eine intensive Prüfung fehle. Das wiederum könne in der Aufbereitung im Statistischen Landesamt zu Mehraufwand führen. Der Landesausschuss betonte, dass sich das Streben nach Aktualität nicht nur an Bundes- und EU-Erfordernissen orientieren dürfe, sondern auch für die Länder und deren Regionen belastbare Ergebnisse nötig seien.

Schneller, flexibler, genauer und außerdem belastungsärmer für die Wirtschaft: Patrik Vollmer und sein Team vom Hessischen Statistischen Landesamt untersuchen, wie sich diese Ziele mit Hilfe neuer digitaler Methoden und Daten erreichen lassen. „Zurzeit betreuen wir einige vielversprechende Pilotprojekte", erklärte Vollmer dem Gremium. „Dabei geht es einmal um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz und maschinellen Lernverfahren zur Datenprüfung. Daneben testen wir, ob in der Tourismusstatistik anonymisierte Mobilfunkdaten zuverlässige Auskünfte z. B. über Tagestouristen und Geschäftsreisende geben können." Ein weiteres Projekt befasst sich mit der Nutzung frei zugänglicher Informationen auf Firmen-Webseiten für Unternehmensstatistiken. Auch in der Landwirtschaftsstatistik könne man neue digitale Daten anwenden: „Hier ist der Einsatz von Fernerkundungsdaten zur Ernteschätzung denkbar", so Vollmer.

Komplexe Unternehmensstrukturen sollen mit dem neuen EU-Unternehmensbegriff besser abgebildet werden. Ziel ist vor allem, in den Statistiken Verzerrungen zu vermeiden, die durch das Ausgliedern von Unternehmensbereichen entstehen. Der Landesausschuss informierte sich über die Chancen des EU-Unternehmensbegriffs sowie über die damit verbundenen neuen Begrifflichkeiten.

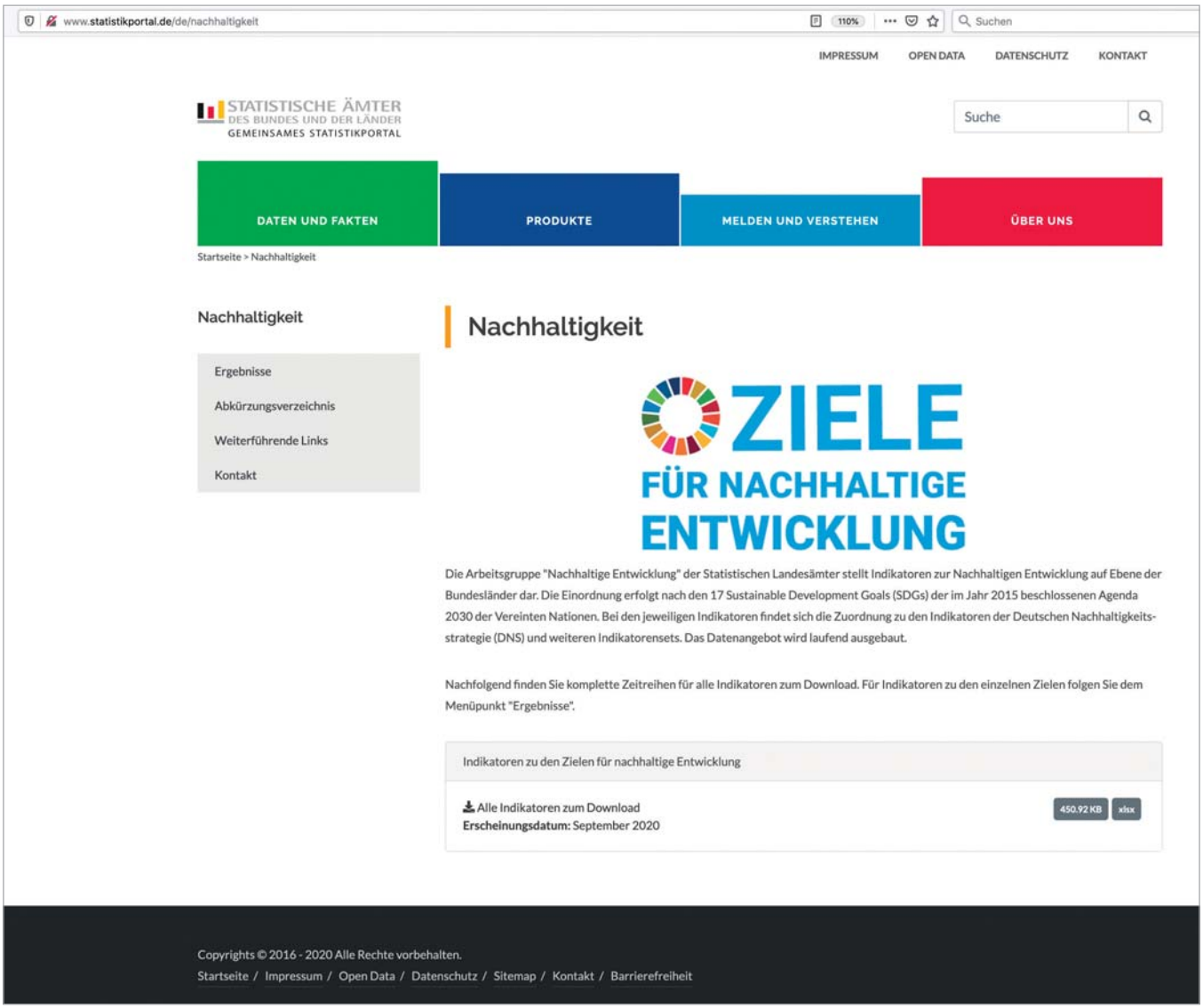
Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Rechnungshofes, des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, der Gewerkschaften sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr.

Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung in den Bundesländern – Neues Angebot jetzt online

Die Statistischen Ämter der Länder veröffentlichen in einem neuen Online-Angebot des Statistikportals Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung. Bezogen auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, kurz SDGs) zeigen sie die Entwicklungen in den Bundesländern in den ökologischen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeitsbereichen.

Dazu zählen beispielsweise die Indikatoren Armutsgefährdungsquote, Treibhausgasemissionen oder Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern. Das neue Angebot ermöglicht es, regionale Unterschiede zu identifizieren. So liegt z. B. der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in den Bundesländern in einem Spektrum von fünf bis 69 Prozent. In Rheinland-Pfalz betrug der Anteil 2017 rund 48 Prozent.

Das neue Angebot ging anlässlich der Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit und der Europäischen Nachhaltigkeitswoche vom 20. bis 26. September 2020 online und wird sukzessive ausgebaut. Sie finden das Angebot unter www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit.



Konjunktur in Rheinland-Pfalz im zweiten Quartal 2020

Wirtschaftsleistung bricht im zweiten Quartal ein

Die zur Eindämmung der Corona-Pandemie getroffenen Maßnahmen haben zu einem massiven Rückgang der Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz geführt. Das preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt reduzierte sich im zweiten Quartal 2020 nach vorläufigen, indikatorgestützten Berechnungen des Statistischen Landesamtes um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich gab die Wirtschaftsleistung um 8,7 Prozent nach.

Das Verarbeitende Gewerbe musste im zweiten Quartal einen heftigen Rückgang seiner bereinigten Bruttowertschöpfung um gut zehn Prozent gegenüber dem ersten Quartal verkraften. Mit einem Minus von 0,8 Prozent entwickelte sich die Wertschöpfung im Baugewerbe vergleichsweise stabil. Die Wertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen sank im zweiten Quartal um 6,6 Prozent.

Im Verarbeitenden Gewerbe leidet die Investitionsgüterindustrie am stärksten unter der Krise. Ihre bereinigten Umsätze brachen im zweiten Quartal um mehr als ein Viertel ein. Am geringsten waren die Erlöseinbußen in der Vorleistungsgüterindustrie.

Die bereinigten Erlöse im Bauhauptgewerbe waren im zweiten Quartal leicht rückläufig. Einer Umsatzsteigerung im Hochbau stand ein Rückgang im Tiefbau gegenüber.

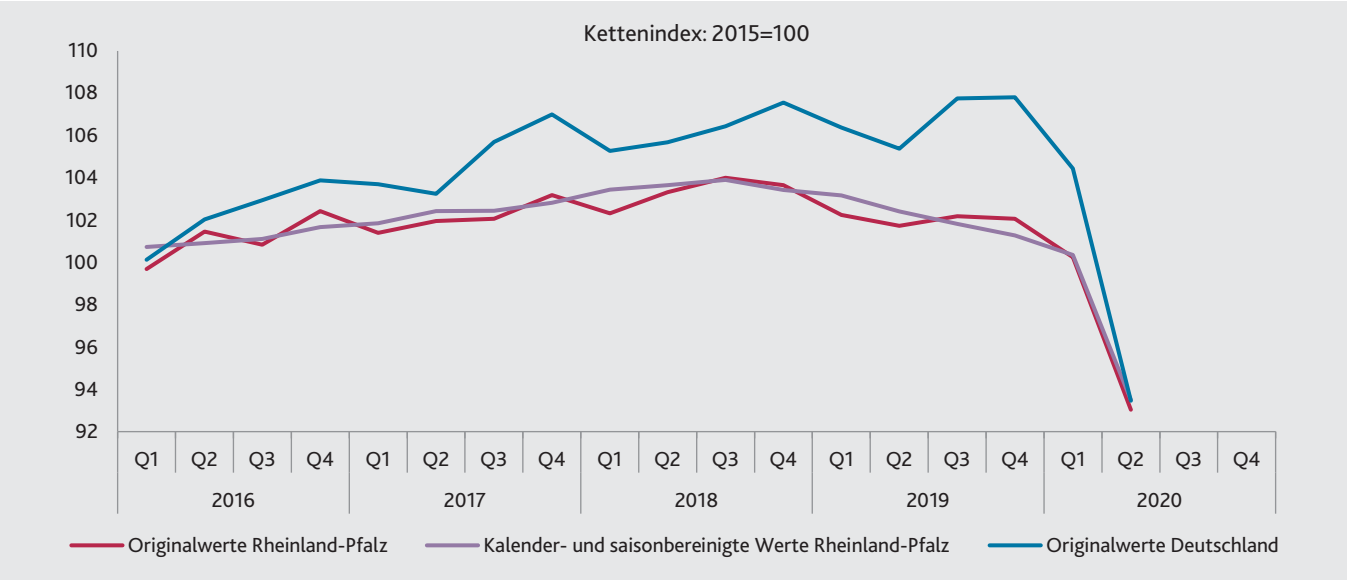
Auf die Umsätze in den einzelnen Dienstleistungssektoren wirkt sich die Corona-Pandemie sehr unterschiedlich aus. Das Gastgewerbe sieht sich einem massiven Umsatzminus von annähernd zwei Dritteln gegenüber. Auch der Kfz-Handel war mit einem Erlösrückgang von beinahe einem Viertel stark betroffen. Im Gegensatz dazu verbuchte der Einzelhandel im zweiten Quartal ein leichtes Umsatzplus.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ berechnet. Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell“. Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/de/gesamtwirtschaft-umwelt/konjunktur-aktuell/konjunkturanalyse/ kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2016–2020 nach Quartalen



Daten zur Konjunktur

Indikator	Q4 2019	Q1 2020	Q2 2020	Q4 2019	Q1 2020	Q2 2020
	Veränderung zum **Vorquartal** in %			Veränderung zum **Vorjahresquartal** in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	-0,5 ↘	-0,9 ↘	-6,8 ↓	-2,1 ↓	-2,7 ↓	-8,7 ↓
Erwerbstätige	0,0 →	-0,1 ↘	...	0,3 ↗	-0,1 ↘	...
Originalwerte						
Arbeitsmarkt[1,2]						
Arbeitslose	1,0 ↗	6,5 ↑	23,2 ↑	4,0 ↑	3,6 ↑	31,5 ↑
Gemeldete Stellen	-11,1 ↓	-3,5 ↓	-19,5 ↓	-11,0 ↓	-12,4 ↓	-31,8 ↓
Verbraucherpreisindex[2]						
Insgesamt	-0,1	-0,1	0,9	1,4	1,4	1,0
ohne Nahrungsmittel und Energie[3]	-0,2	-0,1	1,2	1,7	1,5	1,3
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	0,4 ↗	4,9 ↑	-23,5 ↓	7,8 ↑	-3,9 ↓	-12,3 ↓
Betriebsaufgaben	14,4 ↑	18,1 ↑	-38,5 ↓	-5,5 ↓	0,7 ↗	-14,0 ↓
Unternehmensinsolvenzen	-13,7 ↓	14,0 ↑	-1,7 ↘	-1,9 ↘	-5,8 ↓	2,3 ↑
Außenhandel[4]						
Ausfuhr	-7,1 ↓	5,8 ↑	-18,2 ↓	-7,4 ↓	-6,8 ↓	-19,1 ↓
Einfuhr	-8,1 ↓	5,5 ↑	-15,8 ↓	-11,4 ↓	-10,3 ↓	-20,8 ↓
Gästeübernachtungen[5]	-32,7 ↓	-45,1 ↓	-23,0 ↓	1,3 ↗	-16,7 ↓	-65,6 ↓
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	0,3 ↗	-3,3 ↓	-21,3 ↓	-13,0 ↓	-10,4 ↓	-27,3 ↓
Inland	-2,2 ↓	-3,0 ↓	-18,6 ↓	-10,5 ↓	-11,1 ↓	-25,0 ↓
Ausland	2,0 ↑	-3,4 ↓	-23,1 ↓	-14,4 ↓	-9,9 ↓	-28,9 ↓
Chemische Industrie	0,3 ↗	-0,7 ↘	-26,9 ↓	-0,3 ↘	-0,9 ↘	-27,1 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-5,7 ↓	-8,8 ↓	-21,0 ↓	-27,8 ↓	-27,3 ↓	-38,8 ↓
Maschinenbau	-7,1 ↓	-5,9 ↓	-14,5 ↓	-11,6 ↓	-11,3 ↓	-25,9 ↓
Bauhauptgewerbe[6]	-1,6 ↘	0,1 ↗	-9,4 ↓	-10,6 ↓	-7,3 ↓	-17,6 ↓
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-1,1 ↘	2,9 ↑	-15,3 ↓	-15,0 ↓	-13,1 ↓	-20,4 ↓
Chemische Industrie	-3,5 ↓	0,8 ↗	-8,0 ↓	-6,9 ↓	-6,2 ↓	-13,0 ↓
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-18,2 ↓	-0,9 ↘	-40,3 ↓	-28,4 ↓	-27,5 ↓	-53,0 ↓
Maschinenbau	-3,9 ↓	-5,0 ↓	-21,4 ↓	-13,8 ↓	-13,9 ↓	-30,1 ↓
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	2,0 ↑	3,6 ↑	-0,1 ↘	0,1 ↗	10,4 ↑	7,1 ↑
Ausbaugewerbe	.	.	.	.	.	.
Sonstige Dienstleistungsbereiche[4]	0,4 ↗	-0,9 ↘	-2,7 ↓	1,7 ↗	-0,1 ↘	-3,4 ↓
Umsatz (preisbereinigt)[4]						
Großhandel	2,1 ↑	-1,3 ↘	0,1 ↗	7,7 ↑	4,0 ↑	1,6 ↗
Einzelhandel	0,7 ↗	0,7 ↗	0,9 ↗	2,6 ↑	2,5 ↑	2,6 ↑
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	-0,8 ↘	-1,8 ↘	-24,4 ↓	1,4 ↗	-1,7 ↘	-26,2 ↓

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Die Veränderung dieses Index wird auch als Kerninflation bezeichnet. – 4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↑), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen –2 und 0% (↘), –2% und mehr (↓) oder 0 (→).
Stand der Daten: September 2020

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im September 2020

Im September 2020 lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 0,1 Prozent niedriger als vor einem Jahr. Damit unterschritten die Verbraucherpreise den dritten Monat in Folge das Vorjahresniveau.

Energie war 6,5 Prozent günstiger als im Vorjahresmonat. Insbesondere die Preise für Mineralölprodukte wirkten dämpfend (–16 Prozent). Die Preise für Heizöl (einschließlich Umlage) sanken um 32 Prozent und die Kraftstoffpreise um 10,5 Prozent, während sich Strom um 4,2 Prozent verteuerte. Die Preise für Nahrungsmittel lagen 1,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Den kräftigsten Preisanstieg gab es bei Obst (+5,6 Prozent). Dagegen war Gemüse deutlich günstiger (–5,2 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, belief sich auf +0,5 Prozent.

Unter den zwölf Abteilungen gab es bei alkoholischen Getränken und Tabakwaren die größte Preissteigerung (+2,9 Prozent). Nennenswerte Preissenkungen waren in den Bereichen „Post und Telekommunikation" und „Verkehr" zu verzeichnen (–2,9 bzw. –2,4 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat sank der Verbraucherpreisindex um 0,1 Prozent. Den kräftigsten Preisanstieg gab es saisonbedingt bei Bekleidung und Schuhen (+4,9 Prozent).

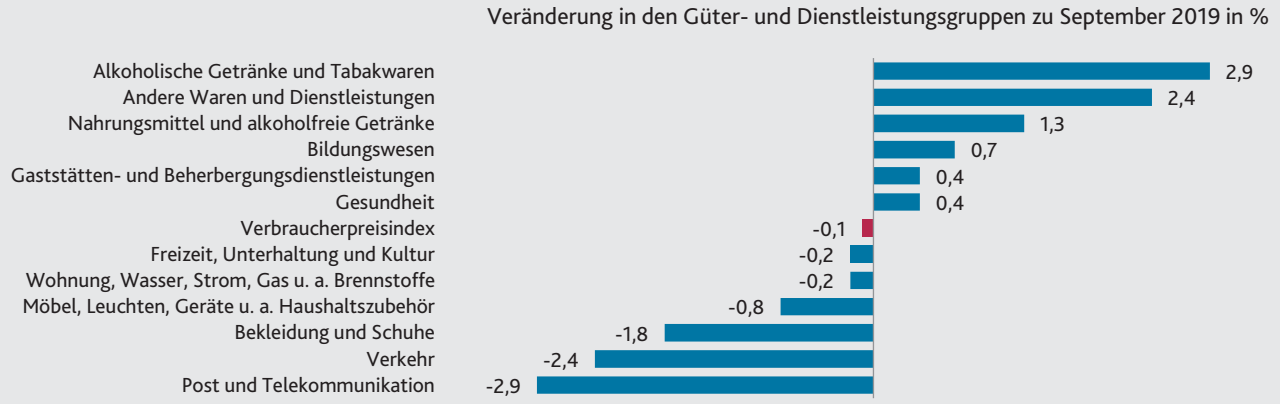
Vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2020 werden der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 auf 16 Prozent sowie der ermäßigte Steuersatz von sieben auf fünf Prozent gesenkt. Dies wirkt sich unterschiedlich auf die einzelnen Gütergruppen aus: Mehr als zwei Drittel der im Warenkorb enthaltenen Güter unterliegen dem regulären oder ermäßigten Steuersatz. Die übrigen rund 30 Prozent der Güter – z. B. Wohnungsmieten – sind von der Mehrwertsteuerpflicht befreit. In welchem Umfang die niedrigeren Mehrwertsteuersätze an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wurden, ist nur schwer nachweisbar, da die Preisentwicklung von vielen Faktoren abhängt.

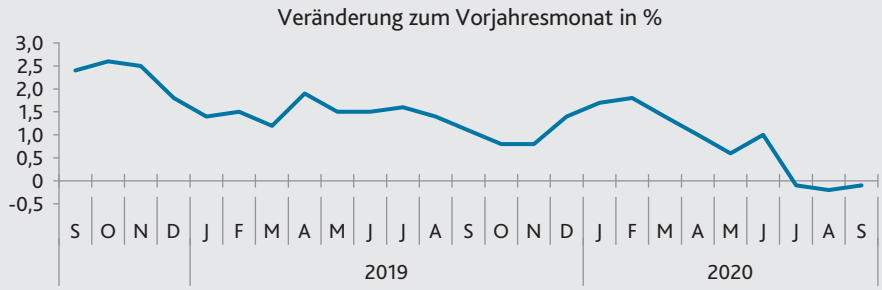
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2020





September 2020

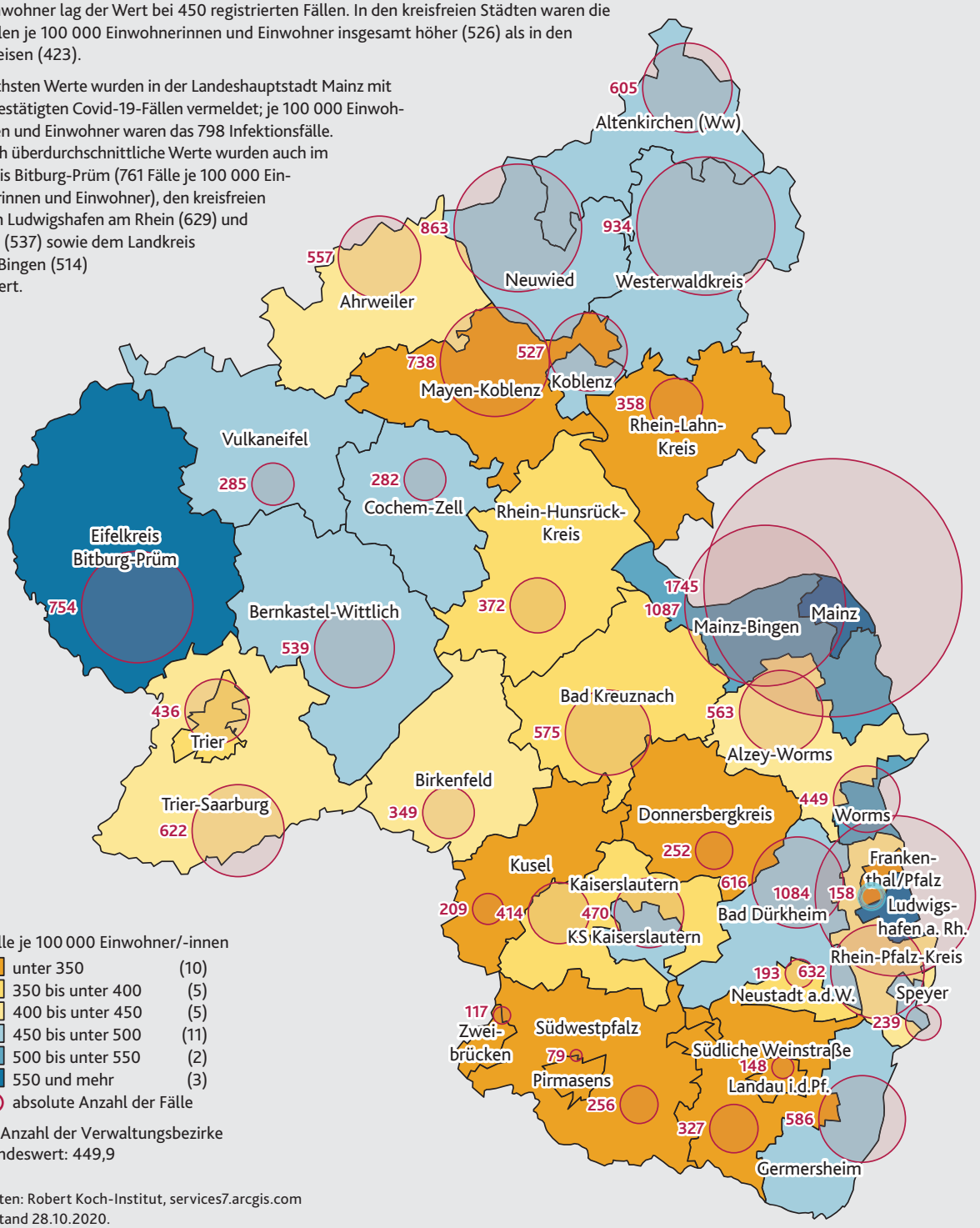
- Verbraucherpreisindex: –0,1%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
  - Äpfel: +17,5%
  - Tomaten: –21,1%

Bestätigte Covid-19-Fälle Ende Oktober 2020[1]

Starker Anstieg der Infektionszahlen

Stand 28. Oktober wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 18 420 bestätigte Covid-19-Fälle vom Robert-Koch-Institut registriert, davon galten 5 456 als aktive Fälle. Je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag der Wert bei 450 registrierten Fällen. In den kreisfreien Städten waren die Fallzahlen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner insgesamt höher (526) als in den Landkreisen (423).

Die höchsten Werte wurden in der Landeshauptstadt Mainz mit 1 745 bestätigten Covid-19-Fällen vermeldet; je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner waren das 798 Infektionsfälle. Deutlich überdurchschnittliche Werte wurden auch im Eifelkreis Bitburg-Prüm (761 Fälle je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner), den kreisfreien Städten Ludwigshafen am Rhein (629) und Worms (537) sowie dem Landkreis Mainz-Bingen (514) registriert.



Daten: Robert Koch-Institut, services7.arcgis.com
1 Stand 28.10.2020.

Corona-Pandemie in Rheinland-Pfalz

Aufsatzreihe zu den Folgen der ersten Infektionswelle

Von Jeanette Vogel

Seit den ersten bestätigten Fällen Ende Februar ist Corona auch in Rheinland-Pfalz allgegenwärtig. Die Pandemie bestimmt die Nachrichtenlage und hat unser öffentliches und soziales Leben verändert. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie beeinflussen nicht nur das Infektionsgeschehen, sondern haben auch massive Auswirkungen auf die Wirtschaft. Das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Halbjahr stärker eingebrochen als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009. Neben der Darstellung des Pandemieverlaufs während der ersten Infektionswelle und einer Analyse der unterjährigen Sterbefallzahlen werden in diesem Monatsheft die Folgen für die Wirtschaft und für die kommunalen Finanzen mit Daten der amtlichen Statistik beleuchtet.

Ausbreitung von Covid-19 führt im März zu Lockdown

Deutschlandweite Ausbreitung im Februar

Ende Januar 2020 erreichte das Covid-19-Virus Deutschland. Nachdem zunächst einzelne Fälle in Bayern bekannt wurden, breitete sich das Virus im Februar deutschlandweit aus. Anfang März waren alle Bundesländer betroffen.

Am 16. März vereinbarten die Regierungen von Bund und Ländern Maßnahmen zur Verlangsamung der Ausbreitung von Covid-19[1], die in Rheinland-Pfalz ab dem 17. März in Kraft traten.[2] Neben der Schließung von Freizeit-, Kultur- und Sporteinrichtungen mussten unverzüglich alle Geschäfte schließen, die nicht zur Grundversorgung zählen. Geöffnet blieben u. a. der Einzelhandel für Lebensmittel, Apotheken und Drogerien, Tankstellen, Banken, Poststellen, Garten- und Baumärkte sowie der Großhandel. Auch Handwerker und Dienstleistungsbetriebe wie Friseursalons waren zunächst nicht betroffen. Die Regelungen gestatteten Übernachtungen im Hotelgewerbe nur noch für notwendige und nicht-touristische Zwecke, die Öffnungszeiten von Restaurants wurden begrenzt. Auch Veranstaltungen und größere Familienfeste waren nicht mehr möglich. Am selben Tag schränkte Deutschland den grenzüberschreitenden Verkehr ein. In vielen Bundesländern wurde der reguläre Schulbetrieb ab dem 16. März eingestellt, es folgte die flächendeckende Schließung aller Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Maßnahmen beginnen Mitte März

1 https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/vereinbarung-zwischen-der-bundesregierung-und-den-regierungs-chefinnen-und-regierungschefs-der-bundeslaender-angesichts-der-corona-epidemie-in-deutschland-1730934 [Stand: 19.10.2020]

2 Quellen für Maßnahmen in Rheinland-Pfalz: Pressemeldungen der Landesregierung (https://www.rlp.de/de/service/pressemeldungen [Stand: 20.10.2020]) und Corona-Bekämpfungsverordnungen (https://corona.rlp.de/de/service/rechtsgrundlagen [Stand: 19.10.2020])

Am 20. März beschloss der rheinland-pfälzische Ministerrat weitere Maßnahmen: Darunter die Schließung der Innen- und Außenbereiche sämtlicher Gastronomiebetriebe. Erlaubt blieb nur noch der Verkauf zur Mitnahme und der Lieferservice. Die Regelungen umfassten eine weitere Einschränkung des Pendlerverkehrs an der französischen Grenze, Einreisen aus Risikogebieten wurden untersagt. Ferner enthielt das Maßnahmenpaket ein öffentliches Versammlungsverbot für Gruppen mit mehr als fünf Personen. In der darauffolgenden Woche wurden die Kontaktbeschränkungen – einem gemeinsamen Beschluss von Bund und Ländern folgend – weiter eingeschränkt. Der Aufenthalt im öffentlichen Raum war nur noch alleine, mit einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person oder im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstands gestattet. Kontakte außerhalb des Haushalts waren auf ein Minimum zu reduzieren; in der Öffentlichkeit ist seitdem ein obligatorischer Mindestabstand von 1,5 Metern einzuhalten. Anbieter von Dienstleistungen im Bereich der Körperpflege wie beispielsweise Friseursalons und Kosmetikstudios mussten ihre Tätigkeit unverzüglich einstellen.

Land beschließt Nachtragshaushalt mit Soforthilfen

72 000 Anträge auf Soforthilfe bis Ende April

Am 24. März beschloss der rheinland-pfälzische Ministerrat einen Nachtragshaushalt über 3,3 Milliarden Euro und sah darin konkrete Soforthilfen für die Wirtschaft vor.[3] Bereits jetzt wurden die enormen wirtschaftlichen Auswirkungen sichtbar: In den folgenden vier Wochen stellten Selbstständige und mittelständische Unternehmen 72 000 Anträge auf Soforthilfe.[4] In den letzten beiden März-Wochen meldeten 19 000 Betriebe in Rheinland-Pfalz Kurzarbeit an.[5]

Infektionsgeschehen erreicht Anfang April vorläufigen Peak

Dynamisches Infektionsgeschehen im März

Obwohl andere Bundesländer wesentlich stärker betroffen waren, entwickelte sich das Infektionsgeschehen auch hierzulande dynamisch. Das zeigt die vom Robert Koch-Institut (RKI) ausgegebene Zahl der Neuinfektionen binnen sieben Tagen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (7-Tage-Inzidenz). Der Wert ist im März von nahezu Null auf Werte um die 30 gestiegen. Der höchste Inzidenzwert der ersten Infektionswelle wurde hierzulande Anfang April mit 34 Neuinfektionen erreicht. Deutschlandweit lag der Wert zu diesem Zeitpunkt bei 43. Insgesamt hatten sich am 1. April nach Angaben des RKI in Rheinland-Pfalz 81 Personen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner infiziert. Deutschlandweit waren es 97 Personen.

Daten des RKI zu Covid-19

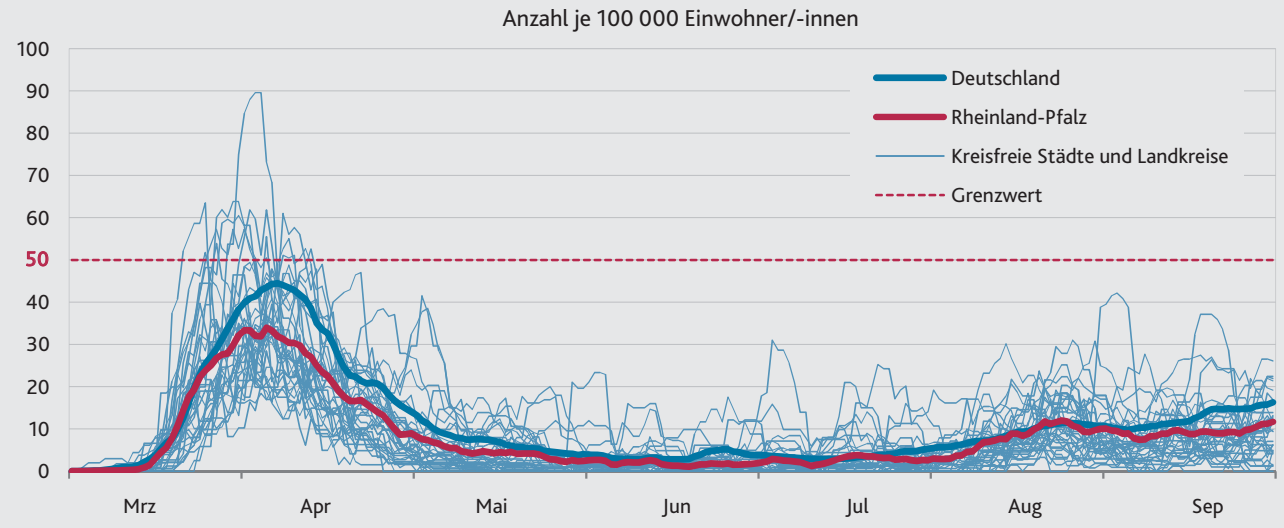
Basis der Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) zu Covid-19 sind die Angaben, die den Gesundheitsämtern von Ärztinnen und Ärzten, Laboren oder anderen Berichtsstellen gemeldet werden. Die Gesundheitsämter überprüfen die Informationen, führen sie zusammen und ergänzen fehlende Angaben durch eigene Ermittlungen. Der Infektionszeitpunkt der gemeldeten Fälle ist oftmals nicht exakt zu bestimmen. Das Meldedatum stellt daher die bestmögliche Annäherung an die Feststellung der Infektion (Diagnosedatum) und damit das aktuelle Infektionsgeschehen dar.

3 https://www.rlp.de/de/service/pressemeldungen/einzelansicht/news/News/detail/schutzschild-fuer-rheinland-pfalz-regierung-beschliesst-nachtragshaushalt-und-soforthilfefonds-fuer-be/ [Stand: 20.10.2020]

4 https://mwvlw.rlp.de/de/presse/detail/news/News/detail/wissing-alle-antraege-auf-soforthilfen-bearbeitet/ [Stand: 20.10.2020]

5 https://www.arbeitsagentur.de/vor-ort/rd-rps/content/1533736479877 [Stand: 20.10.2020]

G1 Bestätigte Covid-19-Fälle (Neuinfektionen) der letzten sieben Tage[1] März bis September 2020



1 Stand: 21. Oktober 2020

Regional unterschiedliche Ausbreitung

Kreisfreie Städte stärker betroffen – regionale Ausreißer

Innerhalb von Rheinland-Pfalz verlief die Ausbreitung regional sehr unterschiedlich. Insgesamt verzeichneten die kreisfreien Städte höhere Fallzahlen als die Landkreise. Bis zum 1. April wurden in den kreisfreien Städten 81 Menschen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner positiv getestet, in den Landkreisen waren es 80. Dennoch gab es sowohl in den Landkreisen als auch in den kreisfreien Städten deutliche Ausreißer, sowohl hinsichtlich der Zahl der insgesamt infizierten Personen als auch hinsichtlich der Dynamik der Ausbreitung. Einzelne kreisfreie Städte und Landkreise und verzeichneten hohe Neuinfektionsraten, zum Teil aufgrund von regionalen Ereignissen wie beispielsweise gehäufte Infektionen in einzelnen Einrichtungen.

Fünf von zwölf kreisfreien Städten erreichten zwischen Ende März und Mitte April eine 7-Tage-Inzidenz von mehr als 50. In Koblenz, Landau und Neustadt an der Weinstraße wurden kurzzeitig sogar mehr als 60 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern gezählt. In diesen drei kreisfreien Städten erreichte die 7-Tage-Inzidenz an mindestens fünf aufeinander folgenden Tagen einen Wert von mehr als 50. Nur in Pirmasens und Frankenthal blieb der Wert während der gesamten ersten Infektionswelle unter 35.

Höchster Wert im Landkreis Cochem-Zell

Bei den Landkreisen stach insbesondere der Kreis Cochem-Zell hervor, für den Ende März ein Spitzenwert von fast 90 Neuinfektionen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner binnen sieben Tagen erreicht wurde. In fünf weiteren Landkreisen wurden ebenfalls Höchstwerte über 50 registriert: Vulkaneifel (61), Bad Dürkheim (57), Eifelkreis Bitburg-Prüm (56), Mayen-Koblenz (52), Rhein-Pfalz-Kreis (51). In Cochem-Zell und Bad Dürkheim lag der Wert an mindestens fünf Tagen über 50. In acht von 24 Kreisen blieb der Wert während der gesamten ersten Infektionswelle unter 35.

Ab Anfang April schwächte sich das Infektionsgeschehen nach und nach ab. Am Ende der zweiten Aprilwoche (10. April) hatten die Mehrheit der kreisfreien Städte (zehn von zwölf) und der Landkreise (22 von 24) den Peak der Neuinfektionen überwunden. Die Landeshauptstadt Mainz erreichte den höchsten Wert der ersten Welle mit 53 erst am 9. April – danach ging der Wert sichtbar zurück und lag Mitte April unter 30. Ludwigshafen und Speyer erreichten ihren Peak erst am 18. bzw. am 29. April.

Sukzessive Lockerungen ab Mitte April

Schwächeres Infektionsgeschehen erlaubt Lockerungen

Am 15. April erlaubten Bund und Länder erste Lockerungen, die in Rheinland-Pfalz am 20. April wirksam wurden: Geschäfte mit einer Verkaufsfläche von bis zu 800 Quadratmetern sowie Kfz- und Fahrradhändler, Buchhandlungen und Bibliotheken öffneten wieder – mit einer Begrenzung von einer Kundin bzw. einem Kunden pro zehn Quadratmetern.

Mit den folgenden Corona-Bekämpfungsverordnungen realisierte die Landesregierung bis Ende Juni weitere schrittweise Lockerungen – verpflichtete die Bevölkerung aber zum Tragen einer Maske beim Einkaufen und im öffentlichen Personennahverkehr. Ab Ende April öffneten die Schulen schrittweise wieder, in der darauffolgenden Woche begannen ausgewählte Klassen mit Präsenzunterricht. Ab dem 4. Mai durften alle Geschäfte unabhängig von der Verkaufsfläche sowie Friseursalons wieder öffnen. Ab Mitte Mai nahmen weitere Dienstleistungsbetriebe im Bereich der Körperpflege ihre Tätigkeit wieder auf und Kontakte im öffentlichen Raum mit mehreren Personen aus einem anderen Haushalt waren wieder zulässig.

Gastronomiebetriebe konnten ab Anfang Mai wieder Gäste vor Ort bewirten, wenn auch mit verschiedenen Einschränkungen wie beispielsweise Sperrstunden und Auflagen, die eine Kontaktverfolgung ermöglichen. Veranstaltungen wurden im Zuge der schrittweisen Aufhebung der Kontaktbeschränkungen wieder möglich. Ab Juni erlaubten die Regelungen zunächst Veranstaltungen im Außen- dann auch im Innenbereich mit einer stufenweisen Erhöhung der Zahl der Teilnehmenden. Großveranstaltungen blieben jedoch weiterhin untersagt. Auch touristische Aktivitäten durften sukzessive wieder stattfinden: Ab dem 18. Mai öffneten Hotels, Ferienwohnungen, Ferienhäuser, Campingplätze für Gäste mit eigenen sanitären Einrichtungen sowie Jugendherbergen wieder. Im Laufe des Juni wurde Campen ohne Einschränkungen möglich. Auch Busreisen konnten ab dem 10. Juni wieder stattfinden. Ab 15. Juni hob die Regierung die Reisebeschränkung gegenüber den Nachbarländern auf. Parallel wurde auch das kulturelle öffentliche Leben sowie die Nutzung von Freizeit- und Sportmöglichkeiten – unter Auflagen von Hygienekonzepten und Corona-Sicherheitsmaßnahmen – schrittweise wieder möglich.

Gastronomie und Beherbergung öffnen mit Einschränkungen

Mehrwertsteuersenkung

Um die wirtschaftlichen Folgen abzumildern senkte die Bundesregierung am 1. Juli als Teil eines Corona-Konjunkturpakets die Mehrwertsteuer von 19 auf 16 Prozent und den ermäßigten Steuersatz von sieben auf fünf Prozent.

Wirtschaftliche Folgen zeichnen sich bereits deutlich ab

Im Laufe der Sommermonate beruhigte sich das Infektionsgeschehen auch in Rheinland-Pfalz weiter. Die Konsequenzen der ersten Infektionswelle für die rheinland-pfälzische Wirtschaft sind massiv.

Konjunkturstatistiken und VGR zeigen wirtschaftliche Folgen

Sie zeigen sich deutlich in den Konjunkturstatistiken und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Zu den sozialen Folgen der Corona-Pandemie gibt es keine unterjährigen Statistiken. Sie werden sich erst im Laufe des kommenden Jahres in den Ergebnissen der Jahresstatistiken niederschlagen. Die persönlichen Folgen für die Menschen, die direkt von der Krankheit betroffen waren oder aufgrund der Krankheit Schicksalsschläge erlitten haben, kann die amtliche Statistik nicht abbilden. Sie werden unsere Gesellschaft aber ebenfalls noch über Jahre beschäftigen.

Daten bieten Grundlage für Handeln im Krisenverlauf

Eine Analyse der verfügbaren Daten kann nicht alle Aspekte der Krise berücksichtigen. Sie kann jedoch dabei helfen, das Infektionsgeschehen zu bewerten, Risikogruppen zu identifizieren, wirtschaftliche Auswirkungen zu beurteilen und zukünftige Entwicklungen abzuschätzen. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der aktuell sehr stark steigenden Fallzahlen relevant.

Jeanette Vogel, M. A., leitet das Referat „Veröffentlichungen“.

Sterbefälle im bisherigen Jahresverlauf

Auswertung vorläufiger Daten aus der Sterbefallstatistik und dem rheinland-pfälzischen Mortalitätsregister

Von Sebastian Fückel, Gerd Reh und Jeanette Vogel

In der amtlichen Statistik gibt es mit der Sterbefallstatistik eine Datenquelle für die demografische Analyse der Sterbefälle. Eine Auswertung der vorläufigen Daten zeigt, dass die Sterbefälle im Vergleich zu den Vorjahren vor allem im ersten Quartal 2020 rückläufig waren. Im zweiten Quartal deutet sich eine schwache Übersterblichkeit an, deren Ursache vermutlich in der Corona-Pandemie liegt. Die ebenfalls vorläufigen Daten des rheinland-pfälzischen Mortalitätsregisters ermöglichen eine Differenzierung der Sterbefälle danach, ob Covid-19 als todesursächliches Grundleiden vorliegt (73 Prozent der bisher gemeldeten Fälle) oder als Begleiterkrankung (27 Prozent der bisher gemeldeten Fälle). Bei den Sterbefällen, bei denen Covid-19 als Grundleiden angegeben ist, waren 87 Prozent der Gestorbenen 70 Jahre und älter.

Sonderauswertung der vorläufigen Sterbefalldaten

Tägliche Meldungen der Sterbefälle durch die Standesämter

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz nimmt aufgrund der aktuellen Situation bereits seit Beginn der Pandemie regelmäßig Sonderauswertungen der täglich eingehenden Sterbefallmeldungen der Standesämter vor. Bei der Interpretation der Auswertung ist zu beachten, dass die vorläufigen Ergebnisse aufgrund des Meldeverzugs vor allem bei kürzer zurückliegenden Berichtszeiträumen noch nicht vollständig sind und von den endgültigen Ergebnissen abweichen können. Außerdem ist die Plausibilisierung der Daten noch nicht abgeschlossen. Dieser Arbeitsschritt umfasst einen umfangreichen Qualitätssicherungsprozess, der neben einer inhaltlichen Prüfung der erfassten Merkmale auch einen Datenaustausch zwischen den Statistischen Landesämtern vorsieht. Die in diesem Beitrag dargestellten Ergebnisse sind daher ein Kompromiss zwischen einer möglichst zeitnahen Bereitstellung und einer möglichst hohen Qualität.

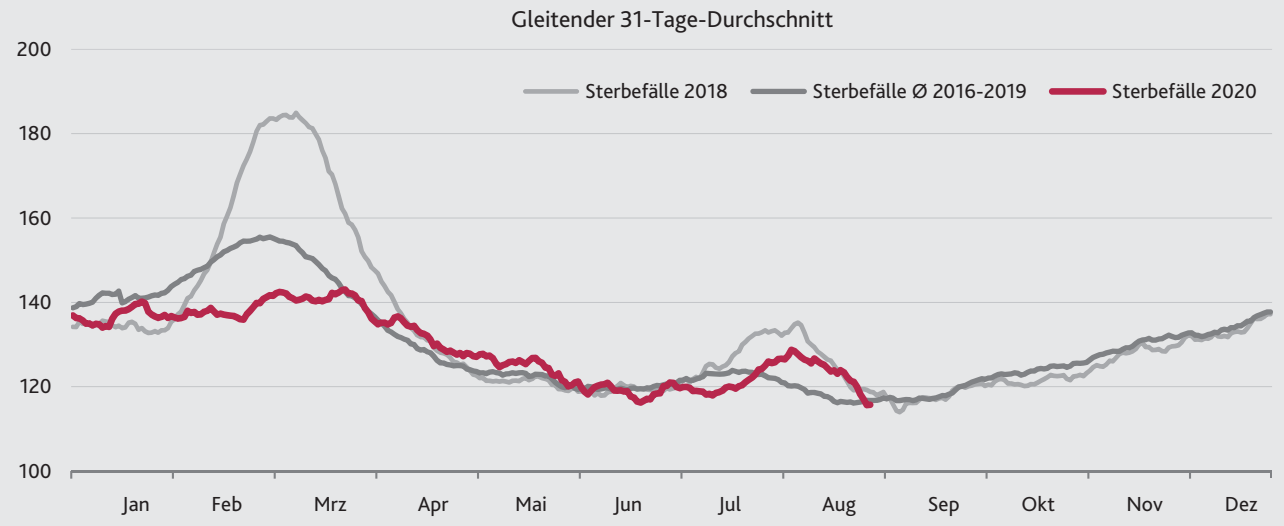
Weniger Sterbefälle im ersten Halbjahr

Rückgang der Todesfälle um 1,5 Prozent

Die vorläufigen Ergebnisse zeigen, dass in Rheinland-Pfalz in der ersten Jahreshälfte 2020 weniger Menschen gestorben sind als im Jahr zuvor. In den ersten sechs Monaten starben 24 079 Menschen, und zwar 11 943 Männer und 12 135 Frauen.[1] Das waren 367 Sterbefälle weniger als 2019 (–1,5 Prozent). Wird berücksichtigt, dass 2020 ein Schaltjahr ist, fällt die Differenz noch etwas höher aus (–505 Sterbefälle bzw. –2,1 Prozent). Auch im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 meldeten die Standes-

1 Bei einer Person war das Geschlecht zum Auswertungszeitpunkt unbekannt.

G1 Sterbefälle in Rheinland-Pfalz 2016–2020[1]



1 Stand 25. September 2020 / ab 2019: Vorläufige Ergebnisse.

ämter für die erste Jahreshälfte 2020 rund 1,7 Prozent weniger Gestorbene.

Leicht erhöhte Sterbefallzahlen im zweiten Quartal

Sterbefälle im ersten Quartal unter langjährigem Mittel

Besonders im ersten Quartal blieb die Zahl deutlich hinter dem langjährigen Mittel zurück (–4,6 Prozent). Zu der eher niedrigen Sterberate in den ersten drei Monaten des Jahres dürften u. a. der mildere Winter und die vergleichsweise kurze Influenzasaison beigetragen haben. So fiel die Zahl der Gestorbenen vor allem im Februar und im März niedriger aus als im Mittel der Jahre 2016 bis 2019 (–6,9 bzw. –5,6 Prozent).

Mehr Sterbefälle im zweiten Quartal

Im zweiten Quartal starben hingegen etwas mehr Menschen als im Vergleichszeitraum der Jahre 2016 bis 2019 (+1,8 Prozent). Das gilt auch dann, wenn die Veränderung der Bevölkerungszahl und der Wandel der Altersstruktur der Bevölkerung im Zeitverlauf berücksichtigt werden.

Höhere Sterblichkeit im April und Mai

Eine differenzierte Betrachtung deutet insbesondere für die Kalenderwochen 14 bis 19 (30. März bis 10. Mai) auf eine erhöhte Sterblichkeit im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen vier Jahre hin. Dies deckt sich annähernd mit dem Zeitraum, in dem die Gesundheitsämter die Mehrzahl der bisher bekannten Covid-19-Todesfälle meldeten. Nach Auswertung der im rheinland-pfälzischen Mortalitätsregister bislang vorliegenden Daten traten mehr als drei Viertel der bisher bekannten Todesfälle nachweislich mit dem SARS-CoV-2-Erreger Infizierter in diesen sechs Kalenderwochen auf.

Zunahme der Sterbefälle bei Männern

Sterbefälle steigen bei Männern stärker

Auch eine differenzierte Betrachtung der Geschlechts- und Altersverteilung der Sterbefälle im zweiten Quartal deckt sich mit den bisherigen Erkenntnissen zum Verlauf der Viruserkrankung. Mit Blick auf den identifizierten Kernzeitraum des Sterbefallgeschehens im Zuge der Corona-Pandemie (14. bis 19. Kalenderwoche) zeigt sich, dass

die Zunahme der Sterbefälle unter den Männern stärker ist als unter den Frauen. Während gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019 zwischen der 14. und der 19. Kalenderwoche insgesamt 166 Männer mehr verstarben (+6,3 Prozent), verschieden nur 77 Frauen mehr als im Durchschnitt der Vorjahre (+2,8 Prozent). Da eine Covid-19-Erkrankung nach bisherigen Erkenntnissen bei Männern häufiger einen tödlichen Verlauf nimmt als bei Frauen, könnte auch diese Entwicklung in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie stehen.

Altersstruktur der Sterbefälle weist auf Corona-Effekt hin

Erhöhte Sterblichkeit vor allem bei Hochbetagten

Auch die Altersstruktur der Gestorbenen deutet auf einen möglichen Corona-Effekt hin. Wie die vorläufigen Meldungen der Standesämter zeigen, traten zwischen der 14. und der 19. Kalenderwoche unter den Hochbetagten, d. h. unter den 80-Jährigen und Älteren, 231 Sterbefälle mehr auf als im Durchschnitt der vorangegangenen Jahre (+7,7 Prozent). Auch die Gruppe der 60- bis 80-Jährigen weist mehr Sterbefälle auf (+37 Sterbefälle bzw. +2 Prozent). Für die Gruppe der unter 60-Jährigen wurden dagegen weniger Verstorbene gemeldet (–26 Sterbefälle bzw. –5,1 Prozent). Die Zahl der Sterbefälle stieg in diesem Zeitraum also ausschließlich in den Risikogruppen.

Mortalitätsregister enthält bislang rund 300 Sterbefälle nach Covid-19-Erkrankung

Mit den Daten der Sterbefallstatistik können keine konkreten Aussagen über die Todesursache getroffen werden. Auskunft darüber gibt das rheinland-pfälzische Mortalitätsregister. Dieses Register ist eine Datenbank, die den Inhalt der Todesbescheinigungen aller in Rheinland-Pfalz Verstorbenen enthält. Auch die Daten des Mortalitätsregisters sind zum aktuellen Zeitpunkt vorläufig.

Detailauswertung Sterbefallstatistik

Eine detaillierte methodische, fachliche und regionalisierte Darstellung der Sterbefälle im ersten Halbjahr 2020 finden Sie im nächsten Statistischen Monatsheft (11/2020).

Wegen Lieferlücken lediglich vorläufige Aussagen

Bis zum 25. September 2020 wurden im rheinland-pfälzischen Mortalitätsregister Angaben zu 16 750 in den Monaten März bis Juli 2020 Verstorbenen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz verarbeitet. Insbesondere im Monat Juli aber auch in den Monaten Mai und Juni bestehen zum Teil noch erhebliche Datenlücken, vor allem, weil bislang noch nicht alle Gesundheitsämter Todesbescheinigungen für diese Berichtsmonate eingereicht haben. Soweit diese Datenlücken in den kommenden Wochen und Monaten geschlossen werden, wirkt sich dies auch auf die Fallzahlen vorhergehender Berichtsmonate aus. Bei wohnortbezogenem Nachweis von Sterbefällen können sich auch die Fallzahlen in Gesundheitsamtsbezirken ändern, von denen bereits umfassende Datenlieferungen vorliegen. Dies ist bei der Interpretation der Auswertungen zu beachten.

SARS-CoV-2-Infektion führt bislang bei mehr als 220 Personen unmittelbar zum Tod

Bei insgesamt 301 Verstorbenen wurde nachweislich der ärztlichen Leichenschau Covid-19 als unmittelbar todesursächliches Grundleiden (221 Personen bzw. 73 Prozent) oder als Begleiterkrankung (80 Personen bzw. 27 Prozent) diagnostiziert. Auf der Grundlage der bislang vorliegenden Daten starben von diesen nachweislich mit SARS-CoV-2 infizierten Personen insgesamt 38 im Monat März, 189 im April, 60 im Mai, zehn im Juni sowie vier im Juli. Aufgrund der Datenlücken können

T1 An COVID-19[1] Gestorbene nach Geschlecht und Alter von März bis Juli 2020[2]

Alter in Jahren	Insgesamt			Frauen		Männer	
	Anzahl	Anteil in %	je 100 000 der jeweiligen Bevölkerung	Anzahl	je 100 000 der jeweiligen Bevölkerung	Anzahl	je 100 000 der jeweiligen Bevölkerung
Unter 60	8	3,6	0,3	3	0,2	5	0,3
60 – 70	20	9,0	3,6	5	1,8	15	5,5
70 – 80	50	22,6	13,8	9	4,6	41	24,4
80 – 90	94	42,5	39,3	45	31,6	49	50,5
90 und älter	49	22,2	114,6	32	103,6	17	143,2
Insgesamt	221	100	5,4	94	4,5	127	6,3

1 ICD U07.1 und U07.2. – 2 Vorläufige Ergebnisse; Liefer- und Auswertungsstand 25.9.2020. Quelle: Mortalitätsregister

sich die Zahlen für Mai und Juni noch leicht, die für Juli hingegen noch relativ stark verändern. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Höhepunkt der ersten Welle der Covid-19-Pandemie im April 2020 lag und sich die Fallzahlen in den Folgemonaten deutlich abschwächten.

Sterbewahrscheinlichkeit unterscheidet sich nach Geschlecht und Alter

Männer vergleichsweise häufiger betroffen

Von den 221 mit Grundleiden Covid-19 Verstorbenen waren 94 weiblichen und 127 männlichen Geschlechts. Unter den 80 Gestorbenen, bei denen Covid-19 nicht unmittelbar zum Tode führte, sondern lediglich als Begleiterkrankung zu einem sonstigen todesursächlichen Grundleiden diagnostiziert worden war, befanden sich ebenfalls mehr Männer.

Deutlich erhöhtes Sterblichkeitsrisiko für Ältere

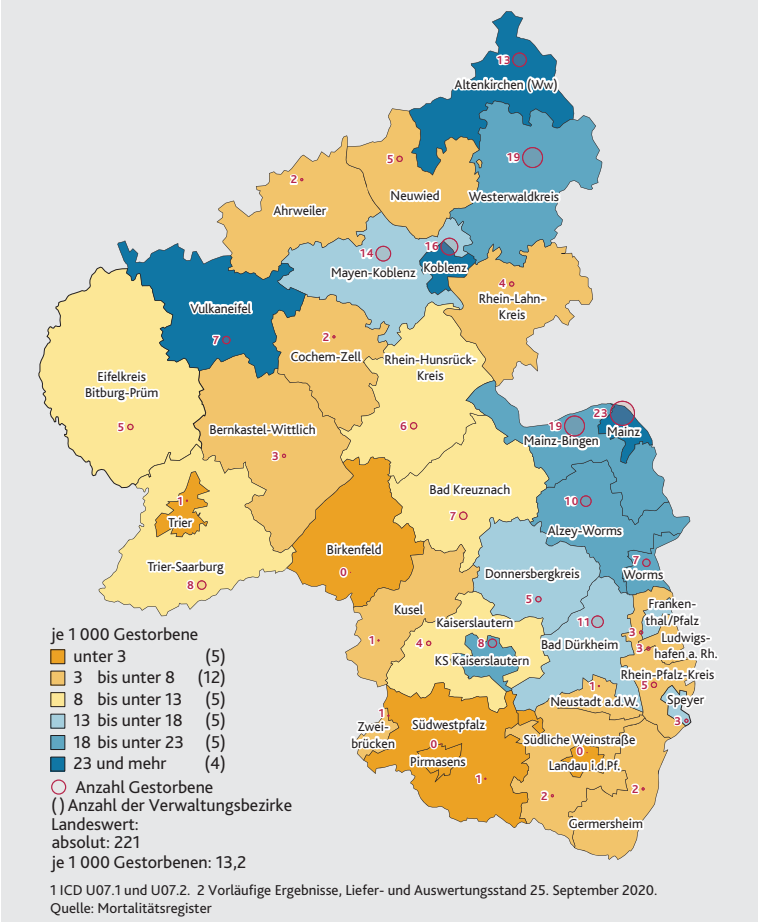
Das Risiko einer tödlichen SARS-CoV-2-Infektion nimmt sowohl absolut als auch relativ mit steigendem Alter deutlich zu. Von den unmittelbar an Covid-19 Verstorbenen waren acht unter 60 Jahre alt (3,6 Prozent), 20 starben im Alter zwischen 60 und 70 Jahren (neun Prozent). Mehr als doppelt so viele, nämlich 50 befanden sich in der achten und 94 in der neunten Lebensdekade (23 bzw. 42,5 Prozent). Weitere 49 Personen verstarben an Covid-19 nachdem sie das neunzigste Lebensjahr bereits vollendet hatten (22 Prozent). Die mit zunehmendem Alter steigende Sterblichkeit spiegelt sich auch in den steigenden Mortalitätsraten wider, in denen die unmittelbar infolge der Covid-19-Pandemie Verstorbenen auf je 100 000 der Bevölkerung gleichen Geschlechts und Alters bezogen werden.

Hochbetagte besonders betroffen

Aussagen zur regionalen Intensität nur sehr eingeschränkt möglich

Aufgrund der noch unvollständigen Datenbasis sind Aussagen über die regionale Betroffenheit nur sehr eingeschränkt möglich und regionale Schwerpunkte können sich noch verschieben. Auf der Grundlage der bislang vorliegenden Fallzahlen ergibt sich gleichwohl sowohl bezogen auf die jeweilige Bevölkerung als auch die insgesamt im jeweiligen Verwaltungsbezirk Verstorbenen für die kreisfreien Städte Koblenz und Mainz sowie die Landkreise Vulkaneifel und Altenkirchen bei insgesamt 16, 23, 7 bzw. 13 Pandemieopfern im regionalen Vergleich eine hohe Betroffenheit. Bislang wurden in der Verwaltungsstelle Mortalität noch keine Covid-

K1 An Covid-19[1] Gestorbene von März bis Juli 2020 in den kreisfreien Städten und Landkreisen[2]



1 ICD U07.1 und U07.2. 2 Vorläufige Ergebnisse, Liefer- und Auswertungsstand 25. September 2020.
Quelle: Mortalitätsregister

19-Sterbefälle mit Wohnort in den kreisfreien Städten Landau in der Pfalz und Pirmasens bzw. im Landkreis Birkenfeld registriert.

Zusammenfassung und Ausblick

Zahl der Sterbefälle im zweiten Quartal 1,8 Prozent über dem Durchschnitt der Vorjahre

Die vorläufigen Daten der Sterbefallstatistik zeigen, das im zweiten Quartal etwas mehr Menschen gestorben sind als im Durchschnitt der Vorjahre (+1,8 Prozent). Der zeitliche Verlauf sowie die Altersstruktur und das Geschlecht der Verstorbenen deuten auf Covid-19 als Ursache dieser schwach ausgeprägen Übersterblichkeit hin. Insgesamt sind jedoch im ersten Halbjahr 2020 weniger Menschen gestorben als in den Vorjahren – vermutlich aufgrund des eher milden Winters sowie der vergleichsweise kurzen Influenzasaison. Das rheinland-pfälzische Mortalitätsregister enthält zum aktuellen Zeitpunkt Meldungen für 301 Verstorbene, die mit dem SARS-CoV-2-Virus infiziert waren. Bei drei Vierteln von ihnen führte das Virus als todesursächliches Grundleiden unmittelbar zum Tod. Analog zu den bisherigen Erkenntnissen über die Krankheit zeigt auch diese Analyse, dass das Risiko eines tödlichen Verlaufs mit steigendem Alter zunimmt und Männer häufiger daran sterben als Frauen.

Basis für weitergehende Forschung

Grundsätzlich bleibt zu hoffen, dass über den medizinischen Fortschritt, beispielsweise Massenimpfungen, die Sterblichkeit bei Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Erreger möglichst vollständig zurückgedrängt werden kann. Mit der zunehmenden Vervollständigung des rheinland-pfälzischen Mortalitätsregisters besteht in absehbarer Zeit eine belastbare Analysegrundlage, die u. a. auch multikausale Untersuchungen des Covid-19-Sterblichkeitsgeschehens, einschließlich der Identifizierung und Sensibilisierung von Risikogruppen, ermöglicht.

Sebastian Fückel, M. A., leitet das Referat „Analysen Staat, Soziales“; Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat „Bevölkerung, Zensus, Verwaltungsstelle Mortalität“; Jeanette Vogel, M. A., leitet das Referat „Veröffentlichungen“.

Wirtschaftsleistung bricht als Folge der Corona-Pandemie ein

Bruttoinlandsprodukt sinkt im ersten Halbjahr 2020 um 5,7 Prozent

Von Dr. Ludwig Böckmann und Matthias Kowalczyk

Die Wirtschaftsleistung ist infolge der Corona-Pandemie im ersten Halbjahr 2020 kräftig geschrumpft. Der Wert aller Waren und Dienstleistungen, die von Januar bis Juni von der rheinland-pfälzischen Wirtschaft für den Endverbrauch hergestellt wurden, nahm gegenüber dem Vorjahreszeitraum preisbereinigt um 5,7 Prozent ab. Damit fiel der konjunkturelle Einbruch schwächer aus als im Bundesdurchschnitt. Deutschlandweit verringerte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 6,6 Prozent. Im Vergleich der 16 Länder belegt Rheinland-Pfalz Platz sechs. Am härtesten traf es das Saarland (–9,5 Prozent).

Corona-Pandemie trifft die Wirtschaft hart

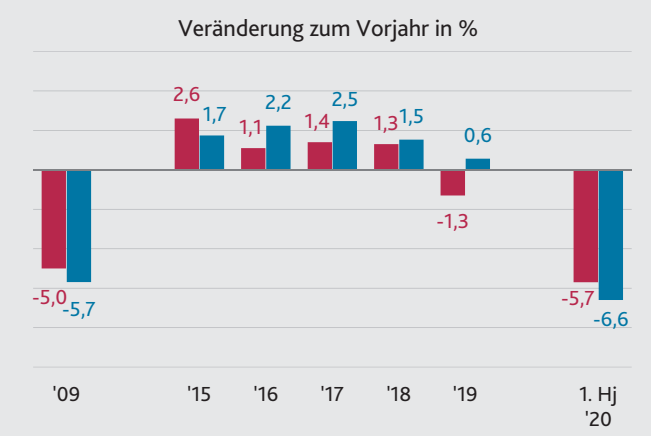
Bruttoinlandsprodukt schrumpft um 5,7 Prozent

Die Corona-Pandemie und die Schutzmaßnahmen, die zu ihrer Eindämmung ergriffen wurden, verursachten in Rheinland-Pfalz einen massiven Einbruch der Wirtschaftsleistung. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im ersten Halbjahr 2020 gegenüber dem ersten Halbjahr 2019 um 5,7 Prozent und damit so stark wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes. Zu diesem Ergebnis kommt die Halbjahresrechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder". Mit der Halbjahresrechnung gibt der Arbeitskreis jeweils Ende September eine erste Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den 16 Bundesländern für das laufende Wirtschaftsjahr ab. Die Pandemie bewirkte einen stärkeren Konjunktureinbruch als die Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise im Jahr 2009. Im Zuge dieser Krise sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz im Jahresvergleich um fünf Prozent.

Wirtschaft bereits seit dem ersten Quartal 2019 in der Rezession

Aus der unterjährigen Konjunkturberichterstattung des Statistischen Landesamtes geht hervor, dass die Pandemie die rheinland-pfälzische Wirtschaft im zweiten

G1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)



Quartal 2020 mit voller Wucht traf. In der zweiten Märzhälfte wurden umfangreiche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergriffen und zugleich ließ die ausländische Nachfrage nach Industriegütern aus Rheinland-Pfalz deutlich nach. Darüber hinaus wurden Lieferketten unterbrochen, was in einzelnen Bereichen die Produktion beeinträchtigte. Aus diesen Gründen sanken vor allem im April in den betroffenen Teilen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors die Produktion bzw. die Umsätze kräftig, und infolgedessen verringerte sich auch die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung deutlich.

Wirtschaftsleistung bricht im zweiten Quartal um fast sieben Prozent ein

Im zweiten Quartal schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem ersten Quartal 2020 um 6,8 Prozent und gegenüber dem zweiten Quartal 2019 um 8,7 Prozent. Das zeigen Berechnungen auf der Basis eines ökonometrischen Schätzverfahrens. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft war schon in den Quartalen zuvor in keiner guten Verfassung: Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung verringerte sich durchgängig in allen vier Quartalen 2019 und auch im ersten Quartal 2020. Die Wirtschaft befand sich also schon seit längerem in einer Rezession.

Kräftige Einbußen in der Industrie und in einigen Dienstleistungsbereichen

Der Einbruch des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts resultiert aus dem kräftigen Rückgang der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und in Teilen des Dienstleistungssektors, wie etwa dem Kfz-Handel und dem Gastgewerbe. Dem Baugewerbe konnte die Pandemie dagegen bisher nur wenig anhaben.

Wertschöpfung der Industrie sinkt kräftig

Im Verarbeitenden Gewerbe verringerte sich die preis-, kalender- und saisonbereinigte Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal um zehn Prozent. Besonders heftig traf es die Investitionsgüterindustrie; ihre Produktion verringerte sich preis-, kalender- und saisonbereinigt um mehr als ein Viertel (–26 Prozent). Zur Investitionsgüterindustrie gehören die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie der Maschinenbau. Deutlich geringer, aber dennoch hoch, fielen auch die Produktionseinbußen in der Vorleistungsgüterindustrie aus (–15 Prozent), zu der die Chemieindustrie zählt. Glimpflicher kam die Konsumgüterindustrie davon (–2,3 Prozent), die aber nur einen vergleichsweise kleinen Teil zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt.

T1 Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung[1]

Indikator/Wirtschaftsbereich	Q4 2019	Q1 2020	Q2 2020	Q4 2019	Q1 2020	Q2 2020
	Veränderung zum Vorquartal in %			Veränderung zum Vorjahresquartal in %		
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	-0,5 ↘	-0,9 ↘	-6,8 ↓	-2,1 ↓	-2,7 ↓	-8,7 ↓
Bruttowertschöpfung insgesamt (preisbereinigt)	-0,5 ↘	-0,6 ↘	-6,9 ↓	-2,2 ↓	-2,5 ↓	-8,5 ↓
Verarbeitendes Gewerbe	-2,2 ↓	-0,6 ↘	-10,2 ↓	-11,1 ↓	-8,2 ↓	-15,0 ↓
Baugewerbe	-0,2 ↘	-0,1 ↘	-0,8 ↘	-0,5 ↘	-0,2 ↘	-1,3 ↘
Dienstleistungsbereiche	0,1 ↗	-0,6 ↘	-6,6 ↓	1,0 ↗	-0,5 ↘	-7,1 ↓

1 Kalender- und Saisonbereinigung der Originalwerte nach dem Berliner Verfahren (BV 4.1). Die Erwerbstätigenzahlen sind nur saisonbereinigt.
Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↑), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen –2 und 0% (↘), –2% und mehr (↓) oder 0 (→).

Einbruch der Wertschöpfung fällt im Dienstleistungssektor insgesamt geringer aus

Im Dienstleistungssektor sank die bereinigte Wertschöpfung im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 6,6 Prozent. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die einzelnen Bereiche im tertiären Sektor sind sehr heterogen. Unter massiven Umsatzeinbußen litten im zweiten Quartal das Gastgewerbe (preis-, kalender- und saisonbereinigt –62 Prozent gegenüber dem Vorquartal) und auch der Kfz-Handel (–24 Prozent). Im Bereich der „sonstigen Dienstleistungen", zu dem z. B. die Bereiche „Verkehr und Lagerei", „Information und Kommunikation", aber auch die „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen" zählen, waren die Erlöseinbußen wesentlich geringer (kalender- und saisonbereinigt –2,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal). Es gibt aber auch Dienstleitungsbereiche, die in der Krise zulegen konnten. Groß- und Einzelhandel verbuchten leicht höhere Umsätze (preis-, kalender- und saisonbereinigt +0,1 bzw. +0,9 Prozent gegenüber dem Vorquartal).

Baugewerbe kaum betroffen

Das Baugewerbe blieb von der Pandemie nahezu verschont. Preis-, kalender- und saisonbereinigt sank die Wertschöpfung gegenüber dem Vorquartal nur leicht (–0,8 Prozent).

Abschwung in Rheinland-Pfalz vergleichsweise mild

Im Vergleich zu Deutschland fiel der Einbruch der Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz geringer aus. Im Bundesdurchschnitt war der Wert aller für den Endverbrauch produzierten Waren und Dienstleistungen im ersten Halbjahr 2020 um 6,6 Prozent niedriger als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres (Rheinland-Pfalz: –5,7 Prozent). Im Vergleich der Länder reichte der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von –9,5 Prozent im Saarland bis –3,8 Prozent in Schleswig-Holstein. Auch die wirtschaftsstärkeren Länder Baden-Württemberg und Bayern mussten hohe Wertschöpfungsverluste hinnehmen (–7,7 bzw. –7 Prozent).

Ursächlich für die im Vergleich der Bundesländer große Spannweite der Einbußen sind Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur. Stark betroffen waren im zweiten Quartal vor allem Länder mit einem hohen Industrieanteil und insbesondere Länder mit einem großen Gewicht der Kfz-Industrie.

Branchenstruktur in Rheinland-Pfalz sorgt für vergleichsweise schwächeren Konjunktureinbruch

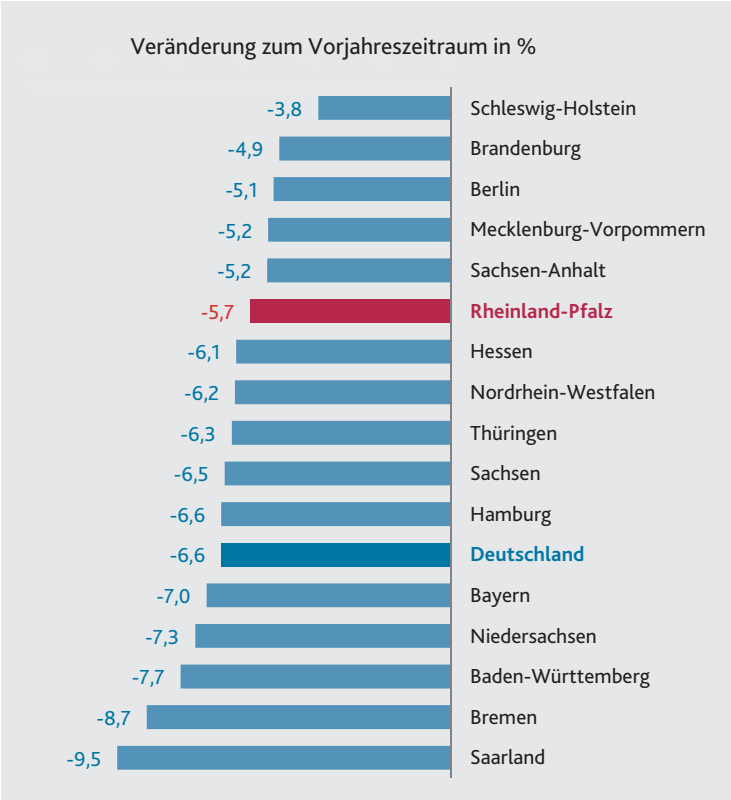
Auch in Rheinland-Pfalz ist der Anteil der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung vergleichsweise hoch. Mit einem Anteil von 23 Prozent liegt Rheinland-Pfalz leicht über dem Bundesdurchschnitt (22 Prozent). Baden-Württemberg (32 Prozent) hat einen wesentlich höheren und die Länder Bayern (25 Prozent) sowie das Saarland (24 Prozent) haben einen etwas höheren Industrieanteil. Die Krise traf die rhein-

Bruttoinlandsprodukt und Halbjahresrechnung

Das **Bruttoinlandsprodukt** umfasst den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die in einem Land in einem Jahr produziert werden (Produktionswert), abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Das Bruttoinlandsprodukt ist ein Maß für die Wertschöpfung, die durch den Einsatz von in- und ausländischen Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) in der Produktion im Inland entsteht (Inlandskonzept).

Die **Halbjahresrechnung** des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" stützt sich auf Basisstatistiken des Berichtszeitraumes Januar bis Juni. Da es zu diesem Zeitpunkt nur sehr wenige landesspezifische Fortschreibungsindikatoren gibt, werden in der Halbjahresrechnung nur die Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts insgesamt veröffentlicht, eine Untergliederung nach Wirtschaftszweigen erfolgt nicht.

G2 Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2020



land-pfälzische Wirtschaft dennoch weniger hart als andere industriestarke Länder, weil im Vergleich zum Bundesdurchschnitt das Verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz eine andere Branchenstruktur aufweist und zudem sieben ihrer zehn größten Industriebranchen günstigere Umsatzentwicklungen verbuchen konnten.

Kfz-Industrie von der Krise am stärksten betroffen: Umsatz sinkt im zweiten Quartal um 37 Prozent

In allen Bundesländern mussten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im zweiten Quartal die mit Abstand höchsten Umsatzverluste hinnehmen. Die Erlöse der Kfz-Industrie in Rheinland-Pfalz schrumpften gegenüber dem Vorjahresquartal um mehr als ein Drittel (–37 Prozent). Im Bundesdurchschnitt brach der Umsatz sehr viel stärker ein; er halbierte sich fast (–46 Prozent). Darüber hinaus liegt der Anteil der Kfz-Industrie am Gesamtumsatz der rheinland-pfälzischen Industrie bei 15 Prozent und damit deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt (24 Prozent). Deshalb fällt der negative Einfluss der Kfz-Branche auf die Wertschöpfungsentwicklung in Rheinland-Pfalz wesentlich schwächer aus als im Bundesdurchschnitt.

Die beiden großen Bereiche Maschinenbau und die Chemie dürften in Rheinland-Pfalz dagegen einen stärkeren negativen Einfluss auf die Wertschöpfungsentwicklung gehabt haben als in Deutschland insgesamt.

Umsatz des Maschinenbaus schrumpft im zweiten Quartal um mehr als ein Viertel

Der Beitrag des Maschinenbaus zum gesamten Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz beläuft sich auf elf Prozent (drittgrößte Industriebranche). In Deutschland ist der Anteil mit 13 Prozent zwar etwas höher. Im zweiten Quartal verlor der rheinland-pfälzische Maschinenbau im Vergleich zum zweiten Quartal 2019 aber etwa ein Viertel seines Umsatzes (–26 Prozent), während die Umsatzeinbuße im Bundesdurchschnitt deutlich geringer ausfiel (–20 Prozent).

Umsatzeinbruch in der Chemie schwächer als in anderen großen Branchen

Der Anteil der Chemieindustrie am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes beläuft sich in Rheinland-Pfalz auf 30 Prozent. Das ist im deutschlandweiten Vergleich der mit Abstand höchste Anteilswert. Im Bundesdurchschnitt liegt der Anteil lediglich bei acht Prozent. Zudem fiel der Umsatzrückgang in der rheinland-pfälzischen Chemieindustrie im zweiten Quartal mit einem Minus von 15 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal höher aus als im Bundesdurchschnitt (–11 Prozent).

Die in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ungünstigere Umsatzentwicklung in der Chemieindustrie und im

Maschinenbau dürfte aber nicht das günstigere Abschneiden der Kfz-Industrie kompeniert haben. Hinzu kommt, dass in sechs weiteren für Rheinland-Pfalz wichtigen Industriebranchen die Entwicklung zum Teil wesentlich besser war als im Bundesdurchschnitt. Dies dürfte die im Vergleich zum Bundesdurchschnitt günstigere Entwicklung der Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr erklären.

Erholung im zweiten Halbjahr abhängig von Pandemieverlauf

Seit Mai steigen einige Konjunkturindikatoren bereits wieder, nachdem die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gelockert bzw. aufgehoben und massive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur ergriffen wurden.

Produktionsindex der Industrie steigt seit Mai wieder

Nachdem die Industrieproduktion in Rheinland-Pfalz im April 2020 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 15 Prozent eingebrochen ist, legte sie in den folgenden Monaten Mai (+6,4 Prozent), Juni (+3,9 Prozent), Juli (+0,8 Prozent) und August (+2,2 Prozent) gegenüber dem jeweiligen Vormonat wieder zu. Dennoch lag der bereinigte Produktionsindex im August 2020 immer noch um 7,5 Prozent unter seinem Vorjahreswert.

Auch im Dienstleistungssektor gibt es Anzeichen für eine Erholung. In dem von der Krise stark getroffenen Kfz-Handel (April 2020: –36 Prozent gegenüber April 2019) legte der preisbereinigte Umsatz im Mai und im Juni gegenüber dem jeweiligen Vormonat wieder kräftig zu. Dennoch lag der reale Umsatz im Juni um knapp zehn Prozent unter seinem Vorjahreswert. Die günstige Entwicklung im Einzelhandel setzte sich im Mai und im Juni fort. Der Großhandel verzeichnete – nach einem schwächeren Ergebnis im Mai – im Juni einen kräftigen Zuwachs. Im stark betroffenen Gastgewerbe stiegen die preisbereinigten Umsätze – nach den außerordentlich schwachen Monaten März und April – in den Monaten Mai, Juni und Juli saisonbedingt kräftig an. Sie blieben aber deutlich unter ihren Vorjahreswerten (Mai 2020: –61 Prozent; Juni: –40 Prozent; Juli: –19 Prozent).

Anzeichen für Erholung auch im Dienstleistungssektor

Die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Monaten hängt vom weiteren Pandemieverlauf ab. Die Unsicherheiten für die Konjunktur bleiben hoch!

Dr. Ludwig Böckmann leitet die Abteilung „Analysen, Gesamtrechnungen, Öffentlichkeitsarbeit"; Matthias Kowalczyk, M. Sc. Economics, ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft" und leitet zurzeit kommissarisch das Referat „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigenrechnung, Arbeitsmarkt".

Corona-Pandemie trifft Wirtschaftsbereiche unterschiedlich hart

In einzelnen Branchen enorme Umsatzeinbußen

Von Dr. Noreen Geenen, Rainer Klein und Petra Wohnus

Die erste Infektionswelle der Corona-Pandemie hat verschiedene Wirtschaftsbereiche in Rheinland-Pfalz in unterschiedlichem Maße beeinflusst. Die Mehrzahl der Branchen musste in den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 kräftige Umsatzverluste hinnehmen. Die Erlöse der Industrie und des Kfz-Handels gingen im Vorjahresvergleich um mehr als zehn Prozent zurück. Noch deutlichere Einbußen von mehr als einem Drittel mussten die Beherbergungsbetriebe und die Gastronomie verkraften. Demgegenüber erwirtschaftete der Einzelhandel leichte Zugewinne. Das Baugewerbe erreichte sogar einen Umsatzzuwachs von 7,6 Prozent.

Verarbeitendes Gewerbe

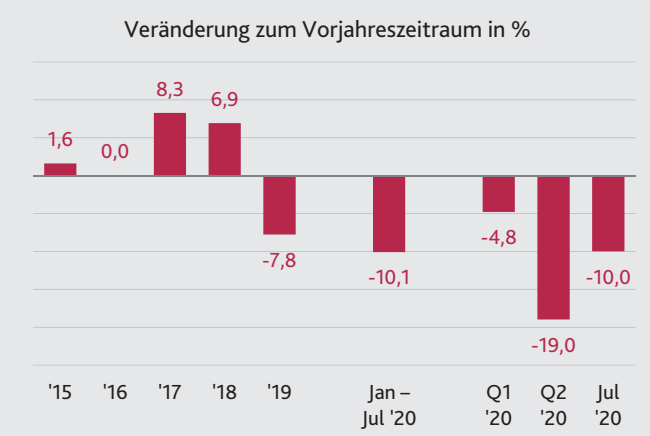
Die Auswirkungen der Corona-Pandemie führten im Frühjahr zu historischen Einbrüchen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. Insbesondere im April und im Mai mussten im Vergleich zum Vorjahr Umsatzrückgänge von nahezu einem Viertel verkraftet werden. Demgegenüber gingen die Beschäftigtenzahlen in diesen Monaten nur geringfügig zurück. Nicht unerwartet kam aufgrund der Produktionsdrosselungen die kräftige Reduzierung der geleisteten Arbeitsstunden um mehr als ein Viertel.

Erhebliche Auswirkungen der Pandemie auf die Industrie

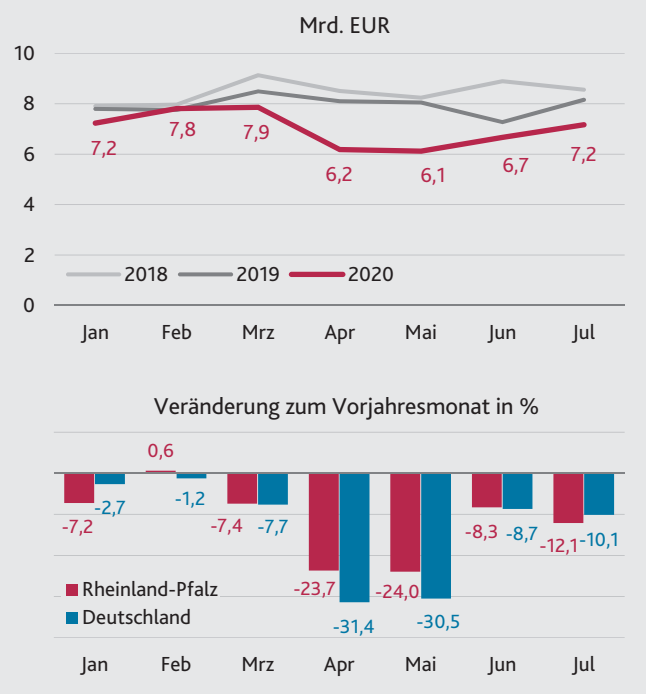
Aufgrund der Covid-19-Pandemie sahen sich die Regierungen von Bund und Ländern ab Mitte März gezwungen, das gesamte öffentliche Leben durch Maßnahmen zur Eindämmung des Virus einzuschränken. Diese Einschränkungen stellten die Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe vor die Herausforderung Hygienekonzepte zu entwickeln, die eine Integration der Abstands- und Hygieneregeln in den Produktionsablauf gewähr-

Maßnahmen stellen Produktion vor Herausforderungen

G1 Umsätze in der Industrie



G2 Umsätze in der Industrie 2020 nach Monaten



leisten sollten. Die Industrie musste sich dabei mehreren Problemen stellen. Einerseits ist es für die Bedienung von Produktionsanlagen zwingend erforderlich, dass die Beschäftigten physisch anwesend sind. Daher konnte die Mehrzahl der Betriebe nicht auf digitale Lösungen zur Sicherstellung der Schutzmaßnahmen, wie z. B. die Nutzung von Homeoffice auswei-

Verarbeitendes Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe umfasst alle Einrichtungen bzw. Betriebe, die ihre wirtschaftliche Tätigkeit darauf ausrichten, Produkte herzustellen, indem Erzeugnisse be- oder verarbeitet werden. Darunter fallen auch Montage-, Reparatur- oder Veredelungstätigkeiten. Häufig wird das Verarbeitende Gewerbe mit der Gewinnung von Steinen und Erden in einer Position dargestellt. Auch in diesem Beitrag werden diese beiden Abschnitte unter dem Begriff „Industrie" zusammengefasst.

chen. Andererseits mussten die Betriebe auf Schutzkleidung wie beispielsweise den Mund-Nasen-Schutz zurückgreifen, um die Gesundheit der tätigen Personen in den Fertigungsstätten Vorort zu schützen. Doch gerade zu Beginn der Corona-Pandemie waren Atemschutzmasken, Schutzhandschuhe und andere notwendige Schutzkleidung aufgrund von Lieferengpässen nur begrenzt verfügbar. Zusätzlich hemmte die Störung internationaler und inländischer Lieferketten in vielen Wirtschaftsbereichen die Produktion.

Störung der Lieferketten hemmt Produktion

In der Konsequenz mussten auch in der rheinland-pfälzischen Industrie zahlreiche Produktionsstraßen gedrosselt oder sogar gestoppt werden. Dementsprechend tief waren die Einschnitte bei den Umsätzen. Die Industrie erzielte in den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 insgesamt nur 49 Milliarden Euro Umsatz, das waren zwölf Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Umsatzrückgang von Januar bis Juli: zwölf Prozent

Zu Beginn der Pandemie im Februar konnte noch ein geringes Umsatzplus gegenüber dem Vorjahresmonat erwirtschaftet werden. Doch bereits im März kam es zu spürbaren Rückgängen im Vergleich zum Vorjahr (–7,4 Prozent). Die beiden folgenden Monate April und Mai brachten massive Einbrüche mit einem Minus von annähernd einem Viertel gegenüber den bereits niedrigen Vorjahreswerten. Im Juni und Juli wurden durch die zunehmende Lockerung der Schutzmaßnahmen erste Anzeichen einer Entspannung mit Umsatzzunahmen von neun und 7,5 Prozent im Vergleich zum jeweiligen Vormonat sichtbar. Dennoch haben diese Werte das Niveau der Ergebnisse von Juni und Juli 2019 bis dato noch nicht erreicht.

Umsatztief im April und Mai

Exporte nehmen von Januar bis Juli 13 Prozent ab

Das Auslandsgeschäft trug stärker zum Umsatzrückgang bei als die Binnennachfrage. So wurden im Inland von Januar bis Juli 2,4 Milliarden Euro bzw. zehn Prozent weniger Umsatz erwirtschaftet. Der Auslandsumsatz nahm um 4,2 Milliarden Euro bzw. 13 Prozent ab. Dennoch behielten die Auslandsgeschäfte mit einer Exportquote von 56 Prozent ihre bedeutende Rolle für die rheinland-pfälzische Industrie.

In der Industrie arbeiteten in den ersten sieben Monaten durchschnittlich 258 400 Beschäftigte in den 1 000 Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten. Während die Zahl der Betriebe geringfügig um 0,7 Prozent stieg, folgten die Beschäftigtenzahlen im Vergleich zum Vorjahr mit einem Minus von 1,5 Prozent einem Abwärtstrend, der aber vergleichsweise schwach ausfiel. Der verhaltene Personalrückgang könnte auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie dem Kurzarbeitergeld zurückzuführen sein.

Konjunktureinbruch in der Industrie schwächer als im Bundesdurchschnitt

Unterdurchschnittliche aber deutliche Umsatzeinbußen in Rheinland-Pfalz

Die Corona-Pandemie entwickelte sich Anfang 2020 zu einer globalen Krise, von der alle Bundesländer gleichermaßen betroffen waren. Ein Vergleich der konjunkturellen Entwicklung der rheinland-pfälzischen Industrie in den ersten sieben Monaten mit der in Deutschland zeigt, dass die Umsatzeinbußen insgesamt 1,5 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt lagen. Vor allem in den Monaten April und Mai waren die Umsatzrückgänge in Deutschland stärker ausgeprägt als in Rheinland-Pfalz. Ursächlich für diese Differenz dürften Unterschiede in der Branchenstruktur sein. Das Umsatzminus von 13 Prozent auf der Bundesebene war primär getrieben von einem starken Rückgang im Bereich der Investitionsgüterproduktion, zu der die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie der Maschinenbau zählen.

Rheinland-Pfalz weniger von Investitionsgütern abhängig

Auf die Investitionsgüterproduktion entfielen im entsprechenden Vorjahreszeitraum in Deutschland 47 Prozent der gesamten Industrieumsätze; in Rheinland-Pfalz machte diese Gütergruppe lediglich ein Drittel der Erlöse aus. Daher schlugen sich die starken Einbußen der Investitionsgüterindustrie in Rheinland-Pfalz weniger stark auf das Gesamtergebnis der Industrie nieder als im Bundesdurchschnitt. Stattdessen ist die rheinland-pfälzische Industrie deutlich stärker auf die Produktion von Vorleistungsgütern ausgerichtet. Die Vorleistungsgüterindustrie, zu der u. a. die Chemische Industrie zählt, generiert in Rheinland-Pfalz mehr als die Hälfte der gesamten Industrieumsätze.

Branchen sind unterschiedlich von der Krise betroffen

Maschinenbau und Kfz-Hersteller besonders stark betroffen

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Umsatzentwicklung variierte zwischen den einzelnen Branchen. Die meisten Industriebranchen in Rheinland-Pfalz mussten negative Auswirkungen hinnehmen. Die kräftigsten Umsatzverluste trafen die Wirtschaftsbereiche, deren Umsatzentwicklung bereits im Jahr zuvor einem Abwärtstrend folgte: Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erwirtschafteten von Januar bis Juli ein Fünftel weniger. Die Maschinenbauer erzielten 17 Prozent weniger Erlöse als im Vorjahr. Aber auch die Chemieindustrie, die in Rheinland-Pfalz den größten Anteil am Industrieumsatz hat, musste ein Minus von zwölf Prozent hinnehmen.

T1 Umsatz und Beschäftigte in der Industrie 2020 nach Branchen

	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %												
	Umsatz												Beschäftigte
	Jan – Jul	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Q1	Q2	1. Hj		Jan – Jul
Industrie insgesamt	-11,9	-7,2	0,6	-7,4	-23,7	-24,0	-8,3	-12,1	-19,0	-19,0	-11,8		-1,5
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	4,6	5,7	5,6	18,8	-1,6	-6,8	11,6	0,6	0,7	0,7	3,8		-0,8
Pharmaindustrie	-4,1	-11,9	-0,9	1,7	-3,2	-14,5	4,4	-1,9	-5,0	-5,0	-4,7		1,8
Herstellung von Papier und Pappe	-6,5	-8,3	-10,4	5,8	-6,3	-17,1	-1,1	-7,3	-8,5	-8,5	-7,0		-1,2
Glas- und Keramik-industrie	-6,8	-2,0	-3,8	-4,2	-17,7	-22,0	3,5	0,0	-12,6	-12,6	-9,5		-0,8
Gummi- und Kunststoffindustrie	-10,7	-5,5	-3,8	-5,5	-22,1	-25,4	-3,2	-8,5	-17,4	-17,4	-13,1		-20,0
Chemische Industrie	-11,6	-13,7	-4,2	0,3	-9,4	-20,5	-15,2	-20,0	-15,0	-15,0	-11,8		-3,1
Herstellung von Metallerzeugnissen	-12,1	-6,0	2,6	-9,5	-30,0	-24,1	-6,3	-9,4	-20,5	-20,5	-15,3		-3,1
Metallerzeugung und -bearbeitung	-14,6	-10,4	-3,4	-12,2	-21,7	-25,8	-15,8	-12,3	-21,2	-21,2	-17,0		-0,9
Maschinenbau	-16,5	-3,2	-8,8	-14,8	-38,2	-24,5	-14,3	-7,8	-26,1	-26,1	-20,6		-7,8
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-19,8	-0,1	28,4	-34,8	-63,2	-39,5	-5,9	-12,9	-37,3	-37,3	-26,6		-12,9

Nahrungsmittelindustrie profitiert als einzige Branche

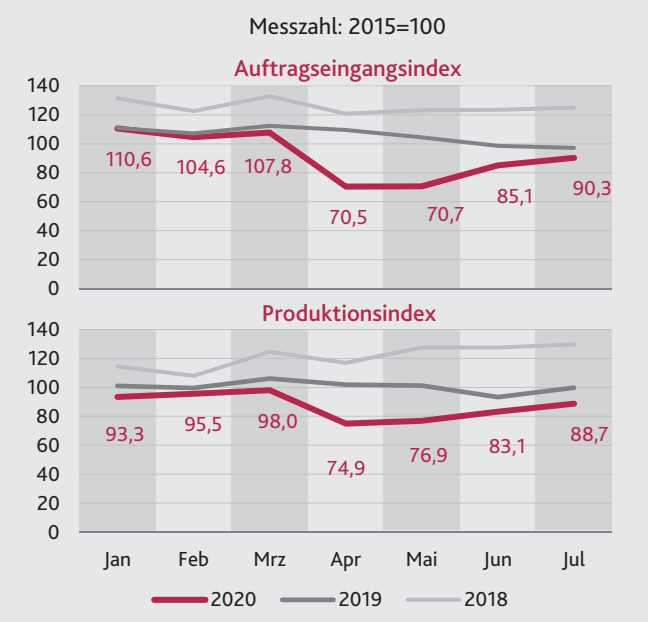
Die Nahrungsmittelindustrie war mit einem Umsatzzuwachs von 4,6 Prozent innerhalb der rheinland-pfälzischen Industrie einer der wenigen Gewinner der Pandemie. Insbesondere im März konnte die Nahrungsmittelproduktion ein Plus von knapp einem Fünftel gegenüber dem Vorjahresniveau verzeichnen.

Nachfrage sinkt im April kräftig

Auftragseingänge gegenüber Vorjahr deutlich rückläufig

Die Auftragseingänge sind ein Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung. Die derzeitige Krise führte sowohl im Inland als global zu gravierenden konjunkturellen Einbrüchen. Die Folge ist eine anhaltende Zurückhaltung hinsichtlich neuer Bestellungen und Aufträge für die Industrie. Schon zu Beginn des Jahres war bei den Aufträgen für das rheinland-pfälzischen Verarbeitende Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr ein Abwärtstrend zu beobachten. Dieser betraf sowohl die Bestellungen aus dem Inland als auch die aus dem Ausland. Auf einen leichten Rückgang im März gegenüber dem Vorjahresmonat folgte im April ein deutliches Nachfragetief. Das Volumen der Auftragseingänge reduzierte sich auf nur noch zwei Drittel der Nachfrage des Vorjahres. Ab Juni entwickelten sich die Auftragseingänge dann wieder günstiger.

G3 Auftragseingangs- und Produktionsindex in der Industrie 2020



Produktion im Verarbeitenden Gewerbe deutlich heruntergefahren

Der Produktionsindex wies einen ähnlichen Trend auf. Im Vergleich zum Produktionsniveau im Frühjahr 2019, mussten Anfang 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum preis-, kalender- und saisonbereinigt Rückgänge in der Produktion hingenommen werden. Dennoch legte die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie bis März im Vorjahresvergleich langsam wieder zu. Die Einführung der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie führte im April und im Mai allerdings zu einem spürbaren Absinken der Produktionsleistung. Demgegenüber nahm die Entwicklung im Juni und Juli wieder einen leicht positiven Verlauf.

Stärkster Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden seit Beginn der Zeitreihen

Ein weiterer Konjunkturindikator ist das Arbeitsvolumen. Die von den rheinland-pfälzischen Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden wiesen ebenfalls aufgrund der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie deutliche Einbrüche auf. So erreichte das individuelle Arbeitsvolumen der Beschäftigten im Monat April den niedrigsten Stand seit Beginn der Zeitreihe: Im Durchschnitt arbeiteten die einzelnen Beschäftigten 5,5 Stunden pro Arbeitstag. Insgesamt nahmen die geleisteten Arbeitsstunden im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des Jahres 2019 um 6,6 Prozent auf 2,2 Milliarden Stunden ab.

Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung liefern tiefergehende Informationen über die Entwicklung der Verdienste im Verarbeitenden Gewerbe. Die Verdienste umfassen die vom Arbeitgeber gezahlten Bruttoverdienste einschließlich Sonderzahlungen wie beispielsweise Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder Leistungsprämien. Zum Ende des ersten Quartals mussten viele rheinland-pfälzische Unternehmen Kurzarbeit beantragen. Das Kurzarbeitergeld zählt zu den Lohnersatzleistungen, die von der Bundesagentur für Arbeit getragen werden. Daher ist das Kurzarbeitergeld in den Verdienstkennzahlen nicht enthalten. Die ab Mitte März einsetzenden Auswirkungen der Corona-Pandemie schlugen sich im ersten Quartal 2020 noch nicht erkennbar auf die Verdienste durch. So konnte im ersten Vierteljahr im Vergleich zum Vorjahresniveau noch eine Zunahme der Gehälter inklusive Sonderzahlungen um 3,3 Prozent verzeich-

Verdienste im zweiten Quartal geringer

Datengrundlage zur Industrie

Die Daten zur Industrie stammen aus dem **Monatsbericht und der Produktionserhebung** für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, zu dem die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten regelmäßig melden. Befragt werden rund 1000 Betriebe. Die Betriebe werden nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit eindeutig einer Industriebranche zugeordnet. Die gemeldeten Umsätze und Beschäftigtenzahlen werden dann vollständig diesem Wirtschaftsbereich zugerechnet, auch wenn der Betrieb noch in weiteren Wirtschaftszweigen tätig ist. Durch die Corona-Krise ist das Verarbeitende Gewerbe in den Monaten März bis Mai wirtschaftlich außerordentlich beeinträchtigt gewesen. Der während dieser Zeit hohe Schätzanteil in den Daten aufgrund der fehlenden Meldungen zur Statistik wurde inzwischen korrigiert, sodass die in diesem Beitrag verwendeten Daten als belastbar eingestuft werden können.

Datengrundlage für die Verdienste ist die **Vierteljährliche Verdiensterhebung**. Im Rahmen der Erhebung werden etwa 2200 Betriebe aus dem Produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich (ohne öffentliche Verwaltung) zu Verdiensten und Arbeitszeiten der Vollzeit- und Teilzeit- sowie der geringfügig Beschäftigten befragt.

net werden. Auf dieses Plus folgte ein deutlicher Einbruch um elf Prozent im zweiten Quartal.

Brutto-stundenlohn stagniert im zweiten Quartal

Mit Blick auf den Bruttostundenlohn fielen die Konsequenzen der Covid-19-Pandemie moderater aus. Im Vergleich zum Vorjahresquartal stieg der Verdienst pro Stunde in ersten Quartal 2020 um vier Prozent. Im zweiten Quartal ging der Stundenlohn, der Sonderzahlungen einschließt, aber um 2,7 Prozent zurück.

Ausblick bleibt unsicher

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie trafen die rheinland-pfälzische Wirtschaft schwer. Historische Umsatzeinbrüche verzeichnete die Industrie in den Monaten April und Mai 2020, da aufgrund der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in diesen Monaten die Produktion teilweise oder komplett zum Stillstand kam. Besonders schwere Rückgänge mussten diejenigen Branchen der rheinland-pfälzische Industrie verbuchen, die sich bereits 2019 in einem Abschwung befanden. Dazu gehörten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, aber auch der Maschinenbau. Lediglich die Nahrungsmittelindustrie konnte in dieser Zeit Umsatzzuwächse verzeichnen. Im Bundesvergleich fallen die Einbußen der Industrie aufgrund der Branchenstruktur in Rheinland-Pfalz weniger stark aus. Die konjunkturellen Entwicklungen der rheinland-pfälzischen Industrie verliefen nach den Lockerungen der Schutzmaßnahmen wieder positiver. Dennoch ist bisher kein Ende der Corona-Pandemie absehbar. Dadurch bleiben auch die Risiken für die Industrie bestehen, die aus weiteren Einschränkungen aufgrund der Ausbreitung des Corona-Virus folgen können.

Dr. Noreen Geenen ist Referentin im Referat „Unternehmensstatistiken“.

Baugewerbe

Das Baugewerbe blieb von den Auswirkungen der ersten Infektionswelle nahezu verschont. Die Umsätze im Bauhauptgewerbe im Zeitraum von Januar bis Juli 2020 haben die Umsätze des entsprechenden Vorjahreszeitraums sogar um 7,6 Prozent übertroffen. Auch die Zahl der Beschäftigten und die geleisteten Arbeitsstunden lagen deutlich über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Anders verlief die Entwicklung bei den Auftragseingängen, die im gleichen Zeitraum um 5,2 Prozent zurückgingen. Während die Auftragseingänge im Januar und Februar die jeweiligen Vorjahreswerte noch übertrafen, blieben die fest akzeptierten Aufträge für baugewerbliche Leistungen von März bis Juni hinter den Monatszahlen aus 2019 zurück.

Bauhauptgewerbe mit auffallend guter Beschäftigten- und Ertragslage

Deutliches Umsatzplus gegenüber Vorjahr

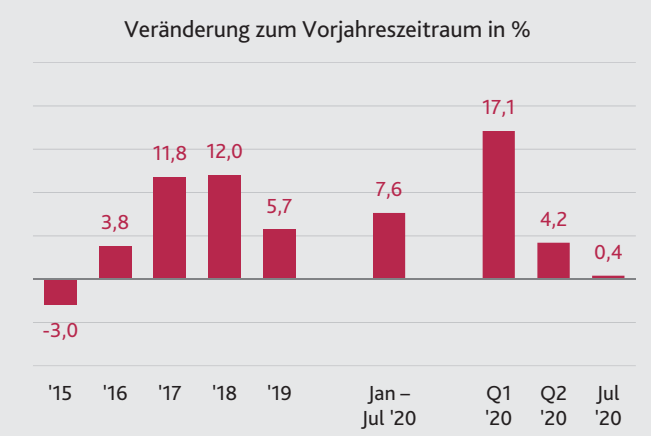
Im bisherigen Jahresverlauf von Januar bis Juli summierten sich die baugewerblichen Umsätze der Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe auf 2,3 Milliarden Euro – verglichen mit dem Vorjahreszeitraum ein Plus von 7,6 Prozent. Damit setzt sich im Baugewerbe auch während der Corona-Krise die positive Entwicklung der letzten vier Jahre fort.

Die Umsätze lagen mit Ausnahme des Monats Mai in allen Monaten über denen des Vorjahreszeitraums. Vor allem das erste Quartal war mit einem Plus von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum sehr stark. Die Umsätze übertrafen die der ersten Quartale der vergangenen vier Jahre zum Teil deutlich. Im zweiten Quartal lagen die Umsätze zwar immer noch über denen des zweiten Quartals des Vorjahres, der Abstand verringerte sich jedoch deutlich (+4,2 Prozent). Der Umsatzvorsprung gegenüber dem Vorjahreszeitraum schrumpfte im April merklich. Im Mai lagen die Umsätze dann gegenüber dem Vorjahreszeitraum erstmals im Minus (–6,2 Prozent). Der Umsatzrückgang im Mai fand branchenweit statt und lässt sich nicht auf einzelne größere Betriebe zurückführen. Jedoch war der Mai 2019 ein besonders warmer und trockener Monat, der die Durchführung von Bauvorhaben spürbar begünstigte. Hinzu kommt, dass der Mai des Vorjahres zwei Arbeitstage mehr hatte. Er war sogar der umsatzstärkste Mai der vorangegangenen zehn Jahre, so dass es nicht überrascht, dass der Mai 2020 hinter diesem Spitzenwert zurückblieb. Ein Corona-Effekt, wie er in anderen Branchen im April und im Mai in den Statistiken deutlich sichtbar war, zeigt sich im Baugewerbe also nicht.

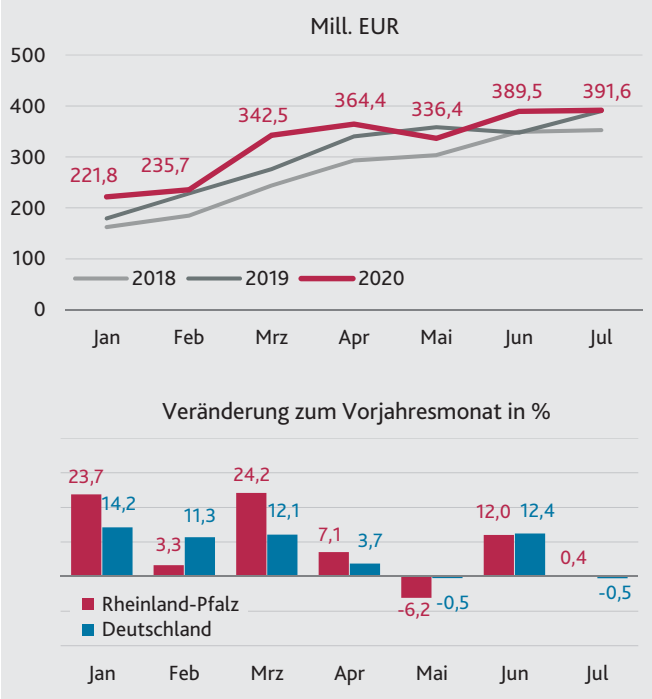
Kein „Corona-Einbruch" im Bauhauptgewerbe

Im Juni lagen die Umsätze wieder deutlich über dem Vorjahresmonat, dabei spielt

G1 Umsätze im Bauhauptgewerbe



G2 Umsätze im Bauhauptgewerbe 2020 nach Monaten



sicher auch die Lage der Feiertage eine Rolle, denn der Juni 2020 hatte zwei Arbeitstage mehr als der Juni 2019. Im Juli erwirtschafteten die befragten Betriebe einen baugewerblichen Umsatz von 391,6 Millionen Euro, das waren 0,4 Prozent mehr als im Juli 2019.

Beschäftigtenzahl 2020 auf Rekordniveau

Die Zahl der tätigen Personen in den bauhauptgewerblichen Betrieben in Rheinland-Pfalz mit 20 und mehr tätigen Personen erreichte im Juli einen langjährigen Spitzenwert von 22 600, das waren 4,7 Prozent mehr als im Juli 2019. Auch in allen früheren Monaten des Jahres lag die Zahl der tätigen Personen über der Marke von 22 000 Beschäftigten und damit stets über den entsprechenden Monatswerten des Jahres 2019.

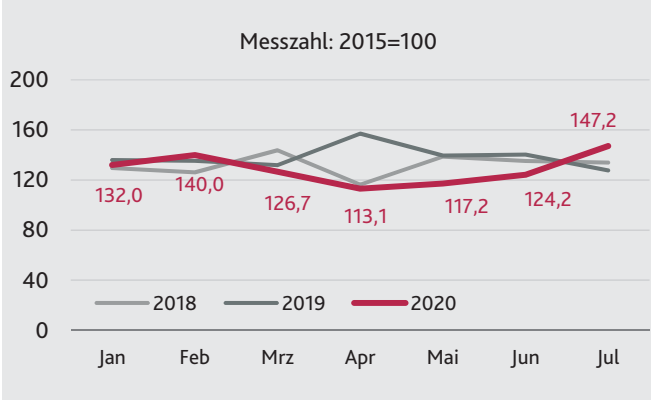
Im bisherigen Jahresverlauf von Januar bis Juli 2020 wurden im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe insgesamt 15,6 Millionen Arbeitsstunden geleistet, womit gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ein deutliches Plus in Höhe von 9,4 Prozent erzielt wurde. Mit Ausnahme des Monats Mai, der mit 19 Arbeitstagen zwei Arbeitstage weniger hatte als der Mai des Vorjahres, wurden bis einschließlich Juli in allen übrigen Monaten mehr Arbeitsstunden geleistet als 2019. Der Mai 2020 lag um 1,1 Prozent unter dem Mai 2019.

Auftragseingänge spiegeln Krisenverlauf

Auftragseingänge verhalten sich sensibler

Durchwachsener verlief die Entwicklung der Auftragseingänge. Von Januar bis Juli erreichten die nominalen, nicht preisbereinigten Auftragseingänge insgesamt einen Umfang von 2,1 Milliarden Euro – ein Minus von 5,2 Prozent verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. In der monatlichen Entwicklung von Januar bis Juli spiegelt sich – anders als bei den Umsätzen und der Beschäftigung – jedoch der Krisenverlauf. Während die Auftragseingänge vor bzw. zu Beginn der Corona-Krise in den Monaten Januar und Februar die jeweiligen Vorjahreswerte noch übertrafen, blieben die fest akzeptierten Aufträge für baugewerbliche Leistungen in den Monaten März bis Juni hinter den Monatszahlen von 2019 zurück. Im März lag das Minus bei den Auf-

G3 Auftragseingangsindex im Bauhauptgewerbe 2020



Erholung der Auftragseingänge ab Juli

tragseingängen gegenüber dem Vorjahresmonat noch bei moderaten 2,1 Prozent. Der April war der Monat, in dem die erste Infektionswelle die größten Auswirkungen auf die Wirtschaft entfaltete. In diesem Monat gingen parallel dazu auch die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deutlich zurück: Sie lagen um 29 Prozent unter denen des Vorjahresmonats. Im Mai und Juni zeichnete sich bereits eine Erholung ab und das Minus gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten schrumpfte im Mai auf –15,5 Prozent und im Juni auf –13 Prozent. Im Juli überschritten die Auftragseingänge wieder den Vorjahresmonat, und zwar deutlich. Mit einem Volumen von 335,7 Millionen Euro übertrafen die Auftragseingänge den Juli des Vorjahres um 17 Prozent.

Zu berücksichtigen ist auch hier ein gewisser Basiseffekt, da ähnlich wie schon 2018 die kumulierten Auftragseingänge im Jahr 2019 nominal auf einem sehr hohen Niveau lagen. Jedoch spiegelt diese Entwicklung sicherlich auch die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Unsicherheit über den zukünftigen konjunkturellen Verlauf wider.

Umsatzzuwächse bei Hoch- und Tiefbau

Umsatzplus bei allen Bauarten – Tiefbau schwächelt im Juli

Die positive Umsatzentwicklung im bisherigen Jahresverlauf ist sowohl auf den Hochbau (+7,6 Prozent) als auch auf den Tiefbau (+7,7 Prozent) zurückzuführen. Im Hochbau zeigte sich der Wohnungsbau mit einem Plus von zwölf Prozent sehr dynamisch und im Tiefbau legte der öffentliche Tiefbau besonders deutlich zu (+19 Prozent). Bei der Betrachtung der einzelnen Monate fallen insbesondere die Entwicklungen im Mai und Juli auf. Die Rückgänge im Mai werden – wie bereits beschrieben – von zwei Effekten beeinflusst: Zum einen war der Vorjahresmonat sehr stark, zum anderen hatte der Mai 2020 zwei Arbeitstage weniger. Im Juli hingegen scheint im Vergleich zum Vorjahresmonat vor allem der Tiefbau zu schwächeln (–7,5 Prozent). Hier ist jedoch ebenfalls zu bemerken, dass der Juli 2019 ein sehr guter Monat für den Tiefbau war. Der Hochbau liegt gegenüber dem Juli 2019 zwar deutlich im Plus (+9,8 Prozent), dieses wird jedoch vor allem vom Wohnungsbau getragen. Die Umsätze im öffentlichen Hochbau sind aufgrund der Abhängigkeit von Großprojekten grundsätzlich sehr schwankend.

T1 Umsatz im Bauhauptgewerbe 2020 nach Bauart und Auftraggeber

	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %										
	Jan – Jul	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Q1	Q2	1. Hj
Insgesamt	7,6	23,7	3,3	24,2	7,1	-6,2	12,0	0,4	17,1	4,2	9,3
Hochbau	7,6	14,1	-1,9	26,5	5,4	-11,3	14,6	9,8	13,1	2,8	7,2
Wohnungsbau	12,2	15,5	-13,2	45,2	-5,0	-12,8	12,3	52,7	15,6	-2,5	5,3
Gewerblicher und industrieller Hochbau	4,3	4,8	6,3	8,6	15,9	-11,2	12,2	-5,4	6,8	5,7	6,2
Öffentlicher Hochbau	6,7	37,1	3,5	38,0	1,3	-7,9	27,0	-23,7	26,1	6,5	14,6
Tiefbau	7,7	36,4	10,9	21,5	8,8	-1,2	9,5	-7,5	22,1	5,6	11,6
Gewerblicher Tiefbau, Bahn, Post	5,1	46,2	21,3	13,2	14,6	-8,7	-5,1	-10,3	23,0	0,1	8,7
Straßenbau	2,0	26,7	5,0	24,0	6,7	-9,8	4,3	-14,3	19,2	0,0	6,6
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	19,4	44,8	9,7	26,1	6,8	21,0	33,2	7,8	25,3	20,4	22,3

Auftragseingänge im Tiefbau rückläufig

Auch die Entwicklung der Auftragseingänge verlief im Tiefbau ungünstiger als im Hochbau. Der Wohnungsbau und der öffentliche Hochbau waren im Zeitraum von Januar bis Juli maßgeblich für das Plus von 3,2 Prozent im gesamten Hochbau gegenüber dem Vorjahreszeitraum verantwortlich. Auf der anderen Seite blieben die Auftragseingänge im Tiefbau in den Monaten von Januar bis Juli um 11,5 Prozent hinter den Vorjahreswerten zurück. Dazu trugen die Monate von Februar bis Mai bei, in denen das Auftragseingangsvolumen im Tiefbau immer unter dem jeweiligen Vorjahresmonat lag. Nach einem geringen Auftragsplus im Juni (+0,4 Prozent) lagen die Auftragseingänge im Juli im Tiefbau gegenüber dem Vorjahresmonat wieder deutlich im Minus (–9,8 Prozent). Das große Plus, dass sich im Vorjahresvergleich im Juli bei den kumulierten Auftragseingängen im gesamten Bauhauptgewerbe (+17 Prozent) zeigte, ging also alleine auf den Hochbau zurück.

Entwicklung in Rheinland-Pfalz günstiger als in Deutschland

Auch deutschlandweit Umsatzplus bis April 2020

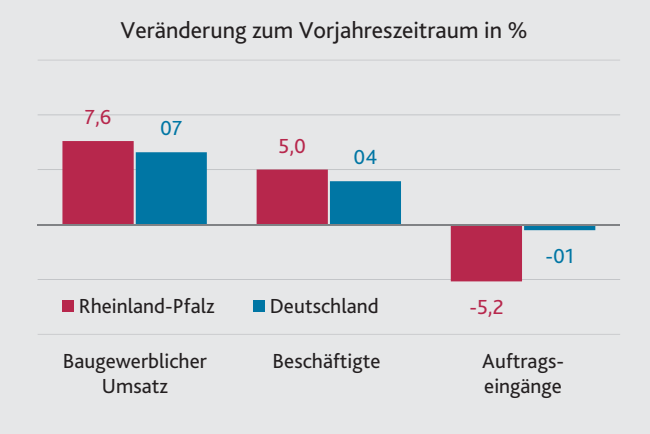
Die Entwicklung im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe im Zeitraum von Januar bis Juli 2020 ist mit der Entwicklung in Deutschland in Bezug auf den grundsätzlichen Verlauf vergleichbar. Dabei ist zu beachten, dass die Veränderungsraten in Rheinland-Pfalz alleine schon aufgrund der kleineren Zahlen der Betriebe stärkeren Schwankungen unterliegen (Rheinland-Pfalz: 440 Betriebe im Juli 2020; Deutschland: 9 117 Betriebe). Auch in Deutschland lagen die Umsätze in den meisten Monaten des bisherigen Jahresverlaufs deutlich im Plus. Aufgrund der höheren Wachstumsraten in Rheinland-Pfalz im Januar und März fiel das erste Quartal für Rheinland-Pfalz günstiger aus. Im Mai sank der baugewerbliche Umsatz in Deutschland hingegen nur leicht um 0,5 Prozent gegenüber dem Mai 2019, in Rheinland-Pfalz fiel der Rückgang mit –6,2 Prozent deutlich stärker aus. Dies hatte ein schwächeres zweites Quartal in Rheinland-Pfalz zur Folge (+4,2 Prozent gegenüber +5,2 Prozent in Deutschland). Im gesamten Jahresverlauf war die Entwicklung in Rheinland-Pfalz jedoch bei den Umsätzen in der Summe etwas günstiger als in Deutschland. Im gesamten Analysezeitraum von Januar bis Juli stieg der Umsatz im Bauhauptgewerbe im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Deutschland um 6,6 Prozent (Rheinland-Pfalz: +7,6 Prozent). Dies trifft auch auf die Beschäftigung zu: Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 3,9 Prozent (Rheinland-Pfalz: +5 Prozent).

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten von Januar bis Juli hierzulande etwas deutlicher im Plus

Auftragseingänge erholen sich in Deutschland schneller

Unterschiedlich entwickelten sich die Auftragseingänge. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sanken die Auftragseingänge in den ersten sieben Monaten des Jahres 2020 in Deutschland nominal um 0,5 Prozent, in Rheinland-Pfalz um 5,2 Prozent.

G4 Entwicklung Bauhauptgewerbe von Januar bis Juli 2020



Anders als hierzulande lagen die kumulierten Auftragseingänge im Tiefbau von Januar bis Juli in Deutschland – wenn auch nur leicht – über denen des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (+1 Prozent). Auch die Erholung der Auftragseingänge setzte in Deutschland insgesamt früher ein. Bereits im Juni lagen sie wieder im Plus (+9,2 Prozent; Rheinland-Pfalz –13 Prozent), hierzulande erst im Juli.

Fazit

Zweites Quartal bleibt hinter erstem Quartal zurück

Die aufgrund der Corona-Pandemie getroffenen Einschränkungen ab März 2020 hatten im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe keinen unmittelbar erkennbaren negativen Einfluss auf die Ertragslage und die Beschäftigungssituation. Auch die geleisteten Arbeitsstunden blieben auf hohem Niveau. Auffällig ist allerdings die unterschiedliche Entwicklung in den beiden ersten Quartalen des Jahres 2020. Im zweiten Quartal stiegen die Umsätze gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres nur noch um 4,2 Prozent, während im ersten Quartal 2020 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Umsatzplus in Höhe von 17 Prozent erwirtschaftet werden konnte.

Auftragseingänge spiegeln Unsicherheit – Erholung hauptsächlich im Hochbau

Auch die Auftragseingänge, die in den ersten sieben Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Rheinland-Pfalz und in Deutschland sanken, deuten darauf hin, dass die Auftraggeber sich aufgrund der aktuellen Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Pandemie und der Konjunktur eher verhalten zeigen. Betroffen ist in Rheinland-Pfalz insbesondere der Tiefbau, der bereits im Juli Umsatzeinbußen gegenüber dem Vorjahresmonat hinnehmen musste. Diese Einbußen könnte schon aus den gesunkenen Auftragseingängen resultieren. die deutliche Steigerung der Auftragseingänge im Juli geht in Rheinland-Pfalz alleine auf den Hochbau zurück.

Grundsätzlich zeigte sich das Baugewerbe während der ersten Infektionswelle sehr robust. Dies wurde sicherlich dadurch begünstigt, dass die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung das Baugewerbe weitgehend nicht betrafen. Es mussten zwar auch hier Hygienemaßnahmen beachtet werden, Betriebsschließungen gab es jedoch nicht. Es ist allerdings fraglich, ob sich das Baugewerbe dauerhaft von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abkoppeln kann.

Datengrundlage Baugewerbe

Für den **Monatsbericht im Bauhauptgewerbe** werden monatlich Betriebe des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen befragt. Erhoben werden die tätigen Personen, Entgelte und nach Bauarten die geleisteten Arbeitsstunden, Umsätze sowie Auftragseingänge. Die Daten fließen in die Konjunkturanalyse und die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) ein. Die verschiedenen Wirtschaftsbereiche der Volkswirtschaft sind unterschiedlich stark von der Corona-Krise betroffen. Obwohl die Durchsetzbarkeit der Meldepflicht auch im Monatsbericht im Bauhauptgewerbe aufgrund dieser Situation eingeschränkt war, sind die Ergebnisse der Statistik valide. Der Schätzanteil fehlender Meldungen zur Statistik ist gering und liegt nur leicht über dem sonst üblichen Maß.

Rainer Klein, Diplom-Ökonom leitet das Referat „Unternehmensstatistiken“.

Einzelhandel und Kfz-Handel

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie trafen die verschiedenen Zweige des Einzelhandels sehr unterschiedlich. Komplette Geschäftsschließungen in einzelnen Bereichen führten dort zu deutlichen Umsatzverlusten. Die erhöhte Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs zog im Einzelhandel mit Lebensmitteln hingegen steigende Einnahmen nach sich. Im gesamten Zeitraum von Januar bis Juli schloss der Einzelhandel preisbereinigt mit einem Umsatzplus von vier Prozent gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum 2019 ab. Der Kfz-Handel einschließlich Instandhaltung und Reparatur verfehlte seine Umsätze des entsprechenden Vorjahreszeitraums deutlich um elf Prozent.

Entwicklung im Einzelhandel und Kfz-Handel unterschiedlich

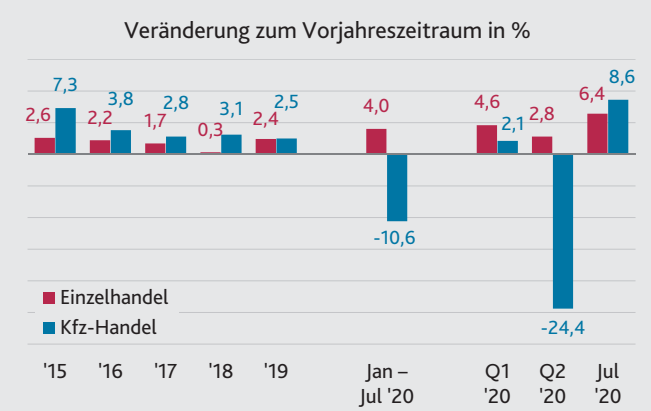
Einzelhandel insgesamt im Plus; Beschäftigung stabil

Die Umsätze im Einzelhandel und im Kfz-Handel entwickelten sich in dem durch die erste Welle der Corona-Pandemie geprägten Zeitraum von März bis Juli sehr unterschiedlich. Der Einzelhandel verzeichnete in diesem Zeitraum ein Plus von 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Insbesondere der von den Geschäftsschließungen verschonte Lebensmitteleinzelhandel trug zu der meist positiven Umsatzentwicklung in den einzelnen Monaten bei. Lediglich im April 2020 lag der preisbereinigte Umsatz im gesamten Einzelhandel um 2,3 Prozent unter dem Wert des Vorjahresmonats. Im Juli lag das reale Umsatzplus gegenüber dem Juli 2019 sogar bei 6,4 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten im gesamten Einzelhandel stieg im Zeitraum von März bis Juli. Die Zunahme der Zahl der Beschäftigten im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten schwankte hier zwischen +0,7 und +1,4 Prozent.

Kfz-Handel mit deutlichen Einbußen im ersten Halbjahr

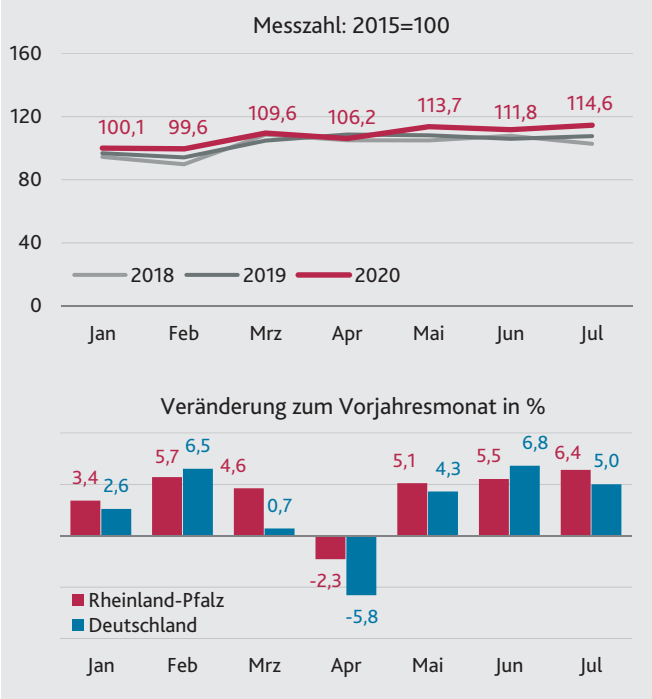
Nach einem schwachen Jahresstart kam es im Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) mit dem Inkrafttreten der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu erheblichen realen Umsatzeinbrüchen. Massive Einbußen waren im April und Mai zu verzeichnen: Im April betrug das Defizit 36 Prozent und im Mai 27 Prozent. Nach einem deutlich besser verlaufenden Juni verbuchte dieser Bereich im Juli einem Umsatzzuwachs von 8,6 Prozent gegenüber dem Juli 2019. Trotz der zum Teil hohen Umsatzverluste blieb aufgrund der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Beschäftigtenstand relativ stabil. Die Zahl der Beschäftigten lag von Januar bis Juli stets leicht über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats.

G1 Umsätze (preisbereinigt) im Einzelhandel und Kfz-Handel[1]

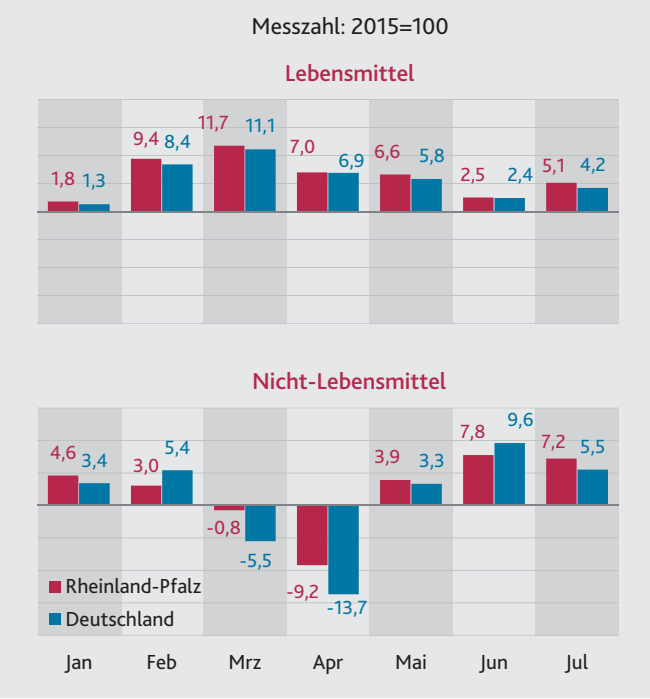


1 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur.

G2 Umsätze (preisbereinigt) Einzelhandel 2020 nach Monaten



G3 Umsätze (preisbereinigt) mit Lebensmitteln und Nicht-Lebensmitteln 2020 nach Monaten



Einzelhandel mit Lebensmitteln durchgängig im Plus

„Hamsterkäufe" von Lebensmitteln im März

Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen konnten die Einzelhändler mit Lebensmitteln in dem von der ersten Corona-Welle geprägten Zeitraum steigende Umsätze verbuchen. Die größte Zuwachsrate gab es hier mit +12 Prozent im März. Das Plus dürfte zum Teil Folge der „Hamsterkäufe" sein, die bereits vor dem Lockdown zu einer verstärkten Nachfrage nach ausgewählten Lebensmitteln führten. In den Folgemonaten fielen die Umsatzzuwächse geringer aus und lagen im Juli bei 5,1 Prozent.

Die Händler von Nicht-Lebensmitteln mussten hingegen einen deutlichen Einbruch hinnehmen. Die Schließung der Geschäfte im Rahmen der Corona-Schutzmaßnahmen wirkte sich negativ auf den Umsatz aus und im März und April kam es zu Einbußen in Höhe von –0,8 bzw. –9,2 Prozent im Vergleich zu den Vorjahresmonaten. Im Zuge der Lockerungen konnte auch der Einzelhandel im Bereich „Nicht-Lebensmittel" seine Waren wieder in gewohnter Weise anbieten. Ab Mai waren die Umsätze dann auch hier wieder höher als im jeweiligen Vorjahresmonat. Im Juni und Juli übertrafen die Erlössteigerungen im Bereich „Nicht-Lebensmittel" sogar die Zuwächse im Lebensmittelbereich. Möglicherweise kam es bei den Nicht-Lebensmitteln zu einem Nachholeffekt und der Konsum dieser Güter stieg aufgrund der Verknappung durch die vorherigen Geschäftsschließungen.

Handel mit Nicht-Lebensmitteln holt im Juni und Juli auf

Die unterschiedliche Umsatzentwicklung spiegelt sich auch in der Situation der Beschäftigten. Im Einzelhandel mit Lebensmitteln nahm die Zahl der Beschäftigten von Januar bis Juli im Vergleich zum Vorjah-

Beschäftigung im Lebensmittelbereich nimmt zu

reszeitraum um 3,5 Prozent zu. Im Handel mit Nicht-Lebensmitteln waren im bisherigen Jahresverlauf etwas weniger Personen beschäftigt als im vergleichbaren Zeitraum 2019 (–0,4 Prozent).

Umsatzrückgang im April im deutschen Einzelhandel höher

Umsätze im deutschen Einzelhandel gehen um 5,8 Prozent zurück

Bei einem grundsätzlich vergleichbaren Verlauf fiel der Rückgang der Erlöse in der Hochphase der ersten Infektionswelle in Rheinland-Pfalz weniger deutlich aus als im gesamtdeutschen Einzelhandel. Im März lagen die Umsätze hierzulande sogar noch 4,6 Prozent über dem Vorjahresmonat, in Deutschland waren es nur noch 0,7 Prozent. Auch der Einbruch im April verlief in Rheinland-Pfalz moderater. Die preisbereinigten Umsätze gingen nur um 2,3 Prozent zurück, im Bundesdurchschnitt waren es 5,8 Prozent.

Ursächlich für den positiveren Verlauf in Rheinland-Pfalz war die bessere Entwicklung im Handel mit Nicht-Lebensmitteln. Während die Umsätze im Handel mit Lebensmitteln in Rheinland-Pfalz und Deutschland in ähnlichem Ausmaß zunahmen, brachen die Erlöse im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln in Deutschland stärker ein (März: Rheinland-Pfalz –0,8 Prozent, Deutschland –5,5 Prozent; April: Rheinland-Pfalz –9,2 Prozent, Deutschland –13,7 Prozent). Ab Mai waren die Erlöse im Einzelhandel mit Lebensmitteln und mit Nicht-Lebensmitteln sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Deutschland wieder höher als im jeweiligen Vorjahresmonat. Besonders im Juni und Juli zog auch deutschlandweit der Konsum außerhalb des Lebensmittelbereichs wieder an und die Erlöse lagen nun deutlich über denen der Vorjahresmonate. Der Nachholeffekt scheint jedoch in Deutschland im Juni ausgeprägter gewesen zu sein als hierzulande: In Deutschland generierten die Einzelhändler von Nicht-Lebensmitteln im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im Bundesdurchschnitt mit einem Plus von fast zehn Prozent einen höheren Zuwachs als in Rheinland-Pfalz (+7,8 Prozent).

Nachholeffekt im Juni in Deutschland ausgeprägter

T1 Umsätze (preisbereinigt) und Beschäftigung im Einzelhandel 2020 nach Handelssegmenten

Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %

	Umsatz										Beschäftigte
	Jan – Jul	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Q1	Q2	1. Hj	Jan – Jul
Einzelhandel insgesamt	4,0	3,4	5,7	4,6	-2,3	5,1	5,5	6,4	4,6	2,8	3,6	1,2
EH mit Lebensmitteln	6,3	1,8	9,4	11,7	7,0	6,6	2,5	5,1	7,7	5,4	6,5	3,5
EH mit Nicht-Lebensmitteln	2,3	4,6	3,0	-0,8	-9,2	3,9	7,8	7,2	2,2	0,8	1,4	-0,4
Waren verschiedener Art	5,8	1,8	8,9	10,1	5,6	6,6	2,3	4,9	7,1	4,8	5,9	3,8
Geräten der IKT[1]	-6,4	3,7	-0,6	-24,9	-39,7	4,4	-1,8	13,2	-7,2	-11,9	-9,5	-2,6
Sonstige Haushaltsgeräte, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	7,8	3,2	3,1	-0,5	0,1	13,2	14,3	19,9	1,7	9,2	5,7	1,4
Sportausrüstungen, Verlagserzeugnisse und Spielwaren	10,6	7,8	3,5	-20,5	-10,1	33,5	36,7	17,9	-4,2	19,4	8,9	0,1
EH mit sonstigen Gütern	-2,8	7,5	3,6	0,1	-19,5	-9,3	0,4	-0,3	3,7	-9,6	-3,3	-0,2

1 Informations- und Kommunikationstechnik.

Starke Nachfrage bei Fahrrädern und Heimwerkerbedarf

Handel mit „Sonstigen Haushaltsgeräten, Heimwerker- und einrichtungsbedarf" im Plus

Die positive Entwicklung im Einzelhandel mit Lebensmitteln prägt auch das Entwicklungsmuster der einzelnen Handelssegmente. So verbuchte der Handel mit „Waren verschiedener Art", zu dem u. a. Supermärkte und SB-Warenhäuser zählen, in den Monaten der Corona-Krise einen Umsatzzuwachs. Im umsatzstarken „Handel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf" war lediglich im März ein leichtes Minus zu verzeichnen. Im April lagen die Erlöse auf Vorjahresniveau, in den folgenden Monaten deutlich darüber. Die Zuwächse kamen insbesondere aus dem Handel mit „Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf" sowie „elektrischen Haushaltsgeräten".

Handel mit „Sportausrüstungen, Verlagserzeugnissen und Spielwaren" holt deutlich auf

Der Einzelhandel mit „Sportausrüstungen, Verlagserzeugnissen und Spielwaren" brach zwar im März und im April kräftig ein, die Umsätze in den darauf folgenden drei Monate lagen aber so deutlich über dem Vorjahresniveau, dass die Erlöse für Januar bis Juli ein Plus von fast elf Prozent aufwiesen. Ursächlich hierfür war vor allem der Boom im Einzelhandel mit Fahrrädern.

Einbußen bei Unterhaltungselektronik sowie bei Bekleidung und Schuhen

Nicht von der Krise profitieren konnte der „Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik". Einem Zuwachs beim Einzelhandel mit DV-Geräten und Software sowie Telekommunikationsgeräten stand ein Rückgang beim Handel mit Geräten der Unterhaltungselektronik gegenüber. Der „Einzelhandel mit sonstigen Gütern" war ebenfalls stark vom Lockdown betroffen. Dieser Bereich ist allerdings sehr heterogen. Wesentliche Gründe für das Minus sind Einbußen im Handel mit Bekleidung und Schuhen. Diese Rückgänge konnten auch durch ein Umsatzplus z. B. bei den Apotheken oder im Einzelhandel mit „Blumen, Pflanzen, Sämereien, Düngemitteln usw." nicht ausgeglichen werden.

Datengrundlage Einzelhandel

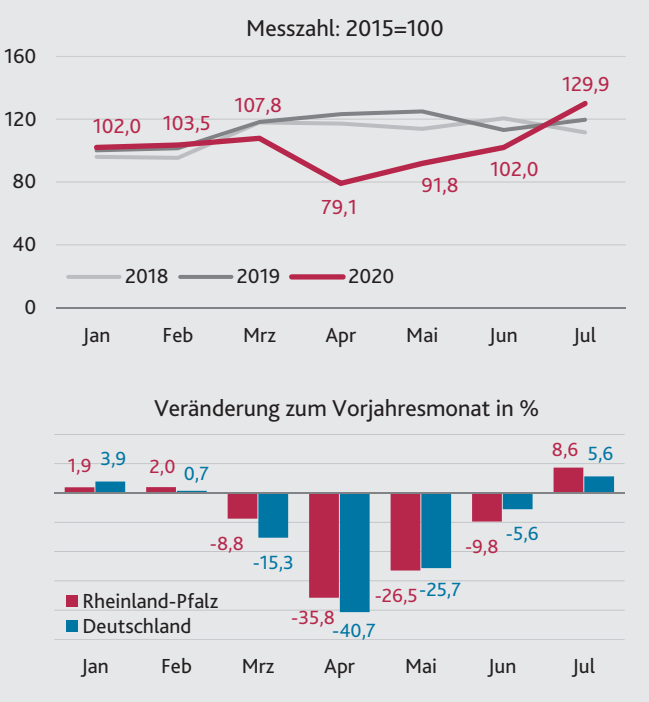
Die Daten zum **Einzelhandel** stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei ausgewählten Einzelhandelsunternehmen in Rheinland-Pfalz. Durch das Handelsstatistikgesetz wird die Zahl der zu befragenden Einheiten auf höchstens 8,5 Prozent aller Unternehmen begrenzt. Die Angaben für Filialbetriebe von Einzelhandelsketten mit Sitz in einem anderen Bundesland sind in den Ergebnissen enthalten.

Onlinehandel nimmt sprunghaft zu

Die Bedeutung des Internethandels hat durch die Corona-Krise weiter zugenommen. Allerdings lässt sich dieser Trend anhand der Statistik nicht genau abbilden, da der stationäre Handel den Umsatzanteil aus dem Onlinegeschäft nicht gesondert ausweisen muss. Einen Hinweis bietet die Entwicklung des „Einzelhandels nicht in Verkaufsräumen", zu dem der Brennstoffhandel, der Versandhandel sowie diejenigen Händler zählen, die ihre Waren ausschließlich über das Internet anbieten. Dieses Handelssegment verzeichnete von Januar bis Juli ein kräftiges Umsatzplus von 16 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Anstieg konzentriert sich insbesondere auf die Monate März bis Juni. Hier legten die Erlöse gegenüber dem Vorjahreszeitraum durchschnittlich um 25 Prozent zu.

Mit den zum Teil deutlichen Umsatzeinbrüchen in einzelnen Segmenten des Einzelhandels kam es zu Freisetzungen von Arbeits-

G4 Umsätze (preisbereinigt) Kfz-Handel 2020 nach Monaten



Beschäftigung im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln unter Vorjahresniveau

kräften. Nur der Einzelhandel mit „Waren verschiedener Art" mit dem Schwerpunkt „Lebensmittel" und der Bereich „Sonstige Haushaltsgeräte, Handwerker- und Einrichtungsbedarf" konnten in Vergleich zu dem Vorjahr mehr Mitarbeitende beschäftigen. Der Bereich „Sportausrüstungen, Verlagserzeugnisse und Spielwaren" wies insgesamt von Januar bei Juli im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum eine stabile Beschäftigung auf. Diese Bereiche konnten jedoch den Rückgang im übrigen Handel mit Nicht-Lebensmitteln nicht kompensieren, vor allem im April und Mai lag die Beschäftigtenzahl fast zwei Prozent unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats.

Höhere Einbußen im Kfz-Handel in Deutschland

Auch die Entwicklung der Erlöse im Kfz-Handel zeigt in Rheinland-Pfalz und für Deutschland grundsätzlich einen ähnlichen Verlauf. Im März und April gingen jedoch auch hier die Umsätze in Deutschland deutlicher zurück als in Rheinland-Pfalz. In den Monaten Mai und Juni, in denen eine sichtbare Erholung stattfand, waren die Einbußen für die Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr in Rheinland-Pfalz höher als im bundesweiten Durchschnitt. Besonders im Juni waren die Umsätze in Deutschland mit einem Minus von 5,6 Prozent wieder näher an den Vorjahreswerten als in Rheinland-Pfalz mit –9,8 Prozent. Die Erholung konzentrierte sich in Rheinland-Pfalz eher auf den Juli und verlief in diesem Monat mit einem Plus von 8,6 Prozent dynamischer als im Bundesdurchschnitt (+5,6 Prozent).

Einbußen auch im Kfz-Handel deutschlandweit im März und April höher als in Rheinland-Pfalz

Kein Beschäftigungsabbau im rheinland-pfälzischen Kfz-Handel

Bundesweit Beschäftigungsabbau vor allem bei Teilzeitkräften

Im Gegensatz zur bundesdurchschnittlichen Entwicklung kam es im Kfz-Handel in Rheinland-Pfalz im Betrachtungszeitraum von März bis Juli im Vergleich zu den jeweiligen Vormonaten zu keinem Beschäftigungsabbau. Mit monatlichen Veränderungsraten von bis zu knapp über einem Prozent wurde in Rheinland-Pfalz sogar etwas mehr Personal beschäftigt als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Im Durchschnitt aller Länder lagen die Beschäftigtenzahlen von April bis Juli dagegen unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats. Die Spannweite der Abnahmen reicht von –0,7 bis –1,4 Prozent. Bundesweit zählen zu den großen Verlierern der Krise die Teilzeitkräfte: die monatlichen Vergleichswerte zeigten dreimal so hohe Rückgänge wie bei den Vollzeitbeschäftigten.

T2 Umsätze (preisbereinigt) und Beschäftigung im Kfz-Handel 2020 nach Handelssegmenten

	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %												
	Umsatz												Beschäftigte
	Jan – Jul	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Q1	Q2	1. Hj	Jan – Jul
Kfz-Handel	-10,6	1,9	2,0	-8,8	-35,8	-26,5	-9,8	8,6	2,1	-24,4	-13,9	1,0
Handel mit Kraftwagen	-16,7	-0,8	-1,6	-14,6	-49,5	-34,7	-18,5	9,2	-6,1	-34,5	-21,2	0,8
Instandhaltung und Reparatur	-10,3	0,5	-4,9	-3,4	-23,5	-26,0	-10,6	-1,1	-2,7	-20,3	-12,0	0,2
Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör	5,8	9,9	18,4	6,1	-6,7	-5,9	14,1	9,8	11,1	-0,2	5,1	2,1

Vergleichsweise günstige Entwicklung im Handel mit Teilen und Zubehör

Handel mit Kraftwagen bricht im April um bis zu 50 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ein

Im Kfz-Handel lagen die Erlöse in den Handelssegmenten „Handel mit Kraftwagen“ und „Instandhaltung und Reparatur“ von März bis Juni im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zum Teil sehr deutlich im Minus. Der Handel mit Kraftwagen brach im April um fast 50 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ein. Wesentlich günstiger entwickelte sich der „Handel mit Kfz-Teilen und -zubehör“. Hier waren die Umsatzrückgänge viel moderater als im Kfz-Handel insgesamt. Außerdem setzten die Folgen der Krise erst später ein, denn im März stiegen die Umsätze im Vorjahresvergleich noch. Auch die Erholung verlief dynamischer als in den anderen beiden Segmenten des Kfz-Handels; im Juni konnte wieder ein Umsatzzuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat verbucht werden. Einen Monat später erzielte auch der gesamte Kfz-Handel ein Plus. Lediglich bei der „Instandhaltung und Reparatur von Kfz“ lagen die Umsätze im Juli noch mit –1,1 Prozent unter dem Vorjahresmonat.

Datengrundlage Kfz-Handel

Die **Erhebung im Kfz-Handel einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz** wird als Vollerhebung bei allen Unternehmen des Kraftfahrzeughandels durchgeführt, die mindestens 100 Beschäftigte haben oder mindestens 10 Millionen Euro Jahresumsatz erzielen. Die Angaben der übrigen Unternehmen werden aus Verwaltungsdaten übernommen. Da die Durchsetzbarkeit der Meldepflicht während der Corona-Krise eingeschränkt war, wurden im Zeitraum von März bis Mai Zuschätzungen vorgenommen um die fehlenden Statistikmeldungen zu kompensieren.

Ausblick

Zukünftige Maßnahmen und Konsumverhalten beeinflussen Handel

Die Corona-Pandemie hat die einzelnen Zweige des Einzelhandels sehr unterschiedlich getroffen. Ein Gewinner war sicherlich der Lebensmittel-Einzelhandel, jedoch gibt es auch deutliche Verlierer. Aber auch unter den Segmenten, die von den Auswirkungen der Pandemie stärker betroffen waren, ist die Lage unterschiedlich: Der Erholungsprozess verlief in manchen Segmenten positiver als in anderen. Wie es den Unternehmen in Zukunft gelingt, unter den veränderten Rahmenbedingungen erfolgreich Umsätze zu erzielen, bleibt abzuwarten. Neben dem zukünftigen Verlauf der Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen hängt dies auch von einer möglichen nachhaltigen Beeinflussung des Konsumverhaltens der Verbraucherinnen und Verbraucher ab.

Petra Wohnus, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Unternehmensstatistiken“.

Tourismus und Gastgewerbe

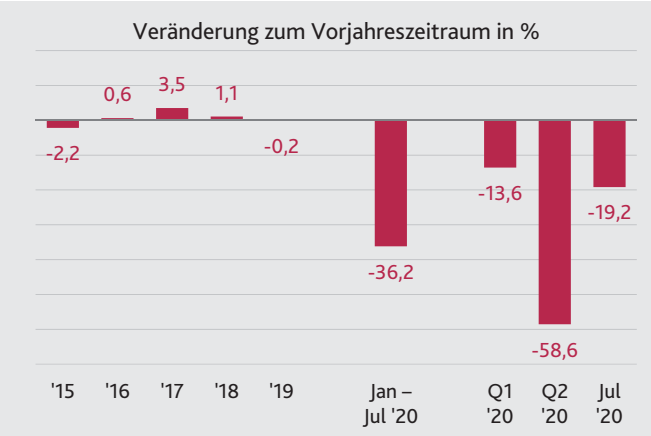
Die behördlich angeordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben in der Beherbergung und in der Gastronomie zu noch nie dagewesenen Einschnitten geführt. Aufgrund der Einschränkung der Übernachtungsangebote auf ausschließlich nicht-touristische Zwecke sind die Gästezahlen im zweiten Quartal massiv eingebrochen. Im April lag die Zahl der Gäste um 95 Prozent und die Zahl der Übernachtungen um 90 Prozent unter dem April des Vorjahres. Im gesamten Gastgewerbe führten die Regelungen zu deutlichen Umsatzrückgängen. Auch hier war der April der Monat mit den höchsten Einbußen. Die Einbrüche wirkten sich auch auf die Beschäftigung aus.

Historische Einbrüche in Tourismus und Gastgewerbe

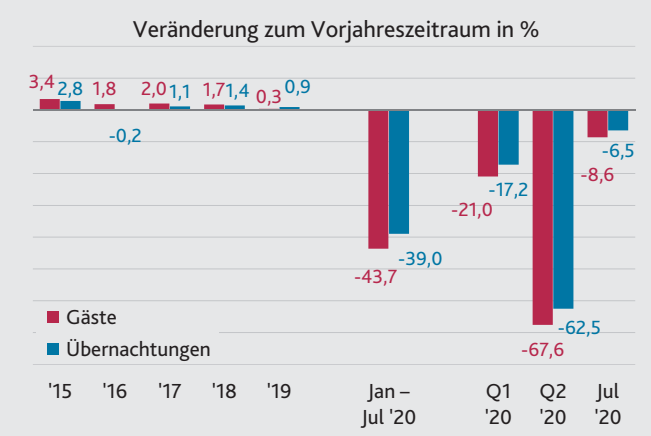
Im Zuge der Ausbreitung des Corona-Virus wurde als eindämmende Maßnahme das Beherbergungsangebot eingeschränkt. Nach dem 17. März waren nur noch Übernachtungen nicht touristischer Art (z. B. Geschäftsreisen) erlaubt. Dies führte zu historischen Einbrüchen bei den Gäste- und Übernachtungszahlen.[1] Mit der schrittweisen Lockerung dieser Regelungen seit Mitte Mai setzte eine Erholungsphase ein. Die einzelnen Tourismusbetriebe konnten unter Auflagen zeitlich gestaffelt bis spätestens zum 24. Juni wieder ihre Geschäfte aufnehmen. Trotz der Schritte in Richtung „Normalität" lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen im Juli noch um 8,6 bzw. 6,5 Prozent unter den Vorjahreswerten. Ein vergleichbares Muster zeigt auch die Umsatzentwicklung im Gastgewerbe. Die Betriebsschließungen führten im April zu einem realen Umsatzrückgang von 78 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Mit der Lockerung der Maßnahmen verbesserte sich die wirtschaftliche Situation der Betriebe. Im Juli lagen die realen Umsätze im gesamten Gastwerbe allerdings immer noch 19 Prozent unter dem Wert im Juli 2019.

1 Gäste- und Übernachtungszahlen werden einschließlich Camping sowie Privatquartiere und Kleinbetriebe mit weniger als zehn Betten ausgewiesen. Für den Vergleich mit Deutschland werden Ergebnisse ohne Privatquartiere bzw. Kleingewerbe mit weniger als zehn Betten verwendet.

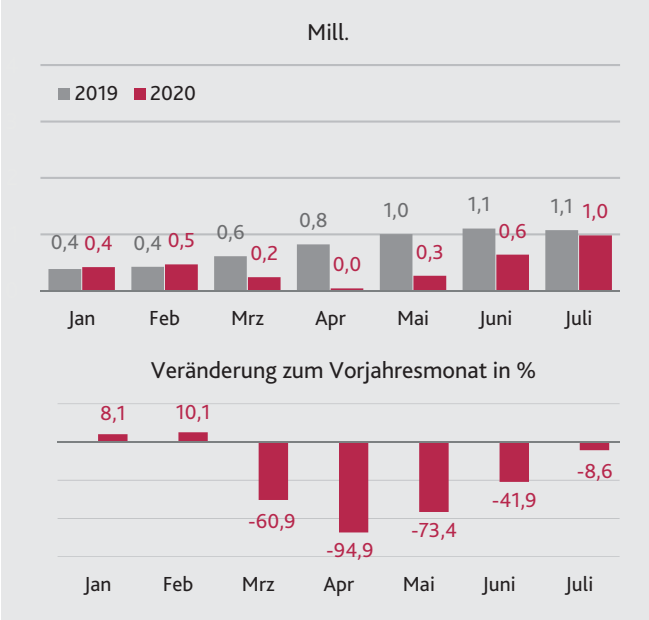
G1 Umsätze (preisbereinigt) im Gastgewerbe



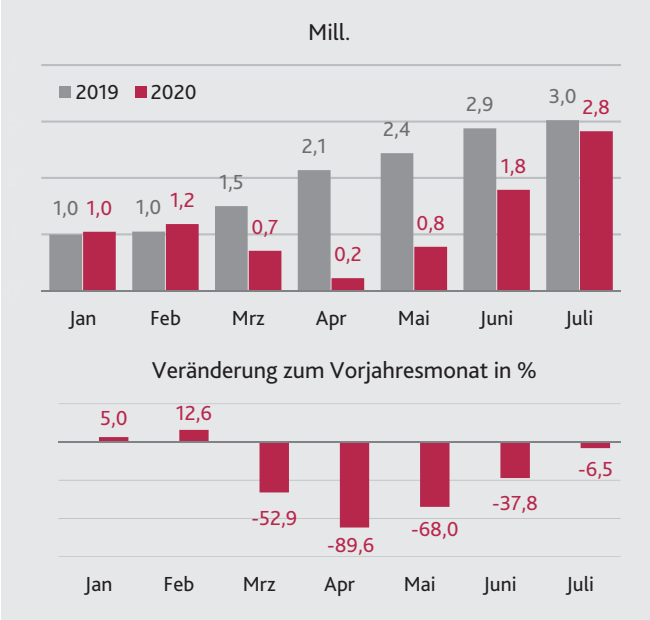
G2 Gäste und Übernachtungen



G3 Gäste von Januar bis Juli 2020



G4 Übernachtungen von Januar bis Juli 2020



Deutlicher Rückgang der Beschäftigtenzahlen

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen verlief ähnlich, fiel aber in der Höhe nicht so gravierend aus wie der Rückgang der Gäste- und Übernachtungszahlen bzw. der Umsätze. Dies dürfte u. a. auf die begleitenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Abfederung der negativen Folgen der Corona-Krise zurückzuführen sein. Im April, dem Monat mit dem stärksten Einbruch, lag die Zahl der Beschäftigten um 33 Prozent unter dem Wert des Vorjahresmonats. Im Juli betrug der Abstand zu den Beschäftigenzahlen im Juli 2019 noch immer 9,5 Prozent.

Gäste- und Übernachtungen: Rekordtief nach positivem Jahresbeginn

Zum Jahresbeginn war die Bilanz im rheinland-pfälzischen Tourismus noch positiv. In den Monaten Januar und Februar, in denen die Besucher- und Übernachtungszahlen saisonbedingt eher gering ausfallen, nahmen sowohl die Gäste- als auch die Übernachtungszahlen zu. Die am 17. März in Kraft getretenen Corona-Schutzmaßnahmen führten bereits im März zu deutlichen Einbußen im touristischen Aufkommen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ging die Zahl der Gäste um 61 Prozent und die Zahl der Übernachtungen um 53 Prozent zurück. Dieser Rückgang überlagerte den positiven Start ins Jahr und das erste Quartal schloss im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres mit einem Minus von 21 bzw. 17 Prozent der Gäste bzw. Übernachtungen.

Nach positiver Entwicklung zum Jahresbeginn: Gäste- und Übernachtungszahlen im April auf Rekordtief

Da die Lockerung der Maßnahmen erst im Mai begann, war der April vollständig von den Regelungen zur Eindämmung der Pandemie betroffen. Entsprechend reduzierte sich die Zahl der Gäste auf 42 200. Die Zahl der Übernachtungen sank auf 222 500. Dies entsprach fünf Prozent des Gästeaufkommens bzw. zehn Prozent der Übernachtungen vom April 2019. Ausgehend von diesem Tiefpunkt zeichnete sich in den Folgemonaten eine „Erholung“ in Form eines kleiner werdenden Minus ab. Erfreulicherweise vollzog

sich die Lageverbesserung sehr dynamisch: Während im Mai nur gut ein Viertel des Niveaus der Gästeankünfte vom Mai 2019 erreicht wurde, waren es im Juni schon fast 60 Prozent. Ebenso dynamisch vollzog sich die Entwicklung bei den Übernachtungen: Lag das Übernachtungsaufkommen im Mai bei etwas mehr als 30 Prozent der Übernachtungszahlen des Vorjahresmonats, verdoppelte sich der Anteil im Juni auf mehr als 60 Prozent. Im Juli fiel der Abstand zu den Vorjahreswerten nochmals deutlich geringer aus, und es wurden 91 Prozent der Gäste- und 94 Prozent der Übernachtungszahlen vom Juli 2019 erreicht. Damit lag der Abstand zum Vorjahresmonat mit –8,6 bzw.–6,5 Prozent erstmals wieder im einstelligen Bereich.

Erholungen bei Umsätzen weniger dynamisch als bei Gästen und Übernachtungen

Gravierende Umsatzeinbrüche im Beherbergungsgewerbe und Gastronomie

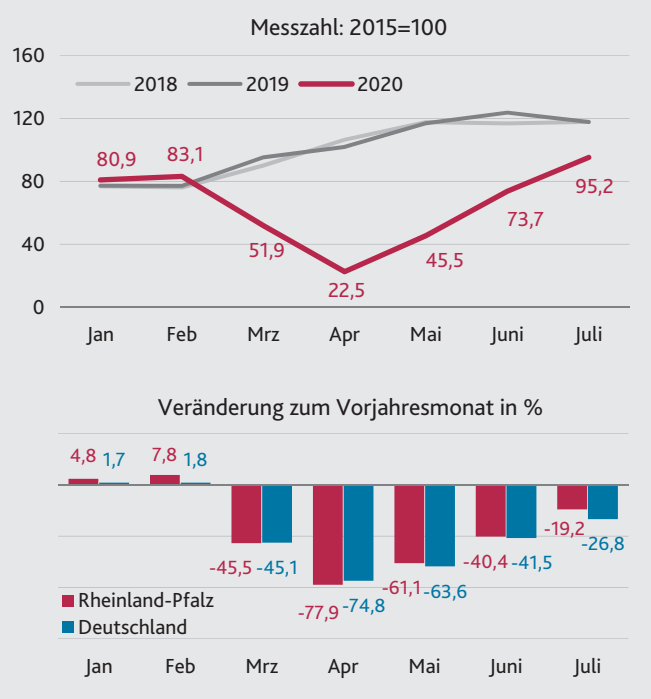
Nach den gravierenden Einschränkungen für die Beherbergung musste die rheinland-pfälzische Gastronomie ab dem 20. März ihren Betrieb einstellen. Eine Bewirtung vor Ort wurde untersagt; erlaubt waren nur noch Lieferdienste außer Haus sowie Selbstabholung. Die Umsätze im Gastgewerbe, welches das Beherbergungsgewerbe und die Gastronomie umfasst, entwickelten sich parallel zu den Gäste- und Übernachtungszahlen. Mit der Umsetzung der Corona-Schutzmaßnahmen reduzierte sich der Umsatz im März deutlich. Der reale, um Preiseffekte bereinigte Umsatz betrug in diesem Monat nur 55 Prozent des Umsatzes, den die Betriebe im März des Vorjahres erwirtschaftet hatten. Die höchsten Umsatzrückgänge gab es aufgrund der Betriebsschließungen im April. Hier konnte nur noch rund ein Fünftel (22 Prozent) der Einnahmen des Vorjahresmonats erzielt werden. In den folgenden Monaten verbesserte sich die Lage mit den weiteren Schritten zur „Normalisierung". Im Juli fiel die Bilanz im Vergleich zum Vorjahresmonat zwar deutlich besser aus als in den vorherigen Monaten und es wurden 81 Prozent des Umsatzes vom Juli 2019 erreicht. Schlussendlich lagen die realen Umsätze damit aber immer noch deutlich unter dem Vorjahreswert. Die Erholung verlief also weniger dynamisch als bei den Gäste- und Übernachtungszahlen.

Hohe Beschäftigungseinbußen im Gastgewerbe

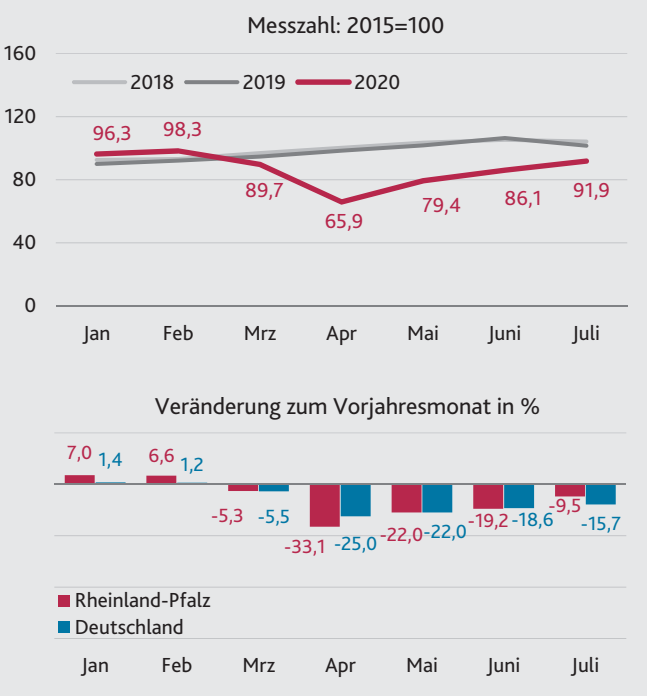
Beschäftigungsabbau im März und April

Die Corona-Pandemie führte nicht nur zu tiefen Einschnitten für die Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber, sondern auch für die Beschäftigten. Bereits im März begann der Beschäftigungsabbau im Gastgewerbe. Während die Zahl der Beschäftigten zunächst nur fünf Prozent unter dem Vor-

G5 Umsätze (preisbereinigt) im Gastgewerbe 2020 nach Monaten



G6 Beschäftigung im Gastgewerbe 2020 nach Monaten



Teilzeitbeschäftigte verstärkt betroffen

jahresniveau lag, waren es im April bereits 33 Prozent. Mit der schrittweisen Öffnung der Beherbergungs- und gastronomischen Betriebe wurde in den Folgemonaten wieder Personal eingestellt. Im Juli lag die Beschäftigtenzahl allerdings immer noch um fast zehn Prozent unter dem Wert vom Juli 2019. In Abhängigkeit vom Beschäftigungsumfang zeigen sich in der Entwicklung im Zeitraum von März bis Juni deutliche Unterschiede. In allen Monaten fällt bei den Teilzeitbeschäftigten die Veränderung zum Vorjahresmonat höher aus als bei den Vollzeitkräften. Besonders ausgeprägt war die Abweichung zwischen der Entwicklung bei Vollzeit- und Teilzeitstellen im April und im Mai.

Schnellerer Anstieg der Gäste- und Übernachtungszahlen in Rheinland-Pfalz

Aufgrund der bundesweit einheitlichen Regelungen zur Schließung von Beherbergungs- und gastronomischen Betrieben verlief die Entwicklung der Gäste- und Übernachtungszahlen in Rheinland-Pfalz zu Beginn der Pandemie parallel zu der in Deutschland. Für den Vergleich mit Deutschland wird auf eine einheitliche Abgrenzung zurückgegriffen; die Gäste und Übernachtungen werden ohne Privatquartiere und Kleingewerbe mit weniger als zehn Betten betrachtet. Die Einschränkungen in der Tourismuswirtschaft erreichten in Deutschland ebenfalls im April ihren Höchststand. Die Rückgänge gemessen an den Vorjahreswerten fielen in den Monaten März und April in Rheinland-Pfalz und Deutschland in gleicher Größenordnung aus. Unterschiede zeigen sich ab dem Monat Mai, nach den ersten Lockerungen. Die Erholung in der Tourismusbranche war gemessen an den Zahlen der Gästeankünfte und Übernachtungen in Rheinland-Pfalz deutlicher als im bundesweiten Durchschnitt: Während im Mai im Durchschnitt aller Bundesländer wieder fast 20 Prozent der Gästezahlen und 25 Prozent der Übernachtungen des Vorjahresniveaus erreicht wurden, waren es in Rheinland-Pfalz bereits 27 Prozent beim Gästeaufkommen und 33 Prozent bei den Übernachtungen. Noch deutlicher zeigen sich die Unterschiede in den Daten für Juli: Während in Deutschland die Zahl der Gäste und Übernachtungen erst 68 bzw. 77 Prozent des Vorjahresniveaus erreichten, waren es in Rheinland-Pfalz bereits 92 bzw. 94 Prozent.

Gleiche Entwicklungen in Rheinland-Pfalz und Deutschland zu Beginn der Pandemie ...

... aber deutlichere Erholung in Rheinland-Pfalz

Der Beschäftigungsrückgang fiel hingegen im Bundesdurchschnitt zwar im April etwas geringer aus als hierzulande, im Mai und im Juni lagen die Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in Rheinland-Pfalz und Deutschland aber auf einem ähnlichen Niveau. Im Juli allerdings betrug der Rückstand in Rheinland-Pfalz weniger als zehn Prozent; deutschlandweit waren es noch 16 Prozent.

Deutsche Gäste tragen maßgeblich zur Erholung bei

Zahl inländischer Gäste übertrifft im Juli den Vorjahreswert

Die starken Einschränkungen führten in der Hochphase der Pandemie zu ähnlich hohen Rückgängen bei den Gästen aus dem In- und Ausland und deren Übernachtungen. Nach den ersten Lockerungen besuchten vor allem mehr inländische Gäste Rheinland-Pfalz. Im Juni 2020 lag die Zahl der Gäste aus Deutschland 35 Prozent unter dem Vorjahreswert und die der Reisenden aus dem Ausland um 69 Prozent. Noch eindrücklicher setzte sich diese Tendenz im Juli fort. Während die Zahl der Gäste aus dem Inland das Niveau vom Juli 2019 um 1,2 Prozent übertraf, kamen aus dem Ausland 33 Prozent weniger Touristinnen und Touristen nach Rheinland-Pfalz als im Vorjahresmonat.

In Hochphase Vorsorge- und Rehabilitationskliniken weniger betroffen

Mit einer Ausnahme waren bei allen Betriebsarten Einbrüche der Gäste- und Übernachtungszahlen in gleicher Größenordnung zu beobachten. Aufgrund der überwiegend medizinischen Schwerpunktsetzung fielen die Rückgänge bei den Vorsorge- und Rehakliniken im März und im April dieses Jahres deutlich geringer aus. Mit dem Einsetzen der Lockerungen und des wieder anziehenden Tourismus zeigte sich ab Mai 2020 bei der Wahl der Unterbringungsmöglichkeiten ein differenziertes Bild. Die Campingplätze entwickelten sich deutlich positiver als die übrigen Betriebsarten. Dieser Trend setzte sich bis in den Juli hinein fort. Hier lag die Zahl der Besucherinnen und Besucher sogar 22 Prozent über denen im Juli 2019. Auch Ferienhäuser und -wohnungen, Ferienzentren und Pensionen konnten im Vergleich zum Juli 2019 eine positive Bilanz ziehen (+13, +7 bzw. +6,7 Prozent).

T1 Gäste 2020 nach Herkunft und Betriebsarten

	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %										
	Jan – Jul	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Q1	Q2	1. Hj
Insgesamt	-43,7	8,1	10,1	-60,9	-94,9	-73,4	-41,9	-8,6	-21,0	-67,6	-52,3
Inland	-39,7	8,5	8,8	-59,4	-94,3	-68,8	-35,0	1,2	-20,5	-63,1	-48,7
Ausland	-58,2	6,0	16,1	-67,7	-96,9	-91,7	-68,6	-33,4	-23,4	-84,5	-67,2
Hotels	-47,6	6,2	6,6	-61,9	-94,1	-79,0	-48,5	-18,4	-22,4	-72,4	-54,0
Hotels garnis	-35,0	33,0	27,1	-48,9	-89,3	-70,9	-37,2	-4,2	-3,7	-63,8	-42,1
Pensionen	-37,1	6,1	4,4	-59,2	-92,5	-64,9	-24,7	6,7	-25,8	-57,0	-49,3
Vorsorge- und Rehakliniken	-24,5	-2,5	4,7	-15,9	-56,6	-50,6	-28,8	-17,9	-4,9	-45,7	-25,6
Ferienzentren	-41,1	1,5	37,2	-54,6	-99,9	-84,2	-29,3	7,0	-13,5	-73,9	-51,6
Ferienhäuser	-30,5	20,8	42,1	-59,4	-93,3	-55,8	-15,4	13,3	-12,9	-52,6	-42,1
Campingplätze	-22,4	24,3	1,2	-73,1	-100,0	-31,9	-20,1	21,7	-40,2	-42,0	-41,9

T2 Umsätze im Gastgewerbe 2020 nach Bereichen

	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %										
	Jan – Jul	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Q1	Q2	1. Hj
Insgesamt	-36,2	4,8	7,8	-45,5	-77,9	-61,1	-40,4	-19,2	-13,6	-58,6	-39,6
Beherbergung	-41,2	1,8	10,9	-47,5	-89,7	-72,3	-44,8	-12,8	-15,4	-66,9	-47,4
Gastronomie	-33,4	6,1	6,4	-44,6	-71,0	-54,0	-37,4	-23,3	-12,6	-53,3	-35,2

Beherbergungsgewerbe stärker betroffen als Gastronomie

Die Umsatzrückgänge im Gastgewerbe fielen im gesamten von der Corona-Pandemie geprägten Zeitraum mit Ausnahme des Juli im Beherbergungsgewerbe deutlich höher aus als in den gastronomischen Betrieben. In der Hochphase der Pandemie konnte der Gastronomiebereich noch 29 Prozent der Umsätze des Vorjahresmonats erwirtschaften; im Beherbergungsgewerbe waren es nur zehn Prozent. Im Juli drehte sich diese Reihenfolge um und das Beherbergungsgewerbe war verglichen mit dem Juli 2019 mit einem Minus von 13 Prozent näher an dem Vorjahreswert als die Gastronomie mit einem Minus von 23 Prozent.

Ausblick

Erholung in den Sommermonaten

Die Entwicklungen der Gäste- und Übernachtungszahlen in den Sommermonaten haben gezeigt, dass in der Bevölkerung das Bedürfnis zu verreisen groß ist. Nicht nur in Rheinland-Pfalz sondern auch in den anderen Bundesländern stiegen die Gästeankünfte und Übernachtungen. Die höhere Attraktivität innerdeutscher Urlaubsziele dürfte auch auf die zunehmende Zahl an Reisewarnungen für Urlaubsziele im Ausland sowie auf die Ausweisung neuer sogenannter „Risikogebiete" zurückzuführen sein. Unterstützung fand der Fremdenverkehr in Rheinland-Pfalz durch die vom Wirtschaftsministerium geförderte Kampagne „Deine Goldene Zeit in Rheinland-Pfalz". Durch eine gezielte Medienpräsenz sollte die Aufmerksamkeit für Rheinland-Pfalz als Urlaubsort gesteigert werden. Wie sich das Reiseverhalten in Zukunft gestalten wird, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Der für den Monat November beschlossene „Lockdown light" ist mit erneuten erheblichen Einschränkungen für den Tourismus und das Gastgewerbe verbunden. Die negativen Folgen für diese Bereiche können noch nicht abgeschätzt werden und hängen vom weiteren Verlauf der Maßnahmen ab.

Datengrundlage Tourismus und Gastgewerbe

Die **Gäste- und Übernachtungszahlen** basieren auf einer monatlichen Befragung aller Beherbergungsbetriebe mit zehn und mehr Fremdenbetten sowie der Betreiber von Camping- und Reisemobilplätzen mit zehn und mehr Stellplätzen. In Städten und Gemeinden mit einem Prädikat als Heilbad, Luftkurort, Erholungsort oder Fremdenverkehrsort werden zusätzlich die Gäste- und Übernachtungszahlen von Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben mit weniger als zehn Betten erhoben.

Die Daten zum **Gastgewerbe** stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei 280 ausgewählten Gastgewerbeunternehmen in Rheinland-Pfalz. Die Angaben für Filialbetriebe von Hotel- und Restaurantketten mit Sitz in einem anderen Bundesland sind in den Ergebnissen enthalten. Da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt, liegen keine absoluten Werte oder Regionalangaben vor. Da die Durchsetzbarkeit der Meldepflicht während der Corona-Krise eingeschränkt war, wurden im Beherbergungsgewerbe im Zeitraum von März bis Mai und im Gastgewerbe von Februar bis Juni Zuschätzungen vorgenommen um die fehlenden Meldungen zur Statistik zu kompensieren. Die Ergebnisse werden monatlich revidiert; finale Werte sind jeweils am Jahresende für das vorangegangene Jahr verfügbar.

Petra Wohnus, Diplom-Volkswirtin, ist Referentin im Referat „Unternehmensstatistiken".

Starke Einbußen beim Außenhandel mit EU-Ländern

Pandemie trifft auf bereits rückläufige Ex- und Importe

Von Diane Dammers

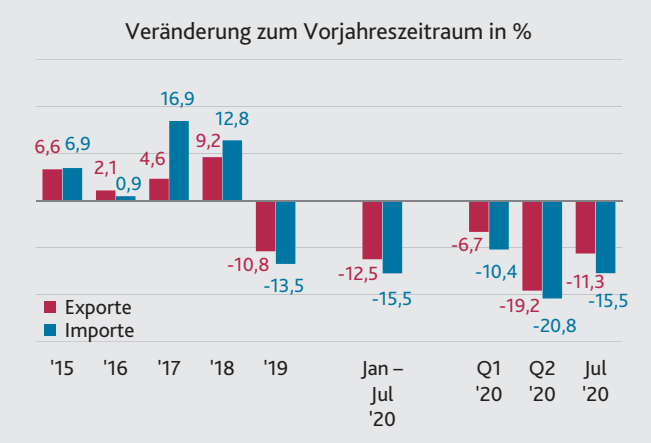
Der Außenhandel hat für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz eine große Bedeutung. Die Industrie ist exportstark – sie erwirtschaftet mehr als die Hälfte ihrer Umsätze im Ausland. Aber auch einfuhrseitig besteht eine intensive internationale Verflechtung, da Waren nicht nur für den Konsum importiert werden, sondern auch als Vorprodukte in rheinland-pfälzische Erzeugnisse eingehen. Daher hat die Beeinträchtigung des Außenhandels im Zuge der Corona-Pandemie große Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land.

Angebots- und nachfrageseitige Faktoren beeinflussen den Außenhandel

Vor allem Investitionsgüter werden weniger nachgefragt

Die Corona-Pandemie und die zu ihrer Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen haben den Außenhandel in den vergangenen Monaten stark beeinträchtigt. Zum Beispiel wurde der grenzüberschreitende Warenverkehr durch die Einführung vorübergehender Grenzkontrollen in Deutschland und den europäischen Nachbarländern erschwert. Durch pandemiebedingte Produktionsunterbrechungen wurden außerdem die internationalen Lieferketten in Mitleidenschaft gezogen. Beispielsweise haben die Produktionsausfälle in China am Jahresanfang, die mit den dortigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zusammenhingen, einige Wochen später in Europa zu Engpässen bei der Versorgung mit Vorleistungsgütern geführt. Neben diesen angebotsseitigen Faktoren dürften auch nachfrageseitige Gründe für den Rückgang des Außenhandels eine Rolle spielen. In einer Krise steigt die Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung, was insbesondere die Nachfrage nach Investitionsgütern hemmt. Unternehmen sehen sich mit einer verringerten Kapazitätsauslastung und kräftigen Umsatzrückgängen konfrontiert und drosseln daher ihre Investitionstätigkeit. Aber auch private Haushalte sind durch Einkommenseinbußen und Arbeitsplatzverlust betroffen. Diese unmittelbaren Krisenfolgen

G1 Außenhandel



sowie die Unsicherheit über die zukünftige Einkommensentwicklung können sich tendenziell dämpfend auf die Nachfrage nach Konsumgütern auswirken.

Exporte waren schon vor der Pandemie rückläufig

Exporte sinken um 13 Prozent

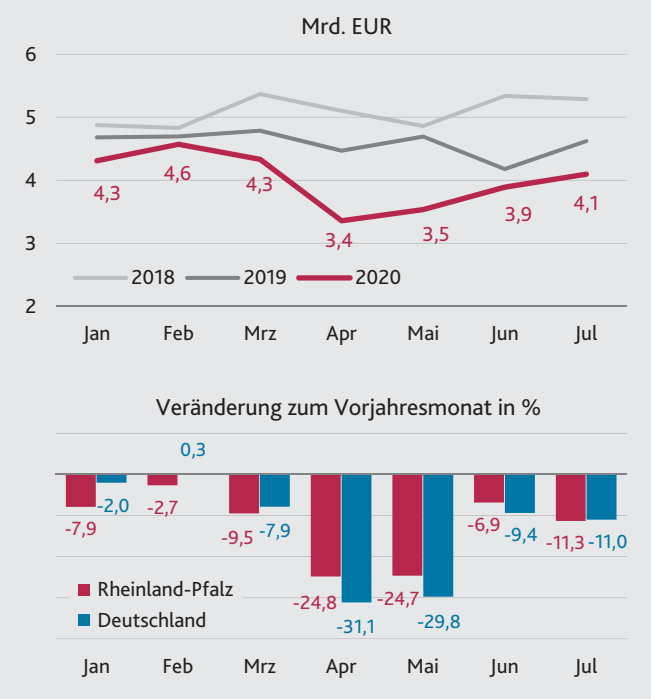
Von Januar bis Juli 2020 wurden Waren im Wert von 28,1 Milliarden Euro aus Rheinland-Pfalz ins Ausland geliefert. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutete dies einen Rückgang um 13 Prozent. Allerdings wurde der seit 2010 anhaltende Wachstumstrend bei den Exporten bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie gebrochen. Schon 2019 waren die rheinland-pfälzischen Ausfuhren erstmals seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise rückläufig; sie lagen um elf Prozent unter dem Vorjahresniveau. Ein Grund dafür war ein statistischer Basiseffekt, da außergewöhnlich hohe Ausfuhren Pharmazeutischer Erzeugnisse 2018 zu einem Rekordergebnis bei den Exporten geführt hatten. Die Normalisierung der Pharmaexporte im Folgejahr erklärt den Rückgang zum Teil. Zugleich wurde der Außenhandel 2019 auch durch eine nachlassende Weltkonjunktur, Handelskonflikte und die Diskussionen um den Brexit beeinflusst.

Nachdem die Ausfuhren von November 2019 bis Januar 2020 jeweils um etwa acht Prozent niedriger waren als im Vorjahresmonat, deutete sich im Februar mit nur noch –2,7 Prozent eine leichte Erholung der Exporte an. Im März blieben die Ausfuhren jedoch wieder deutlich stärker hinter dem Vorjahresmonat zurück (–9,5 Prozent), was bereits eine Folge der Corona-Pandemie sein dürfte. In Teilen der Industrie war die Produktion durch Lieferengpässe bei Vorprodukten, Werksschließungen und Kurzarbeit beeinträchtigt. Außerdem führten Deutschland und zahlreiche andere EU-Mitgliedstaaten im Laufe des Monats vorübergehend Grenzkontrollen ein, die zu Staus an den Grenzübergängen führten und den Warenverkehr behinderten. Besonders stark brachen die Ausfuhren im April und im Mai ein – in diesen beiden Monaten lagen die Exporte jeweils um 25 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Danach erholten sich die Ausfuhren merklich. Sie fielen im Juni nur noch um 6,9 Prozent geringer aus als ein Jahr zuvor. Allerdings geriet der Aufholprozess bereits im Folgemonat wieder ins Stocken. Im Juli wurden elf Prozent weniger Waren aus Rheinland-Pfalz ins Ausland geliefert als im Vorjahresmonat. Von einem stabilen Aufwärtstrend kann also noch nicht die Rede sein.

Besonders starke Einbrüche im April und Mai

Im Vergleich zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 fällt der Rück-

G2 Exporte 2018–2020 nach Monaten



Rückgang bislang etwas schwächer als 2009

gang der rheinland-pfälzischen Exporte in der aktuellen Krise bislang etwas schwächer aus. Im Juni 2009 waren die Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahresmonat mit –40 Prozent wesentlich stärker eingebrochen als im April und Mai 2020. Im zweiten Quartal 2009 lagen die Exporte insgesamt um 27 Prozent unter dem Vorjahreszeitraum; im zweiten Quartal 2020 waren es –19 Prozent.

Investitionsgüterexporte sinken besonders stark

Minus im zweiten Quartal geringer als im Bundesdurchschnitt

Vor der Corona-Krise haben sich die Exporte in Rheinland-Pfalz schwächer entwickelt als in Deutschland insgesamt. In den Monaten April und Mai 2020 kehrte sich das Verhältnis um – nun gingen die Ausfuhren im Bundesdurchschnitt stärker zurück als im Land. Während die rheinland-pfälzischen Exporte jeweils um 25 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats lagen, schrumpften die Ausfuhren aus Deutschland im April um 31 und im Mai um 30 Prozent. Auch im Juni fiel der Rückgang in Rheinland-Pfalz mit –6,9 Prozent niedriger aus als im Bundesdurchschnitt (–9,4 Prozent).

Struktur der gehandelten Waren unterscheidet sich

Ein wesentlicher Grund für die unterschiedliche Schärfe des Einbruchs ist die Struktur der gehandelten Waren. Die Ausfuhr von Investitionsgütern ist von der Krise besonders betroffen. In Rheinland-Pfalz waren die Einbußen bei den Investitionsgüterexporten im zweiten Quartal mit –36 Prozent zwar etwas größer als im Bundesdurchschnitt (–35 Prozent). Da der Anteil der Investitionsgüter an den rheinland-pfälzischen Exporten aber wesentlich geringer ist als im Bundesdurchschnitt, schlug dieser Einbruch nicht so stark auf das Gesamtergebnis durch wie in Deutschland.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz auf Vorleistungsgüter spezialisiert

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft hat einen Schwerpunkt bei der Produktion von Vorleistungsgütern. Im Jahr 2019 machten Vorleistungsgüter 43 Prozent der Exporte aus; im Bundesdurchschnitt waren es nur 32 Prozent. Da die Ausfuhr von Vorleistungsgütern im zweiten Quartal mit –20 Prozent (Deutschland: –21 Prozent) nicht so stark abnahm wie die Investitionsgüterexporte, profitierte die rheinland-pfälzische Wirtschaft in dieser Situation von ihrer Spezialisierung auf die Vorleistungsgüterproduktion.

T1 Exporte 2020 nach Hauptgruppen und ausgewählten Güterarten

	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %										
	Jan – Jul	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Q1	Q2	1. Hj
Ausfuhren insgesamt	-12,5	-7,9	-2,7	-9,5	-24,8	-24,7	-6,9	-11,3	-6,7	-19,2	-12,7
Vorleistungsgüter	-13,2	-8,2	-9,8	-2,0	-16,1	-31,7	-9,8	-14,9	-6,7	-19,7	-13,0
Investitionsgüter	-23,9	-8,9	-5,7	-28,2	-53,6	-39,4	-14,1	-16,1	-14,8	-36,2	-25,3
Konsumgüter	1,5	-10,8	15,7	2,9	-4,7	10,9	3,5	-4,4	2,1	3,0	2,6
Landwirtschaftsgüter	3,0	21,3	12,9	7,6	9,7	3,6	1,4	-18,7	13,8	4,5	8,4
Chemische Erzeugnisse	-11,5	-10,3	-15,6	8,4	-4,8	-29,6	-8,1	-17,7	-6,6	-15,1	-10,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile	-31,2	-7,9	-5,0	-39,8	-75,7	-50,7	-14,9	-21,3	-18,5	-48,3	-33,0
Maschinen	-17,8	-10,6	-7,8	-17,7	-36,0	-28,5	-12,7	-10,0	-12,2	-25,9	-19,0

Anteil der Konsumgüterexporte ebenfalls überdurchschnittlich

Der höhere Anteil der Konsumgüter an den Ausfuhren ist eine weitere Erklärung dafür, dass der Einbruch der Exporte in Rheinland-Pfalz schwächer ausfiel als im Bundesdurchschnitt. Im Jahr 2019 trugen Konsumgüter 23 Prozent zum Wert der rheinland-pfälzischen Ausfuhren bei; in Deutschland waren es nur 18 Prozent. Die Konsumgüterexporte haben unter der Krise bisher weniger gelitten als die Ausfuhr von Investitions- und Vorleistungsgütern. Im Bundesdurchschnitt lagen sie im zweiten Quartal um 7,1 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. In Rheinland-Pfalz verlief die Entwicklung sogar wesentlich besser – hier gab es einen Zuwachs um drei Prozent.

Zuwächse beim Export von Konsum- und Landwirtschaftsgütern

Auch bei einer Betrachtung des gesamten Zeitraums von Januar bis Juli ist der Einbruch der Exporte gravierend. Im Jahr 2020 wurden in den ersten sieben Monaten 24 Prozent weniger Investitionsgüter exportiert als im Vorjahreszeitraum. Der Wert der ausgeführten Vorleistungsgüter sank um 13 Prozent. Die Ausfuhr von Konsumgütern erhöhte sich um 1,5 Prozent. Beim Export von Landwirtschaftsgütern, die allerdings mit einem Exportanteil von 0,4 Prozent nur eine geringe Bedeutung haben, gab es ebenfalls einen Zuwachs (+3 Prozent).

Export von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im zweiten Quartal fast halbiert

Kraftwagen und Kraftwagenteile zweitwichtigstes Exportgut

Im Vergleich der zehn Warengruppen mit den höchsten Exportanteilen gab es bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen die stärksten Einbußen. Kraftwagen und Kraftwagenteile zählen zu den Investitionsgütern und waren 2019 mit einem Anteil von 15 Prozent am Wert der Ausfuhren das zweitwichtigste Exportgut. Im zweiten Quartal 2020 hat sich ihr Absatz ins Ausland gegenüber dem Vorjahreszeitraum fast halbiert (–48 Prozent).

Ausfuhren von Glas, Glaswaren und Keramik sinken um mehr als ein Drittel

Der zweitstärkste Rückgang war bei den Exporten von Glas und Glaswaren sowie Keramik zu verzeichnen. Die Hersteller mussten im zweiten Quartal massive Einbußen von 37 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum hinnehmen. Die Lieferungen von elektrischen Ausrüstungen sowie Metallerzeugnissen brachen ebenfalls stark ein (–29 bzw. –28 Prozent).

Chemische Erzeugnisse: –15 Prozent

Das wichtigste rheinland-pfälzische Exportgut sind Chemische Erzeugnisse, die zu den Vorleistungsgütern zählen und 2019 mehr als ein Fünftel zu den Ausfuhren beisteuerten. Mit –15 Prozent war der Einbruch im zweiten Quartal bei den Chemischen Erzeugnissen weniger stark als bei den meisten anderen Warengruppen. An dritter Stelle unter den Exportgütern stehen Maschinen. Sie machten 2019 rund 13 Prozent der Ausfuhren aus. Wie bei anderen Investitionsgütern war auch bei Maschinen ein deutlicher Rückgang der Ausfuhren zu verzeichnen. Sie fielen im zweiten Quartal 2020 um 26 Prozent geringer aus als ein Jahr zuvor.

Zuwächse bei Pharmaprodukten sowie Nahrungs- und Futtermitteln

Bei zwei der zehn exportstärksten Warengruppen gab es im zweiten Quartal 2020 Zuwächse gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Ausfuhr Pharmazeutischer Erzeugnisse legte kräftig zu (+14 Prozent). Der Wert der exportierten Nahrungs- und Futtermittel erhöhte sich ebenfalls deutlich (+7,6 Prozent).

Einbußen bei acht der zehn wichtigsten Exportgüter

Auch bei einer Betrachtung des Gesamtzeitraums von Januar bis Juli 2020 schnitten acht der zehn exportstärksten Warengruppen schlechter ab als im Vorjahreszeitraum. Die Rückgänge variierten zwischen –31 Prozent bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen und

–8,9 Prozent bei Gummi- und Kunststoffwaren. Der Wert der exportierten Pharmazeutischen Erzeugnisse sowie Nahrungs- und Futtermittel stieg hingegen um 8,9 bzw. 5,8 Prozent.

Kräftiger Einbruch der Exporte in EU-Länder

Mehr als die Hälfte der Exporte gehen in die EU

Die Europäische Union hat als Absatzmarkt für die rheinland-pfälzischen Unternehmen eine herausragende Bedeutung. Mehr als die Hälfte der Exporte gehen in die EU. Sieben der zehn wichtigsten Handelspartner sind EU-Mitgliedstaaten. Die Corona-Pandemie hat viele dieser Länder stark getroffen, daher waren die Einbußen im Außenhandel gravierend. Die Exporte in die EU lagen im zweiten Quartal 2020 um 25 Prozent unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Zweistellige Rückgänge bei den wichtigsten europäischen Handelspartnern

Der bedeutendste rheinland-pfälzische Handelspartner ist Frankreich. Der Wert der dorthin exportierten Waren war im zweiten Quartal 29 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Noch etwas stärker war der Einbruch bei den Lieferungen in die EU-Länder Italien, Spanien und Polen, die die Plätze fünf bis sieben in der Rangliste der Abnehmerländer belegen. Bei den anderen wichtigen Handelspartnern in der EU – den Niederlanden, Belgien und Österreich – waren die Rückgänge ebenfalls zweistellig.

Exporte in die USA nur leicht rückläufig

Die Lieferungen in die drei Staaten außerhalb der EU, die zu den zehn wichtigsten Handelspartnern zählen, entwickelten sich unterschiedlich. Die Exporte in die USA, die Rang zwei unter den Abnehmerländern belegen, waren im zweiten Quartal nur etwas geringer als im Vorjahreszeitraum (–3,4 Prozent). Das mit Abstand wichtigste Exportgut beim Handel mit den Vereinigten Staaten sind Pharmazeutische Erzeugnisse, deren Wert sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich erhöhte. Bei der Ausfuhr anderer Warengruppen, vor allem bei Investitionsgütern, gab es hingegen merkliche Einbußen.

An dritter Stelle unter den Handelspartnern steht das Vereinigte Königreich, das am

T2 Exporte 2020 nach ausgewählten Ländergruppen und Ländern (Top 10)

	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %										
	Jan – Jul	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Q1	Q2	1. Hj
Ausfuhren insgesamt	-12,5	-7,9	-2,7	-9,5	-24,8	-24,7	-6,9	-11,3	-6,7	-19,2	-12,7
EU	-15,6	-9,4	-4,9	-11,7	-32,9	-32,1	-7,9	-9,9	-8,6	-24,7	-16,5
Eurozone	-14,9	-9,5	-2,9	-12,5	-32,1	-30,6	-6,6	-10,5	-8,3	-23,5	-15,7
Frankreich	-16,3	0,4	7,3	-23,7	-46,3	-29,5	-11,4	-12,0	-5,6	-29,2	-17,0
USA	0,7	1,9	34,0	1,5	-17,9	16,2	-6,3	-18,0	11,7	-3,4	4,1
Vereinigtes Königreich	-28,7	-13,8	-27,5	-40,5	-40,9	-43,8	-16,1	-17,0	-28,2	-33,7	-30,4
Niederlande	-16,5	-18,9	-11,3	-20,0	-17,7	-26,1	-11,0	-9,4	-16,9	-18,5	-17,7
Italien	-18,8	-13,1	-5,7	-11,5	-37,6	-31,7	-19,7	-13,2	-10,1	-29,7	-19,7
Spanien	-21,3	-18,8	-8,7	-12,2	-42,6	-43,5	-10,2	-12,7	-13,4	-33,0	-22,8
Polen	-15,7	-10,2	-9,4	-7,8	-36,6	-37,1	-16,4	9,1	-9,1	-30,3	-19,4
Belgien	-17,6	-24,3	-17,1	-3,1	-18,4	-30,4	-17,6	-9,8	-15,6	-22,4	-18,8
Volksrepublik China	3,3	-18,8	-12,7	-1,7	24,8	-2,2	28,0	15,5	-11,7	16,0	1,1
Österreich	-9,9	-5,3	-1,9	-9,6	-27,6	-16,2	-2,0	-5,4	-5,6	-15,6	-10,6

Stärkster Rückgang bei Exporten in das Vereinigte Königreich

1. Februar 2020 die Europäischen Union verlassen hat. Die Exporte dorthin gingen stärker zurück als die Lieferungen an die anderen wichtigen Handelspartner. Im zweiten Quartal 2020 waren die Ausfuhren in das Königreich um 34 Prozent geringer als ein Jahr zuvor. Allerdings lagen die Exporte auch schon im ersten Quartal deutlich unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums (–28 Prozent). Neben den Auswirkungen der Pandemie spielten hier also noch andere Faktoren eine Rolle, u. a. könnte der Warenaustausch durch die Unsicherheiten über die zukünftige Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU beeinträchtigt worden sein.

Exporte nach China mit Nachholeffekt im zweiten Quartal

Die Volksrepublik China nimmt unter den wichtigsten Handelspartnern eine Sonderrolle ein: Sie ist das einzige der zehn Länder, in das im zweiten Quartal mehr exportiert wurde als im Vorjahreszeitraum. Die Ausfuhren stiegen kräftig um 16 Prozent. Dabei dürften Nachholeffekte eine Rolle spielen. Da das Land als erstes von der Pandemie betroffen war, brachen die Ausfuhren schon im ersten Quartal deutlich ein (–12 Prozent). Die Einbußen wurden jedoch durch den Zuwachs in den Folgemonaten mehr als ausgeglichen.

Unter den zehn wichtigsten Handelspartnern nur China und die USA mit Zuwachs

Bezogen auf den Gesamtzeitraum von Januar bis Juli 2020 waren China und die USA die einzigen Länder unter den wichtigsten Handelspartnern, in die mehr exportiert wurde als im Vorjahr. Die Ausfuhren in die Volksrepublik erhöhten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,3 Prozent; der Wert der in die USA exportierten Waren legte leicht um 0,7 Prozent zu. Die Lieferungen in sieben der acht übrigen Länder schrumpften mit zweistelliger Rate.

Importe sinken ebenfalls stark

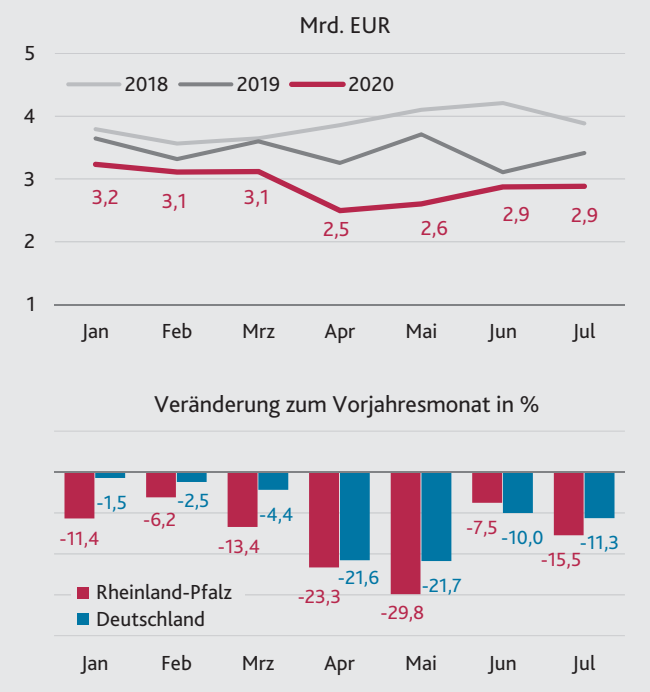
Rheinland-pfälzische Importe sinken überdurchschnittlich

Von Januar bis Juli 2020 wurden Waren im Wert von 17,5 Milliarden Euro nach Rheinland-Pfalz importiert; das waren 16 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Im Bundesdurchschnitt war das Minus bei den Einfuhren schwächer als in Rheinland-Pfalz; sie verringerten sich um zehn Prozent.

Importe bereits vor der Corona-Krise rückläufig

Wie die Exporte waren auch die Importe bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie rückläufig. Sie lagen seit November 2018 stets unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats. Im Januar 2020 war der Wert der importierten Waren elf Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Nachdem sich der Rückgang im Februar mit –6,2 Prozent etwas abgeschwächt hatte, waren im März wieder deutlich stärkere Einbußen gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen (–13 Prozent). Im April und im Mai folgte

G3 Importe 2018–2020 nach Monaten



dann ein massiverer Einbruch mit Rückgängen von 23 und 30 Prozent im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreszeitraum. Im Juni verringerte sich der Rückstand zum – allerdings vergleichsweise schwachen – Vorjahresmonat auf –7,5 Prozent. Damit ergab sich im zweiten Quartal insgesamt ein Minus von 21 Prozent. Im Juli blieb der Wert der importierten Waren mit –15 Prozent wieder stärker hinter dem Vorjahreswert zurück als im Juni, sodass bei der Erholung noch kein stabiler Trend erkennbar ist.

T3 Importe 2020 nach Hauptgruppen und ausgewählten Güterarten

	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %				
	Jan – Jul	Q1	Q2	1. Hj	Jul
Einfuhren insgesamt	-15,5	-10,4	-20,8	-15,5	-15,5
Vorleistungsgüter	-16,6	-6,8	-25,0	-15,7	-21,9
Investitionsgüter	-23,4	-15,4	-32,5	-23,9	-20,7
Konsumgüter	-3,8	-10,9	4,1	-4,0	-2,6
Landwirtschaftsgüter	6,5	1,9	13,5	8,0	-4,8
Chemische Erzeugnisse	-13,8	-5,9	-18,2	-12,0	-25,1
Kraftwagen und Kraftwagenteile	-18,7	-0,9	-37,5	-19,6	-14,3
Maschinen	-11,6	-9,7	-15,4	-12,5	-6,3

Investitionsgüterimporte besonders betroffen

Einfuhr von Investitionsgütern schrumpft um fast ein Drittel

Wie bei den Exporten gab es auch bei den Importen im Investitionsgüterbereich die größten Einbußen. Im zweiten Quartal 2020 war der Wert der eingeführten Investitionsgüter fast ein Drittel niedriger als im Vorjahreszeitraum. Einen kräftigen Einbruch gab es bei der Einfuhr von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–37 Prozent). In der wertmäßig etwas weniger bedeutenden Warengruppe der „Sonstigen Fahrzeuge" haben sich die Importe sogar mehr als halbiert. Bei Maschinen fiel der Rückgang etwas geringer aus (–15 Prozent).

Starkes Minus bei Kokereierzeugnissen durch Preissenkungen

Die Vorleistungsgüterimporte nahmen ebenfalls stark ab (–25 Prozent). Besonders kräftige Einbußen waren bei der Einfuhr von Kokereierzeugnissen zu verzeichnen, zu denen Mineralölprodukte gehören. Ihr Wert hat sich gegenüber dem zweiten Vorjahresquartal halbiert, was jedoch überwiegend auf Preissenkungen zurückzuführen ist. Der Wert der importierten Metalle war ebenfalls stark rückläufig (–41 Prozent). Bei Chemischen Erzeugnissen – dem bedeutendsten Importgut – waren die prozentualen Einbußen geringer (–18 Prozent).

Anstieg der Pharma- sowie Nahrungs- und Futtermittelimporte

Zuwächse gab es hingegen bei der Einfuhr von Konsumgütern, die um 4,1 Prozent höher ausfiel als im zweiten Quartal 2019. Dafür war das Plus bei Pharmazeutischen Erzeugnissen (+8,7 Prozent) sowie die Zunahme der Nahrungs- und Futtermittelimporte (+4,4 Prozent) maßgeblich. Ein kräftiger Anstieg war bei der Einfuhr von Landwirtschaftsgütern zu verzeichnen (+14 Prozent); diese Gütergruppe hat jedoch nur einen geringen Anteil am Wert der gesamten Importe.

Von Januar bis Juli nur Landwirtschaftsgüter mit Zuwachs

Bei einer Betrachtung des Gesamtzeitraums von Januar bis Juli ergibt sich nur bei den Landwirtschaftsgütern eine positive Entwicklung. Die Importe waren um 6,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Besonders massiv brach die Einfuhr von Investitionsgütern ein (–23 Prozent). Die Vorleistungsgüterimporte gingen ebenfalls deutlich zurück (–17 Prozent). Vergleichsweise moderat war das Minus im Konsumgüterbereich (–3,8 Prozent).

T4 Importe 2020 nach ausgewählten Ländergruppen und Ländern (Top 10)

	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in %				
	Jan – Jul	Q1	Q2	1. Hj	Jul
Einfuhren insgesamt	-15,5	-10,4	-20,8	-15,5	-15,5
EU	-18,7	-12,4	-25,7	-19,0	-16,7
Eurozone	-20,5	-14,1	-27,4	-20,7	-19,6
Frankreich	-13,9	-7,4	-22,7	-14,6	-9,2
Niederlande	-28,7	-23,9	-37,2	-30,5	-15,2
Volksrepublik China	6,3	-2,3	17,4	7,0	2,1
Belgien	-14,2	-3,5	-23,1	-13,2	-20,8
Italien	-11,0	-5,7	-17,8	-11,7	-7,3
USA	-14,5	-7,0	-19,1	-12,5	-29,3
Spanien	-41,0	-36,3	-41,7	-39,0	-53,1
Polen	-18,0	-11,7	-25,5	-18,6	-14,8
Österreich	16,6	30,3	4,6	17,2	14,2
Schweiz	-8,5	-7,3	-12,4	-9,8	0,3

Einfuhren aus EU-Ländern geht um mehr als ein Viertel zurück

Stärkste Einbußen bei den Importen aus Spanien

Die Einfuhren aus EU-Ländern litten besonders stark unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Importe aus der EU lagen im zweiten Quartal um mehr als ein Viertel unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Sieben der zehn wichtigsten Handelspartner im Importbereich sind EU-Länder. Die Einfuhren aus sechs dieser sieben Länder sanken mit zweistelliger Rate. Die größten Einbußen gab es mit –42 Prozent bei den Lieferungen aus Spanien, das im zweiten Quartal zu den am stärksten von der Pandemie betroffenen Ländern zählte. Es folgten die Niederlande mit einem Rückgang um 37 Prozent. Frankreich ist vor den Niederlanden der wichtigste Handelspartner im Importbereich. Die Einfuhren aus dem Nachbarland waren im zweiten Quartal 2020 um 23 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Österreich ist das einzige der sieben EU-Länder, aus dem im zweiten Quartal 2020 mehr importiert wurde als ein Jahr zuvor (+4,6 Prozent). Allerdings war der Zuwachs im ersten Quartal mit +30 Prozent wesentlich höher. Der Grund für die außergewöhnlich positive Entwicklung ist eine starke Zunahme der Einfuhr von Kraftwagen und Kraftwagenteilen.

Einfuhren aus China steigen kräftig

Drei der zehn wichtigsten Handelspartner im Importbereich sind Länder außerhalb der EU. Die Volksrepublik China ist unter ihnen der bedeutendste und liegt in der Rangliste aller Lieferländer auf dem dritten Platz. Die Einfuhren aus China sind im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum kräftig gestiegen (+17 Prozent). Aber auch im ersten Quartal, als die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie die Wirtschaft in der Volksrepublik stark beeinträchtigten, lagen die Einfuhren aus China nur leicht unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums (–2,3 Prozent). Bei den Importen aus den USA und der Schweiz gab es hingegen deutliche Einbußen (–19 bzw. –12 Prozent).

Von Januar bis Juli Einbußen bei acht der zehn wichtigsten Lieferländer

Bezogen auf den Gesamtzeitraum von Januar bis Juli 2020 sind bei acht der zehn wichtigsten Handelspartner Importrückgänge zu verzeichnen. Am stärksten brachen die Einfuhren aus Spanien ein (–41 Prozent). Einen kräftigen Zuwachs gab es bei den Importen aus Österreich, deren Wert sich um 17 Prozent erhöhte. Die Einfuhren aus China legten um 6,3 Prozent zu.

Fazit

Sowohl die Exporte als auch die Importe wurden durch die Corona-Pandemie stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Wachstumstrend im Außenhandel wurde allerdings bereits vor dem Ausbruch der Pandemie gebrochen. Vor allem im zweiten Quartal 2020 gab es massive Einbußen, die jedoch nicht ganz so stark ausfielen wie während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009. Besonders kräftig war der Einbruch beim Handel mit Investitionsgütern, aber auch Vorleistungsgüter wurden deutlich weniger gehandelt als im Vorjahreszeitraum. Bei Konsum- und Landwirtschaftsgütern gab es hingegen sogar Zuwächse. Der Handel mit den EU-Ländern litt besonders unter der Krise. Der Warenaustausch mit China stand zwar im ersten Quartal unter dem Eindruck der Pandemie, die Einbußen wurden aber im zweiten Quartal mehr als ausgeglichen.

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Analysen Wirtschaft“.

Teuerung lässt im Jahresverlauf deutlich nach

Verbraucherpreise ab Juli unter dem Vorjahresniveau

Von Diane Dammers

Mit dem Verbraucherpreisindex wird die Entwicklung der Preise der Waren und Dienstleistungen gemessen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Die Veränderung des Index gegenüber dem Vorjahresmonat bzw. dem Vorjahr wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Inflationsrate lassen sich nicht eindeutig quantifizieren. Es lässt sich zwar feststellen, dass die Teuerung im Jahresverlauf deutlich nachgelassen hat. Allerdings wird die Preisentwicklung auch durch andere Faktoren beeinflusst, die nicht oder nur mittelbar mit der Pandemie zusammenhängen.

Preiserhebung in der Krise – Herausforderungen in der Erhebungspraxis

Einschränkung des öffentlichen Lebens erschwert Preiserhebung

Die Corona-Pandemie stellt die Verbraucherpreisstatistik vor neue Herausforderungen.[1] Üblicherweise werden viele Einzelpreise, die in den Verbraucherpreisindex einfließen, vor Ort in den Geschäften erhoben. Um die Ausbreitung der Corona-Pandemie zu verlangsamen, wurde das öffentliche Leben ab Mitte März zunehmend eingeschränkt. Zahlreiche Geschäfte mussten schließen oder den Zugang beschränken, und viele Dienstleister durften ihre Leistungen nicht mehr (z. B. Friseursalons) oder nur noch unter besonderen Auflagen (z. B. Gastronomie) erbringen. Gleichzeitig erlebten Teilbereiche des Einzelhandels einen Ansturm der Kundinnen und Kunden, der dazu führte, dass bestimmte Waren zeitweise vergriffen waren (z. B. Hygieneartikel).

Erhebungen im April und Mai stark eingeschränkt

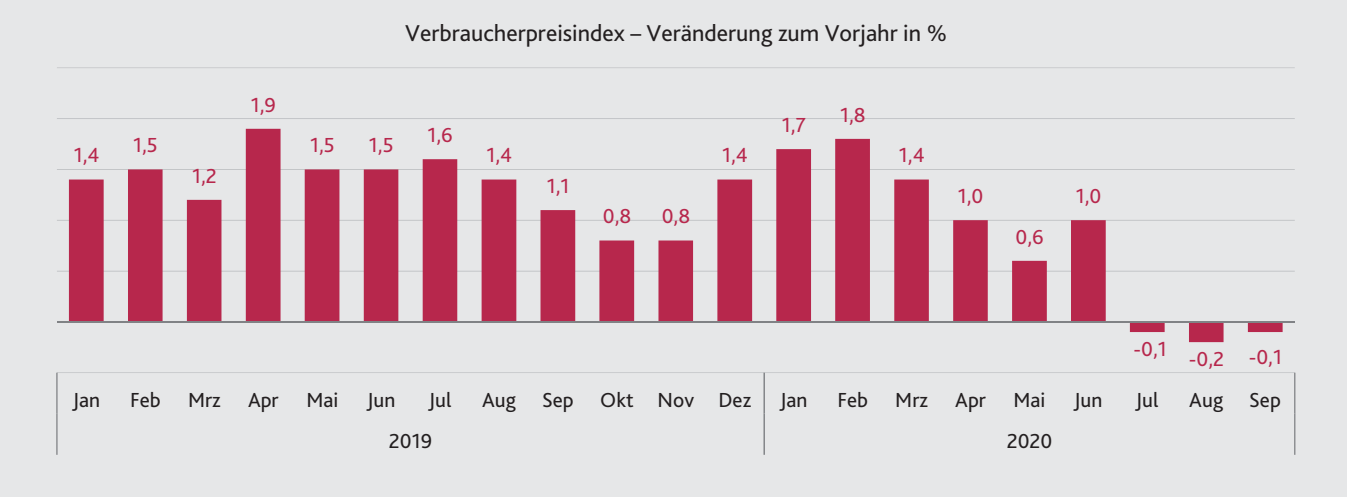
Während die Preiserhebung im März noch ohne größere Einschränkungen erfolgte, da viele Maßnahmen erst in der zweiten Monatshälfte griffen, war das Erhebungsgeschäft besonders im April und auch noch im Mai stark beeinträchtigt. Zwar gelang es zum Teil, die Lücken in den Preisreihen durch den kurzfristigen Umstieg auf alternative Erhebungsmethoden (z. B. Internetrecherchen, Web Scraping, Auswertung von Scannerdaten) zu schließen, vielfach musste die Preisentwicklung jedoch mittels unterschiedlicher Imputationsverfahren geschätzt werden. Daher wird die Preisentwicklung in diesen Monaten hier nicht im Detail beschrieben.

Preisentwicklung hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Verbraucherpreise lassen sich nicht eindeutig quantifizieren. Zum einen ist es für eine abschließende Beurteilung noch zu früh, zum anderen ist die Preisentwicklung von einer Vielzahl weiterer Faktoren abhängig, die nicht oder nur mittelbar in

1 Die Herausforderungen für die Verbraucherpreisstatistik und die Lösungsansätze werden ausführlich beschrieben in: Mai, C.-M./Kretzschmar, M.: Inflationsmesssung in Zeiten der Corona-Pandemie. In: Wirtschaft und Statistik 4/2020, S. 107–121.

G1 Preisentwicklung



Zusammenhang mit der Pandemie stehen. Trotzdem können anhand des Vergleichs des Vorkrisenmonats Februar 2020, in dem die Preiserhebung noch unter „Normalbedingungen" ablief, mit dem Monat Juni 2020, in dem sich das Erhebungsgeschäft wieder einigermaßen normalisierte, einige Erkenntnisse gewonnen werden. Der Berichtsmonat Juni bietet sich als Vergleichsmonat an, da am 1. Juli 2020 die bis zum Ende des Jahres befristete Senkung der Mehrwertsteuersätze in Kraft trat. Diese Maßnahme hatte wiederum merkliche Auswirkungen auf die Preisentwicklung, was der anschließende Vergleich mit den Ergebnissen des Berichtsmonats September zeigt.

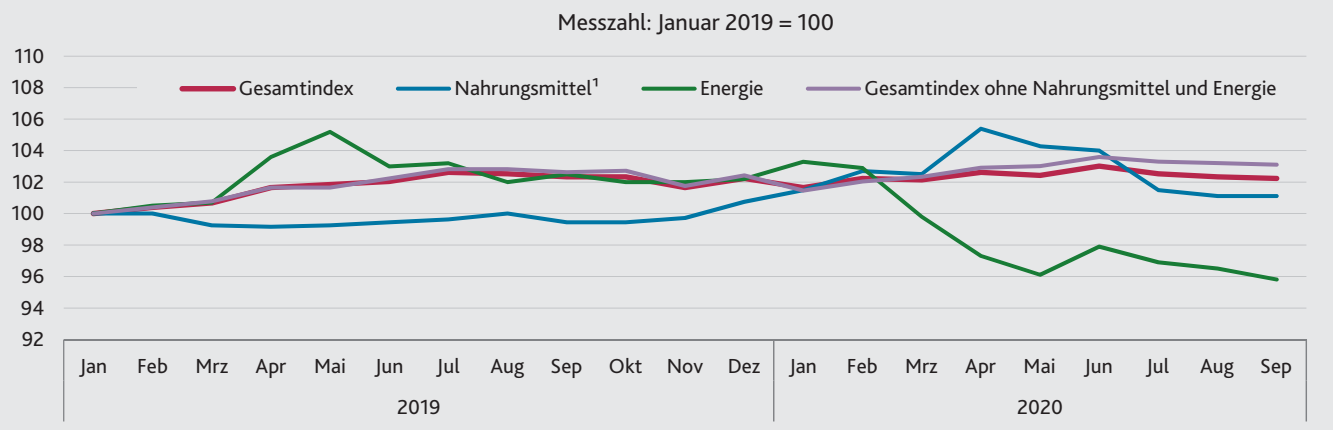
Teuerung lässt im Jahresverlauf deutlich nach

In den Monaten vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie stiegen die Verbraucherpreise moderat. Den niedrigsten Stand erreichte die Teuerungsrate 2019 im Oktober und November, als der Verbraucherpreisindex 0,8 Prozent über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats lag. Preissenkungen bei Energie, vor allem bei Mineralölprodukten, wirkten dämpfend auf die Inflationsrate. In den Folgemonaten zog die Teuerung an. Nach +1,4 Prozent im Dezember 2019 und +1,7 Prozent im Januar 2020 lag die Rate im Februar bei +1,8 Prozent. Die Entwicklungen bei Energie und Nahrungsmitteln wirkten nun preistreibend. Im Februar 2020 war Energie 2,4 Prozent teurer als ein Jahr zuvor; die Nahrungsmittelpreise lagen 2,7 Prozent über dem Niveau von Februar 2019.

Energiepreise wirkten im Frühjahr dämpfend auf die Teuerung

In den Krisenmonaten ließ die Teuerung deutlich nach. Im März 2020 waren die Verbraucherpreise 1,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Im April betrug die Inflationsrate +1 Prozent und im Mai nur noch +0,6 Prozent. Der Verlauf ist durch die Entwicklung der Energiepreise geprägt, die von März bis Mai deutlich sanken und damit dämpfend auf die Teuerung wirkten. Im Mai kostete Energie 8,6 Prozent weniger als im Vorjahresmonat, da vor allem Mineralölprodukte wesentlich günstiger wurden (–25 Prozent). Darin schlägt sich zeitlich versetzt der Preisverfall beim Rohöl nieder, der durch die schon vor der

G2 Verbraucherpreisindex 2019 und 2020 nach Monaten



1 Nahrungsmittel im April 2020: Aussagekraft eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher.

Krise schwächere Weltkonjunktur und die ausbleibende Anpassung der Fördermengen durch die OPEC verursacht sein könnte. Außerdem kommt beim Vergleich mit Mai 2019 ein statistischer Basiseffekt zum Tragen, da die Energiepreise im Jahresverlauf 2019 im Mai ihren höchsten Stand erreichten (siehe G2). Dem Rückgang der Energiepreise stand in den Krisenmonaten eine verstärkte Teuerung bei den Nahrungsmitteln gegenüber. Nach +2,7 Prozent im Februar lagen die Nahrungsmittelpreise im März um 3,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Mai und im Juni waren Nahrungsmittel sogar 5,1 bzw. 4,6 Prozent teurer als ein Jahr zuvor.

Kerninflationsrate leicht gesunken

Da die Nahrungsmittel- und Energiepreise stark schwanken, wird häufig neben dem Verbraucherpreisindex die Veränderung des Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie betrachtet, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird. Die Entwicklung der Kerninflationsrate zeigt, dass in den Krisenmonaten der Preisdruck in den anderen Gütergruppen etwas nachgelassen hat. Im Februar 2020 lag der Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie um 1,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Juni betrug die Kerninflationsrate nur noch +1,3 Prozent.

Inflationsrate nach der Mehrwertsteuersenkung erstmals seit 2016 negativ

Befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020

Das am 12. Juni 2020 vom Bundeskabinett beschlossene Konjunkturpaket sieht eine von Juli bis Dezember 2020 befristete Senkung der Mehrwertsteuersätze von 19 auf 16 bzw. von sieben auf fünf Prozent vor. Die Unternehmen sind nicht verpflichtet, die Steuersenkung über einen entsprechenden Preisnachlass an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterzugeben. Unter der Annahme, dass die Unternehmen die Steuersenkung vollständig weitergeben, wären die Verbraucherpreise nach einer Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes durch die Steuersenkung 1,6 Prozent niedriger als ohne Steuersenkung.[2]

2 Statistisches Bundesamt: Auswirkungen der Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise. Pressemitteilung Nr. 215 vom 15. Juni 2020. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_215_611.html [Stand: 29.10.2020].

Auswirkungen der Steuersenkung auf die Preise nicht genau zu beziffern

Die tatsächlichen Auswirkungen der Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise lässt sich jedoch nicht genau abschätzen, da die Steuersenkung nicht immer an die Kundinnen und Kunden weitergegeben wurde und die Preisentwicklung gleichzeitig auch von vielen anderen Faktoren beeinflusst wird. Es lässt sich allerdings ein deutlicher Rückgang der Inflationsrate feststellen. Während der Verbraucherpreisindex im Juni noch um ein Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats lag, waren die Preise im Juli etwas niedriger als ein Jahr zuvor; mit –0,1 Prozent war die Inflationsrate erstmals seit Mai 2016 negativ. Auch im August und im September war das Preisniveau etwas niedriger als in dem jeweiligen Vorjahresmonat (–0,2 bzw. –0,1 Prozent).

Preisanstieg bei Nahrungsmitteln schwächt sich ab

Die Energiepreise wirkten weiterhin dämpfend auf die Teuerung: Im September 2020 war Energie 6,5 Prozent günstiger als im Vorjahresmonat. Bei Nahrungsmitteln waren zwar weiterhin Preissteigerungen zu verzeichnen, jedoch hat sich der Preisauftrieb deutlich abgeschwächt. Im September waren Nahrungsmittel 1,7 Prozent teurer als im Vorjahresmonat. Die Kerninflationsrate zeigt, dass auch in den anderen Gütergruppen der Preisdruck nachgelassen hat: Der Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie lag nur noch 0,5 Prozent über dem Niveau von September 2019.

Bereits vor der Krise starke Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken

Obst- und Fleischpreise bereits vor der Krise merklich gestiegen

Von den zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex verzeichneten „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ im Februar 2020 die stärksten Preissteigerungen; sie verteuerten sich binnen Jahresfrist um 2,6 Prozent. Vor allem für Fleisch und Fleischwaren mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher tiefer in die Tasche greifen (+8,4 Prozent). Die Fleischpreise waren bereits in der zweiten Jahreshälfte 2019 merklich gestiegen. Hierbei könnte die verstärkte Nachfrage aus der Volksrepublik China eine Rolle gespielt haben, die mit dem Rückgang der chinesischen Schweinebestände infolge der Afrikanischen Schweinepest zusammenhängen könnte. Auch bei Obst zeichneten sich bereits vor der Corona-Pandemie stärkere Preissteigerungen ab. Im Februar 2020 lagen die Obstpreise um 5,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Auch im Juni waren Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke die Abteilung mit dem größten Preisanstieg gegenüber dem Vorjahresmonat (+4,4 Prozent). Die stärksten Preistreiber waren weiterhin Obst (+9,7 Prozent) sowie Fleisch und Fleischwaren (+8,1 Prozent). Aber auch bei anderen Nahrungsmitteln hat sich der Preisdruck erhöht, z. B. bei Molkereiprodukten und Eiern, die im Februar 0,9 Prozent und im Juni 3,3 Prozent mehr kosteten als im jeweiligen Vorjahresmonat.

Zunehmender Preisdruck bei Friseur- und anderen Dienstleistungen für die Körperpflege

Die Abteilung „Andere Waren und Dienstleistungen“ wies im Februar mit +2,5 Prozent die zweithöchste Teuerungsrate auf. Zu diesem sehr heterogenen Bereich zählen u. a. Körperpflege, Dienstleistungen sozialer Einrichtungen sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Im Juni war die Teuerung in diesem Bereich weiterhin hoch – die Preise lagen um 2,9 Prozent über dem Niveau von 2019. Ein wesentlicher Grund dafür sind kräftige Preissteigerungen bei den Dienstleistungen sozialer Einrichtungen, die sich bereits vor der Corona-Krise abzeichneten. Mit der Krise zusammenhängen könnte der verstärkte Preisdruck bei „Friseurleistungen

T1 Verbraucherpreisindex im Februar, Juni und September 2020 nach Abteilungen

	Veränderung zum Vorjahresmonat in %		
	Februar	Juni	September
Verbraucherpreisindex	1,8	1,0	-0,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	2,6	4,4	1,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	2,4	3,8	2,9
Bekleidung und Schuhe	0,3	-1,5	-1,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1,9	1,2	-0,2
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	1,2	1,3	-0,8
Gesundheit	1,3	1,3	0,4
Verkehr	2,2	-2,7	-2,4
Post und Telekommunikation	-0,5	-0,1	-2,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1,2	-0,1	-0,2
Bildungswesen	-0,2	0,2	0,7
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	2,4	1,5	0,4
Andere Waren und Dienstleistungen	2,5	2,9	2,4

und anderen Dienstleistungen für Körperpflege", da sich Haarschnitte z. B. dadurch verteuerten, dass sie nur noch in Verbindung mit einer Haarwäsche angeboten werden durften und zum Teil Hygieneaufschläge verlangt wurden.

Preise für Tabakwaren steigen deutlich

Auch in der Abteilung „Alkoholische Getränke und Tabakwaren" gab es bereits vor der Corona-Krise deutliche Preissteigerungen. Im Februar 2020 lagen die Preise um 2,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Juni 2020 waren alkoholische Getränke und Tabakwaren sogar 3,8 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Wesentliche Preistreiber innerhalb dieser Gütergruppe waren in beiden Monaten die Tabakwaren.

Teuerung bei Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen lässt nach

Vor der Krise waren auch in der Abteilung „Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen" deutliche Preiserhöhungen zu verzeichnen. Im Februar mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher für diese Dienstleistungen 2,4 Prozent mehr bezahlen als im Vorjahresmonat. In den Folgemonaten hat der Preisdruck nachgelassen. Im Juni waren die Preise für Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen 1,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Preise in der Abteilung „Verkehr" im Juni unter Vorjahresniveau

Markante Unterschiede zwischen der Preisentwicklung vor und in der Krise gab es in der Abteilung „Verkehr". Während Güter aus dem Bereich Verkehr im Februar noch um 2,2 Prozent teurer waren als ein Jahr zuvor, wurden im Juni deutliche Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat registriert (–2,7 Prozent). Ein wesentlicher Grund dafür sind starke Preissenkungen bei Kraft- und Schmierstoffen für Fahrzeuge. Aber auch die Personenbeförderung im Schienenverkehr war im Juni günstiger als im Februar.

Preissenkungen bei Bekleidung und Schuhen

In der Abteilung „Bekleidung und Schuhe" lagen die Preise im Juni ebenfalls unter dem Niveau des Vorjahresmonats (–1,5 Prozent). Im Februar hatten sie noch etwas oberhalb des Vorjahresniveaus gelegen (+0,3 Pro-

zent). Dies könnte damit zusammenhängen, dass sich der Einzelhandel mit Bekleidung und Schuhen vergleichsweise langsam von den Auswirkungen der coronabedingten Einschränkungen erholte. So waren die Einzelhandelsumsätze in diesem Handelssegment im Juni wesentlich niedriger als ein Jahr zuvor, obwohl die Einzelhandelsumsätze insgesamt höher ausfielen als im Vorjahresmonat.

Preise im September in sechs Abteilungen unter dem Vorjahresniveau

Teuerung bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken lässt nach

Im September 2020 waren die größten Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahresmonat in der Abteilung „Alkoholische Getränke und Tabakwaren" zu verzeichnen (+2,9 Prozent). Dies ist wie in den Vormonaten auf die Preisentwicklung bei Tabakwaren zurückzuführen; die Preise für Spirituosen, Bier und Wein waren im September niedriger als ein Jahr zuvor. Der Preisdruck bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken hat hingegen deutlich nachgelassen; die Preise lagen im September um 1,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Preise für „Andere Waren und Dienstleistungen" weiterhin deutlich über Vorjahresniveau

Weiterhin zu den Preistreibern zählten die „Anderen Waren und Dienstleistungen", die sich binnen Jahresfrist um 2,4 Prozent verteuerten. Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass in diese Gütergruppe zahlreiche Dienstleistungen fallen, die nicht mehrwertsteuerpflichtig sind und deren Preisentwicklung daher von der Mehrwertsteuersenkung unbeeinflusst blieb (z. B. ambulante und stationäre Pflege, Versicherungsbeiträge).

In sechs der zwölf Abteilungen lagen die Preise im September unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Besonders ausgeprägt war der Rückgang in der Abteilung „Post und Telekommunikation" (–2,9 Prozent), da „Telefone und andere Geräte für die Kommunikation" wesentlich günstiger angeboten wurden als im September 2019. Die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen waren ebenfalls rückläufig. Auch in der Abteilung „Verkehr" sank das Preisniveau deutlich (–2,4 Prozent). Hierfür waren die weiterhin niedrigen Preise für Kraft- und Schmierstoffe sowie Preisrückgänge in der Personenbeförderung im Schienenverkehr maßgeblich. Außerdem lagen die Preise in den Abteilungen „Bekleidung und Schuhe" (–1,8 Prozent), „Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör" (–0,8 Prozent), „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe" sowie „Freizeit, Unterhaltung und Kultur" (jeweils –0,2 Prozent) im September unter dem Vorjahresmonat.

Stärkste Preissenkungen bei „Post und Telekommunikation"

Fazit

Es ist nicht möglich, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Verbraucherpreise genau zu quantifizieren, da es dafür zum einen noch zu früh ist und zum anderen zahlreiche weitere Faktoren gleichzeitig auf die Preisentwicklung einwirkten. Insgesamt ließ die Teuerung im Verlauf des Jahres 2020 deutlich nach. Eine wesentliche Ursache war der starke Rückgang der Energiepreise; die Nahrungsmittelpreise zogen in den ersten Krisenmonaten hingegen kräftig an. Ab Juli wurde die Inflationsrate mit der Absenkung der Mehrwertsteuer sogar leicht negativ.

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Analysen Wirtschaft".

Corona-Pandemie setzt Arbeitsmarkt unter Druck

Arbeitslosenquote liegt im August bei 5,7 Prozent

Von Matthias Kowalczyk

Die Corona-Pandemie hat Folgen für den Arbeitsmarkt: Bis August 2020 stieg die Zahl der Arbeitslosen in Rheinland-Pfalz auf 129 600 Personen. Die Arbeitslosenquote erreichte im Juli und im August einen langjährigen Höchstwert von 5,7 Prozent. Durch diesen Anstieg wird sich die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz voraussichtlich erstmals seit sieben Jahren wieder erhöhen. Stärkere negative Folgen für den Arbeitsmarkt konnten wohl bisher durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – wie die Ausweitung der Kurzarbeit – verhindert werden. Die Zahl der Kurzarbeitenden erreichte im April 218 400 Personen und war damit mehr als viermal so hoch wie am Höhepunkt der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009.

Arbeitslosigkeit steigt als Folge der Corona-Pandemie deutlich

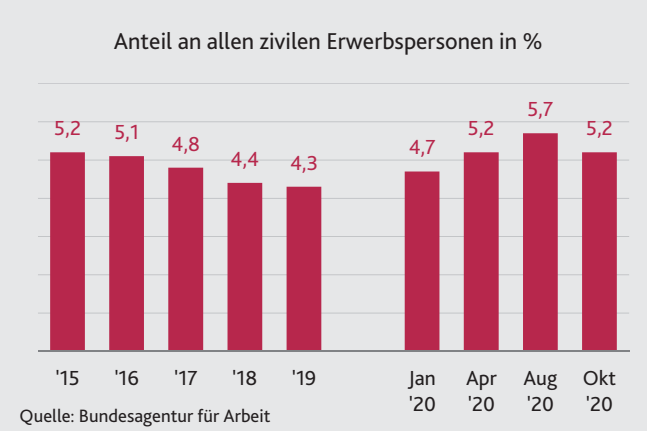
Zahl der Arbeitslosen steigt im April und im Mai

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und der massive Einbruch der Konjunktur, der dadurch ausgelöst wurde, setzen den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz stark unter Druck. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den Monaten nach dem Ausbruch der Pandemie deutlich gestiegen. Im Oktober 2020 waren bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) 118 700 Personen arbeitslos gemeldet. Das waren 16 000 bzw. 16 Prozent mehr als im März 2020. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres war die Zahl der Arbeitslosen um 4,4 Prozent auf 94 600 gesunken. Im August 2020 wurde der vorläufige Höchststand der Arbeitslosigkeit erreicht. Mit 129 600 lag die Zahl 30 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit erreichte die Arbeitslosigkeit eine ähnliche Größenordnung wie während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009.

Zu- und Abgänge ändern Arbeitslosenzahl

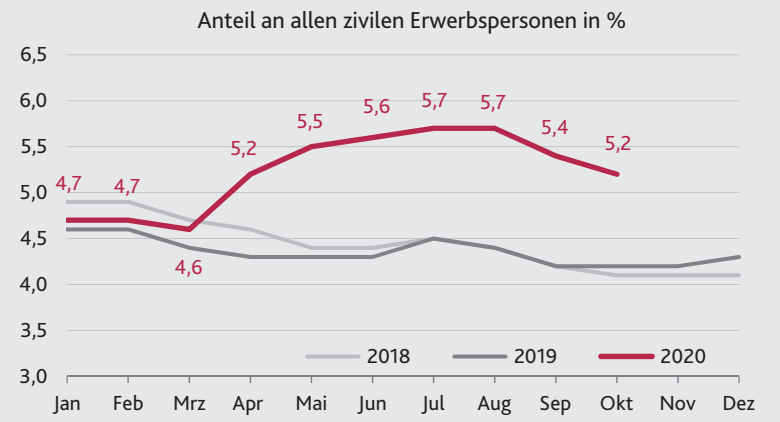
Die Zahl der Arbeitslosen ändert sich dynamisch durch Zu- und Abgänge. Zugänge umfassen Personen, die sich nach einer abhängigen Beschäftigung, Selbstständigkeit, Ausbildung oder Förderungsmaßnahme arbeitslos melden. Abgänge umfassen Personen, die durch Aufnahme einer Beschäftigung oder Fördermaßnahme ihre Arbeitslosigkeit

G1 Arbeitslosenquote



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

G2 Arbeitslosenquote 2020 nach Monaten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

beenden. Abhängig davon, welcher Strom größer ist, steigt oder sinkt die Gesamtzahl der Arbeitslosen. In den Monaten April bis Oktober 2020 erhöhte sich die Zahl der kumulierten Zugänge zur Arbeitslosigkeit aus einer abhängigen Beschäftigung verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um acht Prozent. Zudem sanken die Abgänge in diesem Zeitraum um 4,6 Prozent. Hinzu kommt, dass sich zwar weniger Personen aus einer Fördermaßnahme der Bundesagentur heraus arbeitslos meldeten (–30 Prozent), aber zugleich auch weit weniger Arbeitslose in eine Fördermaßnahme aufgenommen wurden (–35 Prozent).

Arbeitslosenquote nimmt seit April zu

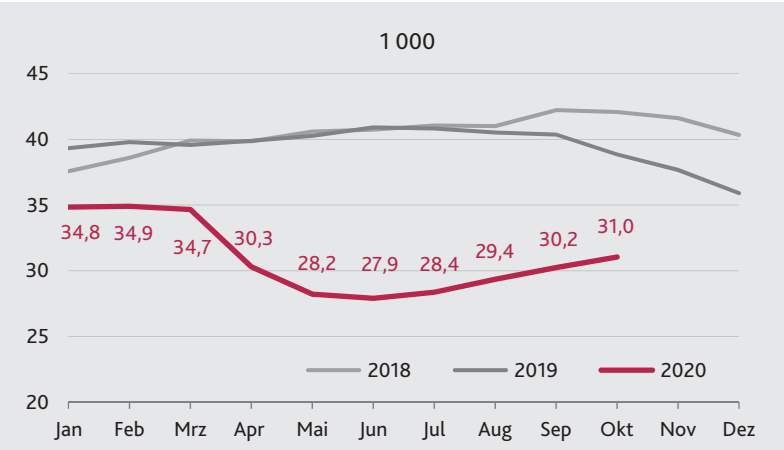
Die Arbeitslosenquote setzt die Zahl der Arbeitslosen ins Verhältnis zu allen zivilen Erwerbspersonen. Die Quote stieg von 4,6 Prozent im März auf 5,7 Prozent im Juli und im August. Ein Augustwert in dieser Größenordnung wurde zuletzt im Jahr 2010 kurz nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gemessen. Im August 2019 hatte die Quote noch bei 4,4 Prozent gelegen. Von August bis Oktober 2020 ging die Arbeitslosenquote auf 5,2 Prozent zurück. Dennoch dürfte durch die Corona-Krise die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote 2020 erstmals seit 2013 wieder steigen.

Zahl der gemeldeten Stellen sinkt kräftig

Frühjahrsbelebung bleibt coronabedingt aus

In der rückläufigen Entwicklung der gemeldeten Arbeitsstellen spiegelt sich die sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften am Arbeitsmarkt wider. In „normalen" Zeiten nimmt die Zahl der gemeldeten offenen Arbeitsstellen – nach einer Schwächephase im Winter – ab März deutlich zu. Diese sogenannte Frühjahrsbelebung blieb in diesem Jahr pandemiebedingt aus. Stattdessen verringerte sich die Zahl der offenen Stellen, und zwar im April deutlich um 13 Prozent gegenüber dem Vormonat und im Mai noch einmal um sieben Prozent. Im Juni 2020 wurde mit 27 900 offenen Stellen ein lang-

G3 Bestand an Arbeitsstellen 2018–2020 nach Monaten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

jähriger Tiefstand erreicht. Seit Juli nimmt die Zahl der gemeldeten Stellen allerdings wieder zu. Im September waren bei der Bundesagentur 30 200 Arbeitsstellen gemeldet. Das sind zwar 8,4 Prozent mehr als im Juni 2020, aber ein Viertel weniger als im September 2019.

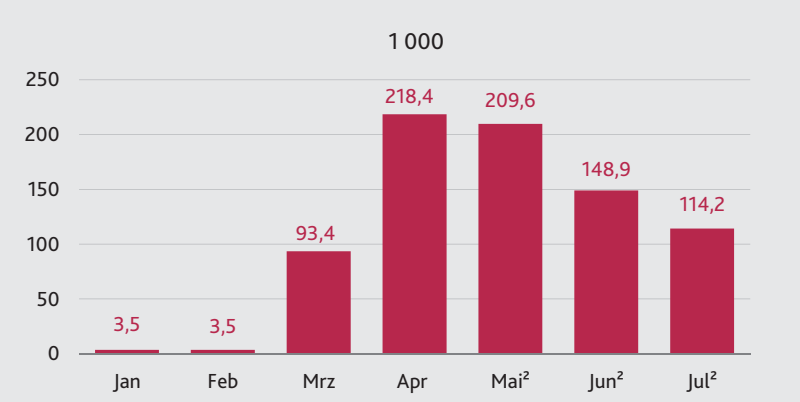
Kurzarbeit nimmt deutlich zu

Anträge zur Kurzarbeit erreichen historisches Niveau

Trotz des kräftigen Konjunktureinbruchs infolge der Corona-Pandemie und der Maßnahmen, die zu ihrer Eindämmung ergriffen wurden, stieg die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz und in Deutschland vergleichsweise moderat. Das ist zu einem großen Teil auf die Kurzarbeit zurückzuführen. Um die Belastung des Arbeitsmarktes durch die Pandemie abzufedern, erleichterte die Bundesregierung den Zugang zum Kurzarbeitergeld.

Von März bis Oktober 2020 stieg die Zahl der Personen, die von ihren Betrieben bei der Bundesagentur zur Kurzarbeit angemeldet wurden, auf 488 700. Das sind deutlich mehr Anmeldungen als während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise; damals waren es im gesamten Jahr 2009 rund 138 300. Die Zahl der Personen, die bis Juli 2020 Kurzarbeitergeld tatsächlich in Anspruch nahm, war deutlich geringer als die Zahl der Personen, die zur Kurzarbeit angemeldet wurde. Die sogenannte „realisierte" Kurzarbeit erreichte im Juli, nach Hochrechnungen der Bundesagentur, einen Stand von 114 200 Personen in 14 100 Betrieben.

G4 Realisierte Kurzarbeit: Anzahl Kurzarbeitender 2020[1] nach Monaten



1 Ausschließlich aus wirtschaftlichen und konjunkturellen Gründen (§96 SGB III). – 2 Hochgerechnete Werte (vorläufig). Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Beschäftigung im Gastgewerbe und in der Industrie besonders stark betroffen

Die Zahl der Zugänge zur bzw. der Abgänge aus der Arbeitslosigkeit zeigt, wie sich die Corona-Pandemie in einzelnen Wirtschaftszweigen auf die Beschäftigung auswirkt.

Abgänge aus der Arbeitslosigkeit sinken vor allem im Gastgewerbe

Insgesamt nahmen in Rheinland-Pfalz im Zeitraum April bis Juni 2020 mit 5 500 Personen knapp ein Viertel weniger Arbeitslose eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dies betrifft vor allem Branchen, die in „normalen" Jahren im Frühjahr zusätzliche Saisonkräfte einstellen. Hierzu zählt das Gastgewerbe und die Zeitarbeit. Im zweiten Quartal 2020 boten gegenüber dem zweiten Quartal 2019 Betriebe im Gastgewerbe 42 Prozent und Zeitarbeitsunternehmen 36 Prozent weniger Arbeitslosen eine neue Beschäftigung. Darüber hinaus fanden von April bis Juni auch im Bereich „Erziehung und Unterricht" deutlich weniger arbeitslose Personen eine abhängige Beschäftigung. Der Abgang aus der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung in diesem Bereich nahm im Vergleich zum Vorjahresquartal um 29 Prozent ab. Dies hängt vor allem mit dem eingeschränkten oder

Kurzabeit

Das **„Gesetz zur befristeten krisenbedingten Verbesserung der Regelungen für das Kurzarbeitergeld"** (vom 13. März 2020) soll schnell und gezielt helfen, wenn Unternehmen coronabedingte Arbeitsausfälle haben.

Wenn zehn Prozent der Beschäftigten eines Unternehmens von einem Arbeitsausfall von mehr als zehn Prozent betroffen sind übernimmt die Bundesagentur für Arbeit bis zu 67 Prozent des fehlenden Nettoentgeltes der Beschäftigten, deren Arbeitszeit bei gleichzeitigen Lohnverzicht verkürzt wurde. Arbeitgebern werden zudem die fälligen Sozialversicherungsbeiträge erstattet. Bei einer Kürzung der Arbeitszeit von mehr als 50 Prozent steigt das Kurzarbeitergeld ab dem vierten Bezugsmonat auf bis zu 77 Prozent und ab dem siebten Bezugsmonat auf bis zu 87 Prozent.

Zu unterscheiden ist zwischen angezeigter und realisierter Kurzarbeit. Betriebe müssen vor Beginn der Kurzarbeit einmalig eine schriftliche Anzeige stellen, ein direkter zeitlicher Bezug zum Beginn der tatsächlichen Kurzarbeit besteht nicht; möglicherweise wird das Kurzarbeitergeld trotz Anzeige nicht in Anspruch genommen. Die Daten zum realisierten Kurzarbeitergeld basieren auf den Anträgen zur Auszahlung des Kurzarbeitergeldes, welche in jedem Monat, in dem Kurzarbeit stattfindet, gestellt werden müssen. Die in diesem Beitrag verwendeten Daten beziehen sich ausschließlich auf das Kurzarbeitergeld aus wirtschaftlichen und konjunkturellen Gründen (§ 96 SGB III).

eingestellten Betrieb von Erziehungseinrichtungen im zweiten Quartal zusammen.[1] Der Abgang aus der Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe verringerte sich ebenfalls deutlich. Dieser lag im zweiten Quartal um ein Viertel unter dem Vorjahreszeitraum.

1 Werte für März – Juni 2020 vorläufig.

Auch der Zugang in die Arbeitslosigkeit verschärfte im zweiten Quartal die Situation auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Personen, die sich aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis heraus arbeitslos meldeten, stieg gegenüber dem zweiten Quartal 2019 um 31 Prozent auf 30 300 Personen.

Zugänge in die Arbeitslosigkeit haben sich im Gastgewerbe im zweiten Quartal mehr als verdoppelt

Wie bei den Abgängen ist auch bei den Zugängen das Gastgewerbe besonders stark betroffen. Die Zahl der Personen, die aus einer abhängigen Beschäftigung im Gastgewerbe heraus arbeitslos wurden, stieg um 129 Prozent auf 3 200. Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich der Zugang in die Arbeitslosigkeit mit einem Plus von 1 200 bzw. 40 Prozent ebenfalls deutlich. Darüber hinaus gab es kräftige Zugänge in die Arbeitslosigkeit auch aus den Bereichen „Verkehr" (+61 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal), „Erziehung und Unterricht" (+42 Prozent), „Immobilien, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen" (+32 Prozent) sowie „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" (+31 Prozent).

In allen Wirtschaftsbereichen weniger offene Stellen

Die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen nahm nach Ausbruch der Corona-Pandemie in allen Wirtschaftszweigen ab. In Rheinland-Pfalz waren im April 2020 rund 9 600 offene Arbeitsstellen weniger gemeldet als im April 2019 (–24 Prozent). Am kräftigsten sank der Bestand im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" mit einem Rückgang um 4 800 Stellen gegenüber dem Vorjahresmonat (–33 Prozent). Dies resultiert überwiegend daraus, dass Zeitarbeitsunternehmen deutlich weniger offene Stellen meldeten (–8 900 Stellen bzw.

Nachfrage nach Arbeitskräften vor allem in Zeitarbeitsfirmen rückläufig

–36 Prozent).[2] Im Verarbeitenden Gewerbe und im Gastgewerbe wurden im April 2020 jeweils 900 offene Stellen weniger gemeldet als im April 2019 (–25 bzw. –40 Prozent). Auch im Baugewerbe (–520 Stellen bzw. –18 Prozent) und im Bereich „Verkehr und Lagerei" (–580 Stellen bzw. –35 Prozent) waren im April 2020 deutlich weniger Stellen zu besetzen als im Vorjahresmonat.

Auch noch im Oktober 2020 gab es deutlich weniger offene Arbeitsstellen als im Oktober 2019. Im Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen" wurden am Arbeitsmarkt 4 400 Stellen bzw. 30 Prozent weniger angeboten als im Vorjahresmonat. Im Verarbeitenden Gewerbe (–670 Stellen bzw. –20 Prozent) und im Gastgewerbe (–490 Stellen bzw. –25 Prozent) sank die Zahl der offenen Stellen ebenfalls beträchtlich. Im Einzelhandel waren im Oktober 2 100 Stellen zu besetzen, das sind 15 Prozent weniger als im Vorjahresmonat.

Kurzarbeit vor allem im Verarbeitenden Gewerbe

Die Inanspruchnahme des Kurzarbeitergeldes unterscheidet sich zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen stark. Für Rheinland-Pfalz sind dazu leider keine Daten verfügbar; deshalb wird die Situation für Deutschland dargestellt:

Im April 2020 waren etwa 29 Prozent aller Personen, die in Deutschland zur Kurzarbeit angemeldet wurden, im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. Rund 17 Prozent hatten ihre Arbeitsstelle im Bereich „Handel bzw. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen". Die restlichen 54 Prozent verteilten sich vor allem auf die Bereiche „Unternehmensdienstleistungen" (15 Prozent), „Gesundheits- und Sozialwesen" (acht Prozent), „Gastgewerbe" (acht Prozent) sowie „Verkehr und Lagerei" (sechs Prozent). Die Verteilung bezogen auf die realisierte Kurzarbeit ist ähnlich. Etwa 31 Prozent der Kurzarbeitenden im April ist im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, der Anteil des Bereichs „Handel bzw. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen" lag bei 17 Prozent. Wie bei der angezeigten Kurzarbeit erreichte der Anteil der tatsächlich Kurzarbeitenden in den Bereichen „Unternehmensdienstleistungen" sowie „Verkehr und Lagerei" 15 bzw. sechs Prozent.[3]

Der größte Teil der Kurzarbeitenden ist im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt

Bis Oktober 2020 ging die Zahl der Neuanzeigen stark zurück. Der Anteil der Anzeigen für Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe stieg auf 39 Prozent. Aus dem Handel kamen im Oktober 15 Prozent aller Anzeigen zur Kurzarbeit. Die Bereiche „Unternehmensdienstleistungen" und „Gastgewerbe" kamen auf Anteile von zwölf bzw. zehn Prozent.

In Rheinland-Pfalz durchschnittlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt sind regional unterschiedlich. Eine Ursache hierfür sind divergierende Wirtschaftsstrukturen. Vor allem in Bundesländern mit einem hohen Anteil von Erwerbstätigen in den Bereichen Tourismus, Gastgewerbe und Handel stieg die Arbeitslosigkeit stärker. Bundesländer mit einem hohen Anteil an Erwerbstätigen in der Industrie waren dagegen schwächer betroffen. Dies ist möglicherweise auf die

2 Darunter sind die Bereiche „Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften" und „Befristete Überlassung von Arbeitskräften" zusammengefasst.

3 Daten zur realisierten Kurzarbeit basieren auf Hochrechnungen (Mai bis Juli).

kleinteiligere Betriebsstruktur in den Bereichen Tourismus, Gastgewerbe und Handel und auf die stärkere Nutzung der Kurzarbeit durch die Industrie zurückzuführen.

Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit hohem Anstieg der Arbeitslosenquote

In Rheinland-Pfalz, einem Bundesland mit einem nur leicht überdurchschnittlichen Industrieanteil, stieg die Arbeitslosenquote im August im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,3 Prozentpunkte. Dieser Anstieg entspricht dem Bundesdurchschnitt. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg, in denen der Anteil Beschäftigter im Gastgewerbe überdurchschnittlich ist, nahm die Arbeitslosenquote im August gegenüber dem Vorjahresmonat besonders kräftig zu (+2,7 bzw. +2,1 Prozentpunkte). Den geringsten Zuwachs an Arbeitslosigkeit verzeichneten die ostdeutschen Länder Brandenburg (+0,8 Prozentpunkte gegenüber August 2019), Sachsen (+1,1 Prozentpunkte) und Sachsen-Anhalt (+1 Prozentpunkt).

Fazit

Infolge der Corona-Pandemie und den Maßnahmen zur Eindämmung waren vor allem im April und im Mai deutliche Auswirkungen auf den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt zu beobachten. Wie bereits während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, konnten die Folgen der Corona-Pandemie allerdings durch den Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instruments der Kurzarbeit bisher abgemildert werden. Mit der Lockerung der Schutzmaßnahmen im Sommer und durch die typische Herbstbelebung entspannte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im August und im September leicht. Ob diese Entwicklung anhält, hängt zum einen vom weiteren Verlauf der Pandemie ab. Zum anderen ist die weitere Entwicklung davon abhängig, wie lange die Ausweitung der Kurzarbeit weitergeführt werden kann und wie sich die Unternehmensinsolvenzen in den nächsten Monaten entwickeln.

Datengrundlage

Ausführliche Informationen zu den Arbeitsmarktstatistiken bietet die Internetseite der Bundesagentur für Arbeit (www.statistik.arbeitsagentur.de). Dort finden sich neben den aktuellen Ergebnissen auch Definitionen, detaillierte Erläuterungen zu den Berechnungsmethoden und weiterführende Literaturhinweise.

Matthias Kowalczyk, M. Sc. Economics, ist Referent im Referat „Analysen Wirtschaft“ und leitet zurzeit kommissarisch das Referat „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erwerbstätigenrechnung, Arbeitsmarkt“.

Angespannte Kommunalfinanzen

Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben führen zu höheren Defiziten – Bund und Land helfen

Von Dr. Christoph Wonke

Die amtliche Statistik erfasst regelmäßig die Finanzen der Kommunen. Erste Ergebnisse zeigen, dass bei den Kommunen einerseits die Einnahmen deutlich zurückgegangen sind. Andererseits erhöhten sich gleichzeitig die kommunalen Ausgaben. Das Finanzierungsdefizit der Kommunen insgesamt ist infolgedessen merklich gestiegen und die Schulden sind gewachsen. Bund und Land unterstützen die Kommunen durch verschiedene Hilfsprogramme.

Vorläufige Ergebnisse des ersten Halbjahres 2020

Zur Beschreibung der Finanzsituation der Kommunen ist es sinnvoll, gleich mehrere Themengebiete zu beleuchten: die Einnahmen, die Ausgaben und das Vermögen bzw. die Schulden.

Steuereinnahmen sinken um sieben Prozent

Nach vorläufigen Ergebnissen sind die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Kommunen in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2020 spürbar gesunken. Sie gingen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2019 um sieben Prozent bzw. 170 Millionen auf 2,27 Milliarden Euro zurück.

Grundsätzlich lassen sich die Steuereinnahmen in zwei Kategorien einteilen: die Realsteuern und die Gemeinschaftssteuern. Bei den Realsteuern können die Kommunen ihre Einnahmen durch Festlegung der Hebesätze gestalten. Die Gemeinschaftssteuern werden hingegen vom Bund und den Ländern festgelegt. Die Länder leiten den Kommunen einen Anteil an diesen Steuereinnahmen weiter.

Gewerbesteuer sinkt um zehn Prozent

Die kommunalen Einnahmen aus den Realsteuern schrumpften im ersten Halbjahr 2020 um 7,3 Prozent bzw. 91 Millionen auf

Datengrundlage 1. und 2. Quartal

Die amtliche Statistik erfasst die Zahlungsvorgänge in den Kommunen. Grundsätzlich werden die Daten in jährlichen Statistiken mit einer hohen Genauigkeit und einem umfassenden Merkmalskranz erhoben. Eine unterjährige Erfassung erfolgt nicht. Der Stichtag ist der 31. Dezember eines Jahres. Die Ergebnisse liegen in der Regel erst mit einem Zeitverzug von fast 18 Monaten vor. Für das durch Corona geprägte Jahr 2020 werden die Ergebnisse folglich erst im Sommer 2022 verfügbar sein.

Die amtliche Statistik erhebt aber auch vorläufige Zahlen aus den Kassenbewegungen der Kommunen. Die Erfassung erfolgt quartalsweise. Diese Statistik weist eine geringere Genauigkeit und einen eingeschränkten Merkmalskranz auf; sie ist jedoch bereits 1,5 Monate nach dem jeweiligen Stichtag verfügbar. Für die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben des 1. Halbjahres 2020 werden in diesem Fachbeitrag daher die vorläufigen Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik verwendet.

T1 Kassenmäßige Steuereinnahmen der Kommunen im ersten Halbjahr 2019 und 2020 nach Einnahmearten

Einnahmeart	2019 insgesamt	2020 insgesamt	2020 Veränderung zum Vorjahreszeitraum	
	Mill. EUR			%
Realsteuern	1 253	1 162	-91	-7,3
Grundsteuer A	9	9	0	0,4
Grundsteuer B	286	293	7	2,4
Gewerbesteuer (netto)[1]	958	860	-98	-10,2
Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern	1 138	1 067	-71	-6,3
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	970	907	-63	-6,5
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	168	160	-8	-4,7
Sonstige Steuern und steuerähnliche Einnahmen	49	41	-7	-15,3
Insgesamt	2 440	2 270	-170	-7,0

1 Betrag, der bei den Kommunen verbleibt – also nach Abzug der an Land/Bund abzuführenden Umlage.

T2 Kassenmäßige Ausgaben der Kommunen im ersten Halbjahr 2019 und 2020 nach Ausgabearten

Ausgabeart	2019 insgesamt	2020 insgesamt	2020 Veränderung zum Vorjahreszeitraum	
	Mill. EUR			%
Personal	1 500	1 583	83	5,5
laufender Sachaufwand	1 175	1 277	102	8,7
Soziale Leistungen	1 543	1 593	50	3,2
Zinsen	101	88	-12	-12,4
Sachinvestitionen	574	575	0,1	0,0
darunter:				
Baumaßnahmen Schulen	71	96	25	35,3
Baumaßnahmen Straßen	146	147	2	1,2
Erwerb Grundstücke sowie bewegliche Sachen	145	118	-27	-18,6

1,16 Milliarden Euro. Unter den Realsteuern haben die Gewerbesteuern für die Kommunen die größte fiskalische Bedeutung. Sie machen rund 75 Prozent der Realsteuern aus. Genau diese Steuerart war von der Corona-Pandemie am stärksten betroffen. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sanken im Vergleich zum ersten Halbjahr 2019 um 98 Millionen Euro bzw. zehn Prozent.

Höhere Ausgaben für Personal und Sachaufwand

Gleichzeitig mit sinkenden Einnahmen mussten die Kommunen im ersten Halbjahr 2020 auch steigende Ausgaben bewältigen. Die Personalausgaben wuchsen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2019 um 83 Millionen Euro (+5,5 Prozent), die Ausgaben für soziale Leistungen erhöhten sich um 50 Millionen Euro (+3,2 Prozent), und der laufende Sachaufwand stieg um 102 Millionen Euro (+8,7 Prozent). Die Ausgaben für Sachinvestitionen blieben hingegen insgesamt nahezu auf dem Vorjahresniveau. Die darin enthaltenen Baumaßnahmen an Schulen wuchsen um 25 Millionen Euro, die Ausgaben für bewegliche Sachanlagen sowie den Kauf von Grundstücken ging hingegen um 27 Millionen Euro zurück.

Nur wenige Ausgabenpositionen sind im ersten Halbjahr 2020 gesunken. So mussten die Kommunen rund zwölf Millionen Euro weniger Zinsen zahlen als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Finanzierungsdefizit steigt um 225 Millionen Euro

Aus diesen Gründen übersteigen im ersten Halbjahr die kassenmäßigen Ausgaben deutlich die Einnahmen. In der Summe ergab sich ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 615 Millionen Euro. Damit war der Fehlbetrag im ersten Halbjahr 2020 um 225 Millionen Euro höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Insgesamt verbuchten rund zwei Drittel aller kommunalen Gebietskörperschaften ein Finanzierungsdefizit. Bei den kreisfreien Städten wiesen neun von zwölf und bei den verbandsfreien Gemeinden 25 von 29 in ihren Haushalten einen Fehlbetrag aus.

T3 Kassenmäßiges Finanzierungssaldo der Kommunen im ersten Halbjahr 2020 nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppe	2020					Veränderung zum Vorjahreszeitraum
	positiver Saldo		negativer Saldo		Summe	Summe
	Anzahl	Mill. EUR	Anzahl	Mill. EUR		Mill. EUR
Kreisfreie Städte	3	4	9	-310	-306	-60
Verbandsfreie Gemeinden	4	8	25	-166	-158	-118
Ortsgemeinden	714	94	1 547	-316	-222	-65
Verbandsgemeinden	62	67	67	-76	-10	-30
Landkreise	15	139	9	-52	87	54
Bezirksverband Pfalz	-	-	1	-6	-6	-6
Insgesamt	798	312	1 658	-926	-615	-225

Finanzierungsüberschuss der Landkreise insgesamt beläuft sich auf 87 Millionen Euro

Lediglich die Landkreishaushalte konnten im ersten Halbjahr 2020 zusammengenommen einen Überschuss in Höhe von knapp 87 Millionen Euro vorweisen. Für alle anderen Körperschaftsebenen ergaben sich Fehlbeträge. Bei einem negativen Finanzierungssaldo gibt die Kommune im Betrachtungszeitraum mehr aus als sie einnimmt. Sie muss Liquiditätsreserven nutzen oder Elemente des klassischen Liquiditätsmanagements einsetzen und beispielsweise Vermögen veräußern oder Liquiditätskredite aufnehmen.

Im ersten Halbjahr 2020 stellten nach den vorläufigen Ergebnissen 68 Prozent der kommunalen Gebietskörperschaften in ihren Haushalten Finanzierungsdefizite fest. Insgesamt entstand in den Kassen dieser Gebietskörperschaften ein Fehlbetrag von 926 Millionen Euro. Die anderen 32 Prozent verbuchten Finanzierungsüberschüsse, die sich auf insgesamt 312 Millionen Euro summieren. Für alle Kommunen zusammengenommen ergab sich im ersten Halbjahr 2020 ein Fehlbetrag in Höhe von 615 Millionen Euro.

Dieser Fehlbetrag führte nach den vorläufigen Zahlen der amtlichen Statistik im ersten Halbjahr 2020 dazu, dass die Kommunen

T4 Schulden der Kommunen im ersten Halbjahr 2020 nach Gebietskörperschaftsgruppen

Gebietskörperschaftsgruppe	Schulden[1] insgesamt			Davon					
				Investitionskredite			Liquiditätskredite		
	Stichtag 30.6.2020	Veränderung seit 31.12.2019		Stichtag 30.6.2020	Veränderung seit 31.12.2019		Stichtag 30.6.2020	Veränderung seit 31.12.2019	
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%
Kreisfreie Städte	6 125	251	4,3	2 268	-32	-1,4	3 857	283	7,9
Kreisangehörige Gemeinden	2 204	38	1,7	1 809	-3	-0,2	396	41	11,5
Verbandsgemeinden[2]	1 752	38	2,2	749	-21	-2,7	1 003	59	6,2
Landkreise[3]	2 272	-43	-1,9	1 176	-8	-0,7	1 097	-35	-3,1
Bezirksverband Pfalz	26	-1	-3,8	26	-1	-3,8	0	0	-
Insgesamt	12 379	283	2,3	6 028	-65	-1,1	6 352	348	5,8

1 Schulden der Kernhaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich (z. B. Banken und Kreditinstitute); die Schulden der Extrahaushalte werden unterjährig nicht erfasst. – 2 Nur die Verbandsgemeindehaushalte, d. h. ohne die verbandsangehörigen Gemeinden. – 3 Nur Landkreishaushalte, d. h. ohne die kreisangehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände.

Schulden wachsen im ersten Halbjahr um 2,3 Prozent

beim nicht-öffentlichen Bereich rund 283 Millionen Euro an zusätzlichen Schulden aufnahmen. Damit wuchsen die Schulden der Kommunen innerhalb von sechs Monaten um 2,3 Prozent.

Zwischen den Gebietskörperschaftsebenen gibt es zum Teil deutliche Unterschiede. Die kreisfreien Städte meldeten den stärksten Schuldenanstieg. Hier wuchs die Verschuldung im ersten Halbjahr 2020 um 251 Millionen Euro auf 6,12 Milliarden Euro (+4,3 Prozent). Die Landkreishaushalte insgesamt konnten ihre Schuldenlast im ersten Halbjahr 2020 dagegen sogar um 43 Millionen Euro bzw. 1,9 Prozent senken. Sie haben offensichtlich einen Teil ihres positiven Finanzierungssaldos für den Abbau von Altschulden verwendet.

Erste Ergebnisse des dritten Quartals 2020

Beim Redaktionsschluss dieses Beitrags war die Erhebung des 3. Quartals in der vierteljährlichen Kassenstatistik noch nicht abgeschlossen. Aus einer anderen Datenquelle lagen jedoch bereits erste Ergebnisse aus dem Bereich der Gewerbesteuereinnahmen vor (siehe Methodenkasten).

Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen gehen in den ersten drei Quartalen um elf Prozent zurück

Demnach haben die Kommunen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2020 zusammen rund 1,22 Milliarden Euro Gewerbesteuer eingenommen. Im Jahr zuvor waren es im gleichen Zeitraum noch 1,39 Milliarden Euro. Folglich lagen die Einnahmen 2020 um rund 158 Millionen Euro bzw. elf Prozent unter dem Vorjahresergebnis.

Die Corona-Pandemie führt nicht in allen Kommunen zu einem Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen. In gut der Hälfte der 2 301 Ortsgemeinden wurden höhere Gewerbesteuereinnahmen als im Jahr zuvor verbucht. Die Mehreinnahmen summieren sich dort auf 143 Millionen Euro. Für die andere Hälfte der Kommunen waren in den ersten drei Quartalen hingegen sinkende Gewerbesteuereinnahmen zu beobachten. Der Rückgang betrug in diesen Kommunen gegenüber dem Vorjahr insgesamt etwa 301 Millionen Euro.

Ein Blick in das Vorjahr führt zunächst zu einer irritierenden Erkenntnis. In den ersten drei Quartalen 2019 waren die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen gegenüber 2018 konjunkturbedingt um 173 Millionen Euro bzw. elf Prozent geschrumpft. Wie kann es sein, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in den ersten drei Quartalen 2020 trotz des enormen coronabedingten Wirtschaftseinbruchs nur in einer ähnlichen Größenordnung wie 2019 geschrumpft sind?

Die Sachaufklärung zeigt, dass im Jahr 2020 ein zufälliger Effekt einen noch größeren Rückgang verhindert hat: Die Gemeinden

Datengrundlage 3. Quartal

Die Ergebnisse für das dritte Quartal 2020 aus der vierteljährlichen Kassenstatistik waren bei Redaktionsschluss für diesen Beitrag noch nicht verfügbar. Aufgrund der außergewöhnlichen Situation und dem hohen öffentlichen Bedarf an aktuellen Zahlen hat das Statistische Landesamt einen ungewöhnlichen Schritt unternommen: Mit Zustimmung der Kommunen hat es Daten aus einer anderen Quelle – nämlich aus der Berechnung der Gewerbesteuerumlage – ausgewertet. Die von den Kommunen übermittelten Daten zu den Gewerbesteuereinnahmen wichen in den letzten Jahren nur minimal von den im Rahmen der vierteljährlichen Statistik erhobenen Daten ab. Folglich stellen sie eine verlässliche Datenbasis dar.

Zufälliger Effekt verhindert deutlicheren Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen

müssen grundsätzlich einen Teil ihrer Gewerbesteuereinnahmen an das Land und den Bund abführen. Das 2001 beschlossene Solidarpaktfortführungsgesetz lief zum 31. Dezember 2019 aus. Der sogenannte Landesvervielfältiger sank dadurch von 64 auf 35 Prozent. Infolgedessen durften die Kommunen ab dem 1. Januar 2020 netto mehr von ihrer Gewerbesteuereinnahme selbst behalten. Zufällig wurde dieser Entlastungseffekt genau zu Beginn des Jahres wirksam, in dem sich nur wenige Monate später eine weltweite Pandemie zu einer enormen Belastung für die Wirtschaft und die Kommunalfinanzen entwickelte.

T5 Kommunale Einnahmen aus der Gewerbesteuer für das 1. bis 3. Quartal 2019 und 2020

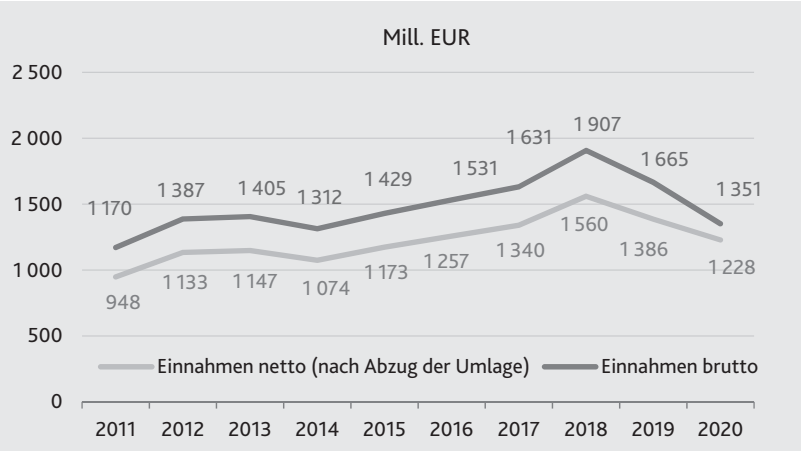
Merkmal	Einheit	brutto		netto[1]	
		2019	2020	2019	2020
Einnahmen insgesamt	Mill. EUR	1 665	1 351	1 386	1 228
Veränderung gegenüber identischen Zeitraum Vorjahr	Mill. EUR	-242	-314	-174	-158
	Prozent	-12,7	-18,8	-11,1	-11,4
Kommunen mit Anstieg					
Anzahl		1 207	1 040	1 232	1 184
Summe Zuwachs	Mill. EUR	161	128	141	143
Kommunen mit Rückgang					
Anzahl		1 096	1 261	1 072	1 117
Summe Rückgang	Mill. EUR	-403	-442	-315	-301

1 Gewerbesteuer, die bei den Kommunen verbleibt – also nach Abzug der an Land/Bund abzuführenden Umlage.

Schon 2019 spürbarer Rückgang der kommunalen Gewerbesteuern

Dein Vergleich der Ergebnisse der jeweils ersten drei Quartale eines Jahres seit 2011 zeigen, dass die Gewerbesteuereinnahmen 2018 ihren bisherigen Höchststand erreichten. Bereits ohne Corona-Krise gingen die Einnahmen 2019 spürbar zurück. Ursache hierfür war die abflauende Konjunktur. Die Corona-Pandemie ließ die Gewerbesteuereinnahmen dann in den ersten drei Quartalen 2020 brutto um 19 Prozent schrumpfen. Die Einnahmen sanken ungefähr auf das Niveau des Jahres 2014. Der Entlastungsmechanismus durch das Auslaufen des Solidarpaktes dämpfte jedoch den Effekt für die Kommunalfinanzen. Die kommunalen Einnahmen aus der Gewerbesteuer verringerten sich lediglich um elf Prozent.

G1 Gewerbesteuereinnahmen 1.–3. Quartal 2011–2020



Land und Bund unterstützen Kommunen in der Corona-Krise

Um die Auswirkungen der Corona-Krise für die Kommunen zu mildern, haben das Land und der Bund verschiedene Programme zur Stärkung der kommunalen Finanzsituation aufgelegt. So wurden vom Land 100 Millionen Euro Soforthilfe an die kreisfreien Städte und Landkreise ausgezahlt. Darüber hinaus sieht ein aktueller Gesetzesentwurf vor, dass die

Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben führen zu wachsendem Finanzierungsdefizit und neuen Schulden

Kommunen noch in diesem Jahr rund 412 Millionen Euro als Ausgleich für entgangene Gewerbesteuereinnahmen erhalten – im nächsten Jahr verteilt das Land noch einmal 50 Millionen Euro an die Kommunen. Durch den Stabilisierungsmechanismus im kommunalen Finanzausgleich wird zudem für das Jahr 2020 eine Reduzierung der Finanzausgleichsmasse um rund 400 Millionen Euro vermieden, die sich aus einer coronabedingten starken Verminderung der maßgeblichen Landessteuereinnahmen ergeben hätte.

Fazit

Unterstützung druch Bund und Land

Die Corona-Pandemie führt zu einer Verschlechterung der Finanzlage der Kommunen. Bereits im ersten Halbjahr 2020 fielen die Einnahmen um 170 Millionen Euro bzw. sieben Prozent. Am deutlichsten ist der Rückgang bei den Gewerbesteuereinnahmen (–98 Millionen Euro bzw. –10,2 Prozent). Gleichzeitig stiegen die Ausgaben der Kommunen, und zwar insbesondere die Personalausgaben (+83 Millionen Euro bzw. +5,5 Prozent) sowie die Sachaufwendungen (+102 Millionen Euro bzw. +8,7 Prozent). Das Finanzierungsdefizit in den kommunalen Haushalten wuchs im ersten Halbjahr auf insgesamt 615 Millionen Euro, die Schulden erhöhten sich um 283 Millionen Euro bzw. 2,3 Prozent.

Für das dritte Quartals 2020 zeigt sich ein weiterer Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen. Insgesamt sanken die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in den ersten drei Quartalen um elf Prozent – ein zufälliger Effekt verhinderte einen noch größeren Rückgang.

Bund und Land stützen die Finanzen der Kommunen mit verschiedenen Programmen. Einerseits wurden 100 Millionen Euro Soforthilfen an die Kommunen überwiesen. Zudem sollen insbesondere die kommunalen Gewerbesteuerausfälle abgefedert werden. Hierfür stehen 2020 insgesamt 412 Millionen Euro und 2021 noch einmal 50 Millionen Euro bereit. Der Stabilisierungsmechanismus im kommunalen Finanzausgleich umfasst weitere 400 Millionen Euro.

Vorläufige Jahresergebnisse ab Mitte Februar 2021 verfügbar

Traditionell sind die Einnahmen im vierten Quartal besonders hoch. Für den November 2020 haben Bund und Länder verschärfte Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vereinbart. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Kommunalfinanzen sind noch unklar. Mitte Februar 2021 werden erste Ergebnisse der Statistik für das vierte Quartal 2020 vorliegen und damit eine Beurteilung der Kommunalfinanzen im Gesamtjahr 2020 ermöglichen.

Dr. Christoph Wonke leitet das Referat „Öffentliche Finanzen“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 079 [1,2]	4 089 [1,2]	4 087	4 088	4 089	4 095	4 095	4 094	4 092
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	442 [1,2]	461 [1,2]	459	460	461	474	474	474	474
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 888	1 736	1 011	1 316	2 433	967	936	859	1 649
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 137	3 098	2 903	3 112	2 989	2 815	2 985	2 957	3 189
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,2	9,1	8,4	9,3	8,6	8,7	8,6	8,8	9,2
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	4 025	3 968	4 456	3 892	3 808	3 959	4 348	3 985	3 941
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	11,8	11,7	12,8	11,6	11,0	12,2	12,5	11,8	11,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	11	9	10	8	10	11	8	12	12
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,0	3,4	2,6	3,3	3,9	2,7	4,1	3,8
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-888	-870	-1 553	-780	-819	-1 144	-1 363	-1 028	-752
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,6	-2,6	-4,5	-2,3	-2,4	-3,5	-3,9	-3,1	-2,2
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	12 414	12 440	12 621	12 455	11 010	10 815	8 688	7 397	6 390
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	6 411	6 347	6 724	6 056	5 894	5 818	4 498	2 729	2 618
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 575	10 837	10 486	10 613	9 302	9 316	7 446	6 577	7 614
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 702	4 921	4 820	4 598	4 454	4 520	3 707	2 602	2 532
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 839	1 603	2 135	1 842	1 708	1 499	1 242	820	-1 224
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 982	13 922	13 549	14 330	12 915	11 749	9 326	11 885	11 326

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2016	2017	2018			2019			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 365	1 389	1 412	1 442	1 431	1 431	1 435	1 462	1 446
* Frauen	1 000	637	648	656	669	667	666	667	679	676

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2016	2017	2018			2019			
		30.06.			30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	128	141	155	163	158	164	170	177	170
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	386	400	410	415	416	417	422	427	428
* darunter Frauen	1 000	318	328	334	338	340	340	342	346	347
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	14	14	11	13	14	15	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	424	430	434	445	441	442	442	449	442
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	299	304	312	320	319	316	319	325	323
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	216	221	227	228	225	225	225	230	225
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	413	420	425	434	436	435	435	443	445

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Arbeitslose	Anzahl	98 764	97 717	100 627	99 584	95 480	126 446	128 782	129 645	122 522
* Frauen	Anzahl	44 729	43 707	45 886	45 420	43 119	55 439	56 968	57 960	54 374
Männer	Anzahl	54 035	54 010	54 740	54 164	52 361	71 006	71 812	71 685	68 147
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	40 147	41 433	42 537	41 648	39 904	59 151	62 388	63 553	58 669
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	58 617	56 284	58 090	57 936	55 576	67 295	66 394	66 092	63 853
* Arbeitslosenquote[8]	%	4,4	4,3	4,5	4,4	4,2	5,6	5,7	5,7	5,4
* Frauen	%	4,3	4,1	4,3	4,3	4,1	5,2	5,4	5,4	5,1
* Männer	%	4,6	4,5	4,6	4,5	4,4	5,9	6,0	6,0	5,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,1	4,0	4,9	4,6	4,1	5,5	6,0	6,3	5,6
Jüngere von 15–20 Jahren	%	2,9	3,0	3,8	3,9	3,3	3,7	4,0	4,8	4,2
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,4	4,2	4,2	4,2	4,1	5,1	5,1	5,1	...
Ältere von 55–65 Jahren	%	4,8	4,7	4,6	4,7	4,6	5,5	5,5	5,6	5,5
* Ausländer/-innen	%	11,7	11,3	11,4	11,3	10,8	14,1	14,1	14,0	13,3
Deutsche	%	3,6	3,5	3,6	3,6	3,4	4,5	4,6	4,7	4,4
* Kurzarbeiter/-innen[9]	Anzahl	4 758	5 728	1 349	1 524	2 188	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[10]	Anzahl	40 467	39 492	40 831	40 525	40 362	27 895	28 363	29 350	30 243

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[11]	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	240 488	227 968	230 922	229 151	227 135	234 726	238 302	...	...
* darunter Frauen	Anzahl	118 759	113 208	114 461	113 826	113 196	116 544	118 265	...	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	161 337	151 888	154 324	152 992	151 921	157 778	160 642	...	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	66 455	63 706	64 322	63 984	63 243	63 948	64 400	...	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	64 479	61 813	62 439	62 139	61 409	61 888	62 318	...	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	510	515	658	511	624	523	499	526	623
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	446	453	592	455	544	458	440	453	547
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	5	4	5	3	7	-	4	4	3
Unternehmen	Anzahl	68	57	81	73	82	75	54	54	121
private Haushalte	Anzahl	437	454	572	435	535	448	441	468	499
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 174	1 119	1 233	1 154	1 482	1 375	995	1 091	1 403
* Umbauter Raum	1 000 m^3	701	702	780	734	869	818	641	693	870
* Wohnfläche	1 000 m^2	130	130	149	134	165	146	121	132	158
Wohnräume	Anzahl	5 171	5 113	5 936	5 260	6 445	5 746	4 743	5 126	6 091
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	230	237	269	252	298	264	222	239	321
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	122	113	143	111	143	109	109	110	132
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	12	11	10	19	8	10	20	21
Unternehmen	Anzahl	80	77	92	71	98	69	76	67	78
private Haushalte	Anzahl	27	24	40	30	26	32	23	23	33
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	23	18	37	12	75	7	28	88	17
* Umbauter Raum	1 000 m^3	892	675	707	536	696	668	810	1 233	753
* Nutzfläche	1 000 m^2	134	106	123	89	124	123	164	300	124
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	125	108	124	77	116	114	146	130	119
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 350	1 245	1 446	1 367	1 736	1 542	1 149	1 365	1 699
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 927	5 788	6 955	6 005	7 497	6 391	5 417	6 210	7 311

Landwirtschaft

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 625	11 591	11 314	10 231	11 456	10 670	10 913	10 329	10 721
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 859	1 636	1 666	1 267	1 434	1 419	1 318	1 272	1 449
darunter										
* Kälber	t	8	8	4	4	5	11	6	5	8
* Jungrinder	t	9	7	6	7	4	7	5	4	3
* Schweine	t	9 714	9 825	9 601	8 928	9 986	9 192	9 544	9 008	9 211
* Eiererzeugung[2]	1 000	16 822	18 991	15 486	16 606	18 661	19 297	17 433	16 389	18 197

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 041	1 037	1 040	1 040	1 040	1 049	1 047	1 049	1 052
* Beschäftigte[4]	Anzahl	260 572	262 937	262 529	262 945	263 166	258 612	257 051	256 481	256 367
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 905	32 881	34 067	29 974	33 123	28 464	27 938	29 588	31 200
* Entgelte	Mill. EUR	1 145	1 176	1 446	1 204	1 133	1 087	1 222	1 144	1 064
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	8 361	7 711	8 051	7 274	8 163	6 182	6 121	6 671	7 172
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	4 372	4 164	4 307	3 901	4 326	3 733	3 355	3 520	3 729
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 282	2 310	2 451	2 233	2 500	1 261	1 682	1 986	2 184
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	82	87	77	86	74	87	93	102
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 620	1 156	1 206	1 063	1 251	1 113	997	1 072	1 156
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 462	2 323	2 354	2 151	2 419	2 192	1 873	1 823	1 935
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 091	1 133	1 196	1 043	1 318	430	724	982	1 147
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 813	4 349	4 554	4 122	4 557	3 440	3 424	3 675	3 986
Exportquote[6]	%	57,6	56,4	56,6	56,7	55,8	55,6	55,9	55,1	55,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	119,5	101,8	104,5	98,6	97,2	70,5	70,7	85,1	90,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	110,8	106,4	108,4	105,8	103,3	85,0	76,8	88,8	96,8
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	114,0	96,2	96,4	88,7	86,4	48,1	56,8	81,0	83,5

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	150,1	148,9	140,1	149,3	189,1	168,3	172,4	171,6	189,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	173,1	101,0	116,6	102,5	105,9	88,8	90,4	79,5	82,0
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	110,0	106,9	107,4	112,1	104,9	86,3	75,8	86,9	95,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	115,0	89,4	96,8	82,5	75,4	33,8	51,1	80,8	80,4
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	173	172	173	173	172	171	170	170	170
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 807	9 898	9 794	9 799	9 796	9 997	10 005	9 990	9 974
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 186	1 195	1 223	1 070	1 186	1 217	1 169	1 186	1 222
* Entgelte[3]	Mill. EUR	45	46	42	48	44	50	43	54	44
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	346	278	307	349	245	299	366	408
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	333	267	297	335	233	288	354	394
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	20 563	21 518	21 476	21 461	21 619	22 385	22 408	22 549	22 628
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 039	2 131	2 356	2 109	2 387	2 470	2 331	2 436	2 524
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	355	379	412	372	390	453	433	464	477
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	667	696	750	669	788	802	747	777	806
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 017	1 056	1 195	1 068	1 209	1 216	1 151	1 194	1 242
darunter Straßenbau	1 000 h	555	577	665	600	680	656	623	647	695
* Entgelte	Mill. EUR	71	76	75	84	79	79	76	86	82

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	321	339	358	348	390	364	336	390	392
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	59	61	67	58	58	65	58	65	89
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	107	120	125	133	132	140	112	141	123
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	158	167	157	200	160	166	183	180
darunter Straßenbau	Mill. EUR	81	83	89	83	105	82	80	87	90

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]

	Einheit	2018	2019	2018	2019				2020	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	379	405	376	406	408	403	401	389	387
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	15 929	16 810	15 883	16 597	16 861	16 986	16 794	16 724	16 500
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 896	5 075	4 884	5 062	5 099	5 207	4 931	4 962	4 815
* Entgelte	Mill. EUR	136	148	146	138	146	148	161	145	147
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	473	527	595	414	469	559	667	433	483

Handel[5]

Großhandel[p, 6]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Beschäftigte	2015=100	102,8	102,7	102,5	102,4	102,7	102,8	103,3	103,6	104,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	96,8	97,4	97,9	97,9	104,5	104,7	104,1	104,3	104,9
* Umsatz nominal[7]	2015=100	102,9	109,8	115,2	103,5	110,3	111,9	112,2	119,7	117,6
* Umsatz real[7]	2015=100	99,4	105,8	110,2	98,9	106,0	107,7	106,2	113,7	111,8

Einzelhandel[p, 8]

* Beschäftigte	2015=100	103,0	103,5	102,9	102,6	102,8	103,7	103,9	104,3	104,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	103,6	104,5	104,3	104,5	104,7	104,1	104,3	104,9	105,3
* Umsatz nominal[7]	2015=100	107,6	110,5	112,9	110,3	111,9	112,2	119,6	117,5	118,9
* Umsatz real[7]	2015=100	104,2	106,3	108,2	106,0	107,7	106,2	113,6	111,7	113,1

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Beschäftigte	2015=100	106,6	108,4	107,5	107,0	106,9	108,2	107,8	107,5	107,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	107,9	109,5	109,4	109,1	109,5	108,5	108,7	109,4	109,6
* Umsatz nominal[3]	2015=100	113,7	119,1	131,5	119,1	126,1	83,5	97,6	108,5	139,8
* Umsatz real[3]	2015=100	110,1	113,1	124,9	113,1	119,6	79,1	91,8	102,0	129,9

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	100,3	100,8	101,8	106,5	101,6	65,9	79,4	86,1	91,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	101,0	102,2	104,5	108,2	104,3	57,1	70,1	80,3	87,2
* Umsatz nominal[3]	2015=100	112,9	115,5	127,7	135,4	128,8	25,0	50,5	81,8	110,1
* Umsatz real[3]	2015=100	106,1	105,9	116,9	123,7	117,8	22,5	45,5	73,7	95,2

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	753	760	923	1 007	973	42	250	577	890
* darunter von Auslandsgästen	1 000	160	160	190	209	282	6	15	63	191
* Gästeübernachtungen	1 000	1 884	1 918	2 185	2 576	2 675	218	716	1 574	2 501
* darunter von Auslandsgästen	1 000	442	445	486	567	860	31	52	180	621

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 814	1 777	1 667	1 836	1 896	1 155	1 303	1 571	1 763
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 247	1 203	1 186	1 288	1 385	753	967	1 185	1 265
* Getötete Personen	Anzahl	14	13	16	10	21	9	11	17	7
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	6	12	4	4	4	2	8	1
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	2	2	13	3	6	7	3
Radfahrer	Anzahl	1	2	2	3	4	-	3	-	-
Fußgänger	Anzahl	2	1	-	1	-	1	-	1	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 616	1 546	1 540	1 673	1 748	970	1 192	1 452	1 576

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	291	299	337	382	163	266	329	308
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	131	132	140	149	142	82	78	93	88
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	82	71	90	90	127	37	106	117	101
Radfahrer	Anzahl	47	49	38	57	81	24	61	89	86
Fußgänger	Anzahl	29	27	19	34	22	15	10	19	19

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 937	15 662	15 099	14 874	7 094	8 988	10 989	16 435
darunter										
Krafträder	Anzahl	696	733	1 046	951	1 018	922	1 345	1 507	1 746
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	11 174	11 573	12 621	12 192	12 296	4 999	6 389	8 117	12 974
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 090	1 137	1 436	1 277	981	738	732	850	1 091
Zugmaschinen	Anzahl	357	394	484	552	432	374	453	417	518

Personenbeförderung

	Einheit	2018	2019	2018	2019				2020	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	67 851	58 509	63 859	60 704	58 733	55 869	58 730	...	...
Personenkilometer[3]	Mill.	746	649	724	677	652	637	630	...	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Güterempfang	1 000 t	947	1 053	1 126	1 241	1 125	1 139	1 120	1 105	975
* Güterversand	1 000 t	713	858	935	1 036	838	814	793	800	932

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 991	4 451	4 469	4 694	4 178	4 332	3 359	3 535	3 891
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	316	323	319	312	319	317	299	293	314
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 618	4 056	4 095	4 303	3 787	3 941	3 002	3 171	3 459

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Rohstoffe	Mill. EUR	26	26	31	31	25	24	22	27	25
* Halbwaren	Mill. EUR	158	151	154	166	156	136	128	115	133
* Fertigwaren	Mill. EUR	4 434	3 878	3 911	4 105	3 607	3 781	2 853	3 029	3 302
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 017	988	930	1 113	923	1 056	899	807	836
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	3 418	2 890	2 981	2 993	2 683	2 725	1 954	2 222	2 466
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 547	3 006	3 013	3 137	2 849	2 846	2 059	2 153	2 625
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	3 211	2 692	2 666	2 806	2 547	2 488	1 770	1 878	2 327
Belgien	Mill. EUR	205	202	177	210	197	194	145	146	162
Luxemburg	Mill. EUR	57	53	55	58	51	44	34	42	51
Dänemark	Mill. EUR	49	50	49	49	49	47	37	39	41
Finnland	Mill. EUR	33	32	34	33	34	34	23	28	30
Frankreich	Mill. EUR	470	447	452	455	443	377	243	321	392
Griechenland	Mill. EUR	34	44	28	69	30	70	75	40	105
Großbritannien	Mill. EUR	286	272	231	231	229	228	137	130	192
Irland	Mill. EUR	403	35	65	45	23	44	30	21	32
Italien	Mill. EUR	273	252	245	275	254	222	153	188	204
Niederlande	Mill. EUR	332	271	285	290	260	253	234	215	232
Österreich	Mill. EUR	180	181	185	188	174	170	134	158	170
Schweden	Mill. EUR	86	80	82	88	75	69	61	55	67
Spanien	Mill. EUR	222	213	210	234	197	193	121	132	177
Portugal	Mill. EUR	36	27	38	24	23	28	18	17	21
* Afrika	Mill. EUR	119	126	133	163	106	98	76	85	100
* Amerika	Mill. EUR	635	624	664	617	564	625	518	617	528
darunter nach USA	Mill. EUR	443	431	464	403	388	427	381	468	364
* Asien	Mill. EUR	635	652	609	728	590	720	673	639	604
darunter nach China	Mill. EUR	187	201	186	216	189	198	233	211	242
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	55	42	49	48	68	43	31	41	35

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 793	3 281	3 255	3 710	3 107	3 117	2 496	2 603	2 873
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	275	282	297	286	294	308	298	331	306
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 326	2 746	2 746	3 155	2 566	2 622	2 050	2 085	2 313
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	38	39	43	37	32	30	27	25
* Halbwaren	Mill. EUR	288	254	257	273	272	281	187	143	154
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 001	2 454	2 450	2 840	2 257	2 309	1 834	1 914	2 134

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 015	577	619	602	552	622	527	491	459
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 986	1 877	1 831	2 238	1 705	1 687	1 307	1 423	1 675
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 879	2 429	2 420	2 827	2 288	2 263	1 667	1 769	2 148
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	2 627	2 183	2 127	2 559	2 064	1 982	1 460	1 598	1 953
Belgien	Mill. EUR	274	234	232	241	247	242	199	182	173
Luxemburg	Mill. EUR	53	50	54	50	46	44	30	38	41
Dänemark	Mill. EUR	22	23	20	18	20	32	32	31	40
Finnland	Mill. EUR	14	14	18	15	13	13	9	13	9
Frankreich	Mill. EUR	314	295	288	296	272	260	164	216	281
Griechenland	Mill. EUR	10	17	20	19	10	15	26	14	24
Großbritannien	Mill. EUR	129	104	95	90	117	102	67	74	82
Irland	Mill. EUR	231	99	105	102	82	44	24	67	41
Italien	Mill. EUR	415	221	197	233	229	222	168	184	190
Niederlande	Mill. EUR	329	290	346	341	300	274	205	185	230
Österreich	Mill. EUR	123	127	126	121	97	132	104	107	149
Schweden	Mill. EUR	50	37	34	40	33	31	19	25	25
Spanien	Mill. EUR	194	210	119	516	129	118	87	99	260
Portugal	Mill. EUR	21	20	18	24	20	23	14	18	19
* Afrika	Mill. EUR	47	56	46	50	68	67	49	34	26
* Amerika	Mill. EUR	296	279	303	287	259	306	271	270	187
darunter aus USA	Mill. EUR	238	214	219	210	183	235	205	158	131
* Asien	Mill. EUR	561	507	477	532	482	470	499	518	495
darunter aus China	Mill. EUR	230	240	209	242	220	206	240	274	273
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	6	10	7	5	7	7	10

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 664	2 614	2 584	2 264	2 612	1 734	2 415	2 801	2 948
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	461	467	436	349	481	307	391	426	455
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 702	1 740	1 524	1 674	1 086	1 668	1 908	1 985
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 671	2 496	2 189	1 902	2 281	1 526	1 673	2 026	2 171
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	394	382	314	258	390	267	257	332	333
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 791	1 650	1 442	1 284	1 449	906	1 072	1 240	1 333

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Insgesamt	Anzahl	404	390	438	356	391	315	345	395	289
davon										
* Unternehmen	Anzahl	60	58	54	55	51	59	58	59	41
* Verbraucher	Anzahl	238	229	271	207	227	166	199	249	145
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	88	86	94	80	91	75	75	77	80
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	18	17	19	14	22	15	13	10	23
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	59	57	45	43	51	61	45	73	31

Handwerk[2]

	Einheit	2018	2019	2018	2019				2020	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	99,6	99,8	99,8	99,3	99,1	101,1	99,5	98,7	97,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	115,2	121,3	131,1	103,4	122,7	125,8	133,5	106,5	113,8

Preise

	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	103,4	104,7	105,7	105,6	105,4	106,1	105,6	105,4	105,3
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	102,8	104,5	104,7	104,7	104,8	105,9	106,0	106,1	106,1

Verdienste[7]

	Einheit	2018	2019	2018	2019				2020	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 118	4 213	3 823	3 800	3 850	3 895	3 900	3 865	3 715
* Frauen	EUR	3 593	3 704	3 379	3 402	3 432	3 474	3 484	3 517	3 398
* Männer	EUR	4 331	4 423	4 004	3 964	4 022	4 069	4 072	4 005	3 846
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 818	7 874	6 937	6 882	6 912	7 058	7 017	7 013	6 907
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 778	4 880	4 472	4 426	4 480	4 576	4 556	4 580	4 437
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 556	3 612	3 329	3 292	3 341	3 352	3 367	3 318	3 182
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 913	2 981	2 754	2 705	2 767	2 800	2 798	2 752	2 516
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 422	2 549	2 337	2 364	2 388	2 404	2 406	2 349	2 226

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2018	2019	2018	2019				2020	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 482	4 524	4 025	3 945	4 031	4 032	4 066	3 966	3 750
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 959	3 960	3 716	3 630	3 624	3 673	3 688	3 709	3 604
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 666	4 738	4 155	4 094	4 187	4 181	4 213	4 139	3 837
* Energieversorgung	EUR	5 585	5 801	4 935	5 037	5 161	5 144	5 185	5 060	5 089
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 481	3 619	3 261	3 329	3 387	3 431	3 466	3 546	3 545
* Baugewerbe	EUR	3 609	3 648	3 410	3 281	3 364	3 419	3 435	3 343	3 360
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 896	4 007	3 699	3 704	3 731	3 804	3 791	3 796	3 692
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 716	3 866	3 456	3 557	3 538	3 571	3 532	3 529	3 311
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 972	3 139	2 862	2 918	2 893	2 932	2 972	2 921	2 815
* Gastgewerbe	EUR	2 321	2 324	2 225	2 261	2 282	2 235	2 228	2 109	1 534
* Information und Kommunikation	EUR	5 610	5 385	5 276	5 043	4 991	5 032	5 057	4 975	4 893
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 252	5 564	4 481	4 698	4 779	4 810	4 860	4 892	4 760
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	4 258	4 382	3 846	3 824	3 781	(3 850)	(3 906)	(3 822)	3 833
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 126	5 067	4 609	4 548	4 540	4 533	4 567	4 559	4 448
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 685	2 774	(2 650)	2 618	2 636	2 667	2 711	2 773	2 632
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 920	4 048	3 861	3 810	3 903	4 042	3 957	4 027	4 042
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 422	4 556	4 308	4 272	4 338	4 608	4 456	4 578	4 569
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 024	4 087	3 863	3 774	3 846	3 886	3 925	3 883	3 862
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 862	3 432	3 705	3 214	3 277	3 249	3 299	3 142	(2 515)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 571	3 818	3 438	3 444	3 598	3 656	3 650	3 594	3 589

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2017	2018		2019				2020	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	120 539	122 926	124 560	125 627	126 385	126 217	127 856	118 155	119 551
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 125	9 899	9 991	10 156	10 537	9 749	9 668	8 906	7 821

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2017	2018		2019				2020	
		Durchschnitt		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 674	10 143	10 050	10 222	10 142	9 845	9 751	7 655	7 661
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	99 740	102 884	104 519	105 249	105 706	106 623	108 437	101 594	104 069
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	115 837	117 826	118 640	119 354	120 473	120 564	122 256	115 364	117 069
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	106 329	109 659	111 156	111 675	112 924	113 202	114 562	107 652	109 466
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 508	8 167	7 484	7 679	7 549	7 362	7 694	7 712	7 603
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	4 702	5 101	5 920	6 273	5 912	5 653	5 600	2 791	2 482
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	114 374	118 264	121 290	120 456	122 498	125 079	126 587	124 057	129 114
Sichteinlagen	Mill. EUR	69 255	73 846	77 175	76 285	78 109	80 523	82 309	81 309	86 830
Termineinlagen	Mill. EUR	15 921	15 798	15 506	15 575	15 933	16 409	16 432	15 438	15 148
Sparbriefe	Mill. EUR	2 923	2 577	2 460	2 395	2 292	2 205	2 110	2 021	1 964
Spareinlagen	Mill. EUR	26 275	26 043	26 149	26 201	26 164	25 942	25 736	25 289	25 172
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	112 722	116 479	119 422	118 587	120 611	123 129	124 467	122 141	127 324
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	110 134	113 362	116 071	115 620	117 609	119 860	120 885	118 688	123 880
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 588	3 117	3 351	2 967	3 002	3 269	3 582	3 453	3 444
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 652	1 785	1 868	1 869	1 887	1 950	2 120	1 916	1 790

Steuern

	Einheit	2018	2019				2020		
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Aufkommen nach Steuerarten									
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 573	4 731	5 778	3 942	4 757	4 336	4 725	4 445	4 265
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 374	1 470	2 334	916	1 330	1 320	1 695	1 330	1 404
Lohnsteuer	Mill. EUR	951	1 000	896	850	1 383	1 345	805	798	1 303
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	185	197	-	-	623	570	-	-	597
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	207	240	616	-53	-43	-47	559	42	-17
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	101	98	520	121	46	19	67	463	139

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	26	19	-2	5	56	61	3	1	35
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	14	-	-	51	56	-	-	30
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	89	114	305	-8	-112	-57	261	27	-56
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-31	-2	-	-	-105	-54	-	-	-2
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 199	3 261	3 444	3 026	3 427	3 016	3 029	3 115	2 860
Umsatzsteuer	Mill. EUR	552	579	594	559	581	521	464	568	661
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 647	2 683	2 850	2 467	2 845	2 495	2 565	2 546	2 200
Zölle	Mill. EUR	226	231	232	224	261	244	251	219	241
Bundessteuern	Mill. EUR	89	91	121	74	71	59	105	66	55
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	31	30	22	32	35	22	21	24	22
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	58	61	99	43	36	37	84	42	32
Landessteuern	Mill. EUR	87	95	87	95	87	114	103	99	95
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	25	26	23	21	25	18	21	25
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	44	50	38	56	48	68	62	62	56
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	15	15	19	11	14	20	21	13	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	1	2	2	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	3	3	3	-	-	1	0

	Einheit	2018	2019	2018	2019				2020	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	789	753	712	738	757	700	818	718	570
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	142	143	130	136	150	154	132	139	154
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	615	581	554	574	577	514	658	550	394
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	26	25	24	23	26	26	24	24	17

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2018	2019	2018	2019				2020	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 206	1 229	1 559	748	1 214	1 188	1 766	721	1 112
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	504	488	374	551	480	418	504	508	344
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	454	483	875	32	470	501	929	44	507
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	75	86	152	1	84	84	173	2	85

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 064	1 161	1 717	919	1 002	1 024	1 320	1 195	1 250
Landessteuern	Mill. EUR	87	95	87	95	87	114	103	99	95
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	529	565	984	327	490	429	671	526	533
Lohnsteuer	Mill. EUR	336	351	312	293	517	444	269	266	482
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	88	102	262	-22	-18	-20	238	18	-7
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	48	48	258	58	22	7	32	228	71
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	12	8	-1	2	25	27	1	0	15
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	44	57	152	-4	-56	-29	131	13	-28
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	418	478	646	424	425	481	546	549	622
Umsatzsteuer	Mill. EUR	296	358	520	314	326	337	423	367	427
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	121	121	126	110	99	144	123	182	195
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	7	0	22	0	0	-	15	0
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	16	13	0	43	0	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	0	9	0	0	-	6	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 216	2 255	2 778	1 897	2 229	1 969	2 215	2 074	1 916
Bundessteuern	Mill. EUR	89	91	121	74	71	59	105	66	55
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	598	640	1 053	397	560	558	745	601	603
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 521	1 517	1 604	1 404	1 598	1 351	1 365	1 391	1 259
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	7	0	22	0	0	-	15	0

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im September 2020

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 31. Dezember 2019
Kennziffer: A1033 201922

Gerichtliche Ehelösungen und Aufhebungen von Lebenspartnerschaften 2019
Kennziffer: A2023 201900

Nutzung der Bodenfläche zum 31. Dezember 2019 Ergebnisse der Flächenerhebung (tatsächliche Nutzung)
Kennziffer: A5013 201900

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland im August 2020
Kennziffer: C2013 202004

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland 2020 – Getreide- und Winterrapsernte (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: C2023 202000

Ernteberichterstattung über Obst im August 2020
Kennziffer: C2033 202003

Wachstumstand der Reben im August 2020
Kennziffer: C2063 202001

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Juli 2020
Kennziffer: D1023 202007

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juni 2020 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202006

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Juli 2020
Kennziffer: E1033 202007

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2018
Kennziffer: E1063 201800

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Juli 2020
Kennziffer: E1113 202007

Bauhauptgewerbe im Juli 2020 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202007

Ausbaugewerbe im 2. Vierteljahr 2020 (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E3023 202042

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Juli 2020
Kennziffer: E4023 202007

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 2. Vierteljahr 2020
Kennziffer: E5023 202042

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2020
Kennziffer: F2033 202007

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Juni 2020
Kennziffer: G1023 202006

Aus- und Einfuhr im Juli 2020
Kennziffer: G3023 202007

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juli 2020
Kennziffer: G4023 202007

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2019 – Hilfe zum Lebensunterhalt, Empfängerinnen und Empfänger, Ausgaben und Einnahmen
Kennziffer: K1143 201900

Sozialhilfe 2019 – Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII – Empfängerinnen und Empfänger, Ausgaben und Einnahmen
Kennziffer: K1153 201900

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 2019 – Empfängerinnen und Empfänger, Ausgaben und Einnahmen
Kennziffer: K1163 201900

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen 2018 – Jahresrechnungsergebnisse
Kennziffer: L2013 201800

Gemeindefinanzen für das 2. Vierteljahr 2020 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 202042

Umwelt

Abfallwirtschaft 2018
Kennziffer: Q2023 201800

Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2018 (ohne Baugewerbe)
Kennziffer: Q3013 201800

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Juni 2020
Kennziffer: Z1013 202006

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen (Statistische Analysen N° 53)
Kennziffer: Z2088 202001

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich – Ausgabe 2020 – Tabellenband
Kennziffer: B1015E202000

Sonstige Veröffentlichungen

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen – Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
Stand: Oktober 2020
Kennziffer: A5034E202000

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe August 2020
Kennziffer: Z2201 202008

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © CREATIVE WONDER – stock.adobe.com (Foto), Illustration: Simone Emmerichs

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2020

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.